

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis: 3.50 Mk. monatlich, 1.10 Mk. vierteljährlich, 3.50 Mk. halbjährlich, 6.50 Mk. jährlich, frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat.  
 Einträge in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Preisband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Pf., für das übrige Ausland 3 Pf. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Nummern oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erhältlich täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Verleger: Emil IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 12. März 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Verleger: Emil IV. Nr. 1984.

## Ein historischer Irrtum Bülow's.

Als am 25. Februar Fürst Bülow gegen das Zentrum polemisierte und ihm vorwarf, daß es bei dem Wahlkampf in einigen Kreisen die Sozialdemokratie unterstützt habe, griff er auch auf eine alte Verleumdung zurück, die er folgendermaßen formuliert:

„Es war ein Unrecht, ein schweres moralisches Unrecht, zusammenzugehen mit einer Partei, die hier in diesem hohen Hause für die Pariser Kommune eingetreten ist für die Pariser Kommune, die den Erzbischof Darboy fesselt hat — daran erinnere ich Sie, Herr Bebel, gegenüber der Heiterkeit, die sich Ihrer plötzlich bemächtigt; die Sache war nicht heiter — die den Erzbischof Darboy erschließen ließ.“

Diese Verleumdung der Pariser Kommune spielte in früheren Wahlkämpfen, als die Schwinder des Reichsverbandes noch kein so reich assortiertes Lager frecher Verleumdungen aufgestellt hatten, in der Bekämpfung der Sozialdemokratie eine hervorragende Rolle. Da Fürst Bülow diese Verleumdung der Pariser Kommune abermals in Mars gebracht hat, ist es nur zu wahrscheinlich, daß bei dem Lügenfeldzug unserer Gegner auch diese historische Fälschung wieder ihre Rolle spielen wird. Im Interesse der historischen Wahrheit wollen wir deshalb dieser Verleumdung die wirklichen geschichtlichen Tatsachen gegenüberstellen.

Zunächst ein paar Worte über die Pariser Kommune selbst. Die Pariser Kommune war ein Aufstand der Verzweiflung des Pariser Kleinbürgertums und Proletariats. Am 28. Januar 1871 war Paris übergeben worden und damit der Krieg eigentlich zu Ende. Im Februar wurden die Wahlen für die französische Nationalversammlung vorgenommen. Sie ergaben eine reaktionäre Mehrheit von industriellen Großkapitalisten und Agrariern. Dieser Wahlausfall rief in der Pariser Bevölkerung die Befürchtung hervor, daß künftig das französische Volk erst recht der kapitalistischen Ausbeutung und reaktionären Knechtung ausgeliefert sein werde. Als die reaktionäre Nationalversammlung zwei den Pariser verhaßte Personen zum Polizeipräfekten und Oberkommandanten der Nationalgarde ernannte, als sie ferner dekretierte, daß die am 30. November 1870 verfallenen Besatz, deren Zahlung wegen des Krieges auf unbestimmte Zeit vertagt war, innerhalb zwei Tagen eingetrieben werden sollten, erhob sich nicht nur das Pariser Proletariat, sondern auch das gesamte Pariser Kleinbürgertum, dessen Ruin durch diesen Beschluß geradezu heraufbeschworen wurde. Am schließlich am 17. März in der Ministerratssitzung beschlossen wurde, die Pariser Nationalgarde zu entwaffnen, und in der Nacht zum 18. März General Lecomte den Versuch machte, vor allem die hunderttausendstündigen Kanonen der Nationalgarde wegzunehmen, brach der Aufstand der Pariser Bevölkerung aus. Das Pariser Volk vertrieb die Regierungstruppen und proklamierte die Kommune, d. h. die interimistische revolutionäre Selbstverwaltung von Paris. Daß die Pariser Kommune keineswegs eine bloße Erhebung der Arbeiterklasse der Reichshauptstadt war, bewiesen die am 26. März vorgenommenen Wahlen zum Munizipalrat. Bei der Abstimmung entfielen auf 70 revolutionäre Wahlen nur 25 Arbeiter. Zwei Drittel des Rats der Kommune waren aus Kleinbürgern zusammengesetzt!

Die in Versailles tagende Bourgeoisregierung beschloß, die Pariser Kommune mit brutaler Waffengewalt niederzuwerfen. Am 1. April erklärte auf Anstehen von Thiers die Versailler Regierung Paris offiziell den Krieg und begann das Bombardement der Reichshauptstadt!

Diesem Bürgerkriege wurde durch die Regierung sofort der Stempel der Bestialität aufgedrückt. Bereits am 3. April kam es zur abscheulichsten Abschächtung von Gefangenen, welche die Regierungstruppen gemacht hatten. Bereits an diesem Tage ließ General Vinoy, wie der deutsche Schriftsteller Wittig, der die Kommuneperiode in Paris mit durchlebt hat, erzählt, drei gefangene Offiziere der Kommune erschleßen. Daraufhin erließ am 5. April auf diese Hülladen von Vinoy und andere ähnliche Schlächtereien von Galliffé hin die Kommune eine Proklamation, in der sie erklärte, daß sie durch diese Bestialitäten gezwungen sei, nötigenfalls Repressalien zu üben. Auf Beschluß des Rats der Kommune wurden infolge dessen diejenigen, die des Einverständnisses mit der Versailler Regierung verdächtig waren, als Geiseln in Haft genommen. Unter diesen Geiseln befand sich auch der Erzbischof Darboy mit mehreren anderen Geistlichen.

Erzbischof Darboy richtete bereits am 8. April 1871 einen Brief an den Präsidenten Thiers, in dem er ihn beschwor, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um ein baldiges Ende des Bürgerkrieges herbeizuführen. Auf alle Fälle möge er dahin wirken, den Charakter des Bürgerkrieges zu mildern. Am 12. April reiste der Generalvikar Lagarde als Unterhändler nach Versailles, um dort in ähnlichem Sinne weitere Vorstellungen zu erheben, namentlich aber auch den Vorschlag zu machen, einen Austausch der Gefangenen dahin vorzunehmen, daß Blanqui gegen Darboy und die übrigen Geistlichen ausgetauscht werde. Lagarde mußte bei seiner Abreise schwören, freiwillig ins Gefängnis zurückzukehren, falls seine Ver-

handlungen mit Thiers erfolglos bleiben würden. Die Unterhandlungen mit Thiers zerfielen. Die Versailler Regierung erklärte, Blanqui nicht auszuliefern zu können, weil dadurch die Pariser Insurrektion erst einen Kopf erhalten würde. Die Vorstellungen Darboys, den Bürgerkrieg doch möglichst human zu führen, beantwortete Thiers mit der kühnerischen Versicherung, daß die Armees der Nationalversammlung die ihr zugeschriebenen Verbrechen nicht begangen habe.

Diese Verhandlungen zwischen dem Erzbischof Darboy und der Versailler Regierung währten viele Wochen. Als Vermittler zwischen Darboy resp. der Kommune einerseits und der Versailler Regierung und dem römischen Nuntius Chigi andererseits übernahm zum guten Teil der Gesandte der Vereinigten Staaten, Regierung in Paris, E. V. Washburne, der einzige diplomatische Vertreter, der während des Bürgerkrieges in Paris zurückgeblieben war. Die Verhandlungen, die von dem Gesandten der Vereinigten Staaten, Washburne, damals geführt worden sind, sind im Jahre 1878 von der Regierung der Vereinigten Staaten herausgegeben und im Jahre 1887 von Washburne selbst ergänzt worden. Aus diesen Aufzeichnungen Washburnes geht hervor, daß der Gesandte der Vereinigten Staaten viele Wochen lang ununterbrochen bemüht war, eine Auswechslung des Erzbischofs Darboy gegen Blanqui durchzusetzen. Der Gesandte der Vereinigten Staaten erklärte sowohl der Versailler Regierung als auch dem päpstlichen Nuntius gegenüber unumgänglich, daß das Leben des Erzbischofs und der übrigen Geistlichen in der schwersten Weise bedroht sei. Auch die Briefe des Erzbischofs selbst betonen, daß die Gefahr für sein Leben durch die rückwärtslose Führung des Bürgerkrieges immer mehr gefährdet werde, daß also eine Auswechslung gegen Blanqui dringend notwendig sei. So teilte am 11. Mai 1871 der Gesandte der Vereinigten Staaten Washburne seinem Vertreter in Versailles mit, daß er ein Memorandum des Erzbischofs Darboy selbst an den Nuntius Chigi abgehandelt habe, worin erneut betont worden sei, daß das Leben des Erzbischofs in höchster Gefahr schwebte. Das in den Akten Washburnes abgedruckte Memorandum betont diese Gefahr selbst auf schärfste und betruert, daß die Freilassung Blanquis doch keinerlei Gefahr in sich schließe: „Der Widerstand von Paris ist ein rein militärischer; der kann durch Blanquis Gegenwart nicht erhöht werden. Die politischen und sozialen Ideen der Kommune sind weder in theoretischer noch in praktischer Beziehung diejenigen Blanquis; und sollte sich Blanqui der Kommune anschließen, so würde dies die Kommune nicht nur nicht einigen, sondern viel eher spalten.“ Trotz alledem dachte Thiers nicht an eine Auswechslung der beiderseitigen Geiseln, ebensowenig setzte der päpstliche Nuntius seinen Einfluß ein, um den gefangenen Erzbischof zu befreien. Die ganzen durch zahllose Aktenstücke zu belegenden Verhandlungen bewiesen vielmehr, daß weder die Versailler Regierung, noch die päpstliche Nuntiatur irgend welche Anstrengungen machten, um den gefangenen Erzbischof aus seiner sich täglich gefährlicher gestaltenden Lage zu befreien! Erfreute sich doch Darboy als ehemaliger Günstling Bonapartes nicht der Sympathien der neuen republikanischen Versailler Regierung; ebensowenig befah er bei der päpstlichen Nuntiatur als ausgesprochene Gallifauer, d. h. französisch-nationalistischer Priester, besondere Sympathien. Alle Verhandlungen zerfielen also. Der Austausch der Gefangenen wurde von Thiers abgelehnt. Ebensowenig mühte sich Thiers, die bestialische Kampfweise des Worbubens Galliffé abzustellen.

So kam es denn, wie es kommen mußte. Am 21. Mai gelang es den Versaillern in Paris einzubringen. Und nun begann ein furchtbarer Kampf der Verzweiflung. Darboy und die mitgefangenen Geistlichen mußten am 22. Mai nach einem anderen Gefängnis übergeführt werden. Auch an diesem Tage fuhr der amerikanische Gesandte Washburne noch einmal zu Mac Mahon, dem Oberbefehlshaber der französischen Truppen, um eine Rettung Darboys durchzusetzen. „Diese Unterredung“, erzählt Washburne, „war aber nichts weniger als ermunternd für mich. Ich verließ das Hauptquartier des Marshalls mit dem Bewußtsein, daß das Schicksal des Erzbischofs besiegelt sei.“ Das heißt, die Befehlshaber der Versailler Truppen lehnten jede Rücksichtnahme auf das Schicksal der Geiseln ab! Sie setzten ihre Schlächtereien gegenüber den Kommunekämpfern mit gesteigerter Brutalität fort!

Der Straßenkampf tobte weiter. Am 23. Mai löste sich der Rat der Kommune vollständig auf. Und am Abend des 24. Mai, als keine Zentralbehörde der Kommune mehr existierte, vollzog sich der Rachakt der Kommunards an den Geiseln. Darboy nebst den übrigen geistlichen Gefangenen wurde erschossen!

Diesem Rache- und Sühneakt des Volkes aber gingen die schrecklichsten Schlächtereien und Massenmorde am 23. Mai voraus! An diesem Tage wurden die Pariser Kommunekämpfer rücksichtslos von der Soldateska der Versailler niedergemetzelt! Die Gefangenen wurden zu Hunderten erschossen, nicht nur Männer, sondern auch Frauen! Als die Hüllader der sechs geistlichen Geiseln erfolgte, meldeten sich zur Exekution Leute, von denen der eine rief: „Ich räche meinen Vater“; ein anderer:

„Ich räche meinen Bruder“. „Ich“, rief ein Nationalgardist, „räche meine Frau, die sie mir erschossen haben.“ So traten 80 Mann zusammen, die die Exekution vollzogen.

Die Schuld für die Hüllader des Erzbischofs Darboy und der anderen Geiseln fällt also auf das Haupt der Versailler Regierung und der päpstlichen Nuntiatur, die einer Auswechslung der Geiseln bis zum letzten Augenblick widerstrebten. Sie fällt auf das Haupt der Regierungsmorbubden, die in den Straßen von Paris ein beispielloses Blutbad inszenierten und den Rachedurst der zur Verzweiflung Getriebenen entflammten!

Wenn also Fürst Bülow die Geschichte der Pariser Kommune etwas sorgfältiger studieren wollte, würde er sich genieren, die längst dokumentarisch widerlegten Anklagen gegen die Pariser Kommune von neuem zu erheben. Fürst Bülow wird natürlich auch diesen historischen Irrtum nicht eingestehen. Wir halten es deshalb für unsere Aufgabe, diese alte und von dem deutschen Reichskanzler zu neuen Ehren gebrachte Geschichtslüge nochmals zu entlarven!

## Die russische Revolution.

### Ein „echt russisches“ Auslieferungsbegehren.

Das Internationale Sozialistische Bureau unterbreitet allen Partei-Organisationen und Zeitungen das Ersuchen, von der Einleitung des Auslieferungsverfahrens gegen den Genossen Alacziil Notiz zu nehmen. Der Protest richtet sich vor allem gegen die hinsichtlich bekannte zaristische Manier, ein offenbar politisches Vergehen in ein Kriminalverbrechen umzuwandeln.

Auf Ersuchen der russischen Regierung wurde Alacziil in der Schweiz verhaftet. Die Auslieferung wird unter der Bedingung des Nordes verlangt. In Wirklichkeit handelt es sich um ein reguläres politisches Vergehen gegen den Eisenbahnenverwalter Ivanoff, der sich durch provokatorische konterrevolutionäre Betätigung bei seinen Untergeordneten verhaßt gemacht hatte. Nun kann aber vor allen Dingen nachgewiesen werden, daß Alacziil gar nicht der Täter ist, sondern dem Attentat nur beistand und dem Attentäter die Hand erleichterte.

Der Schweizer Bundesrat würde geradezu eine Infamie begehen, wenn er bei diesem Tatbestand Alacziil auslieferte. Der Fall Tschernial sollte selbst den zarischen Regierungen Europas zu denken geben.

### Die Folterer.

Der „Russ. Kur.“ schreibt: Wegen der Grausamkeiten, die im Rigaer Gefängnis begangen wurden und von denen sich das russische Polizeibeamtensystem überzeugt hat, verfügte soeben der Polizeipräsident Trussewitsch, eine Anklage zu erheben. —

Die „Wostische Zeitung“ hat behauptet, in Riga seien gar keine Folterungen vorgekommen. Die Untersuchung wird ihr und anderen Zarenfreunden die Augen öffnen. —

### Die Studenten.

Petersburg, 10. März. (V. G.) Die Drohung Stokypins, die Universität dauernd durch Gendarmen besetzen zu lassen, falls der Rektor den Eintritt von Nichtstudenten in das Universitätsgebäude nicht verhindern könne, hat in der Studentenschaft große Erregung hervorgerufen. Neue Zwischenfälle werden befürchtet.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. März 1907.

### Die „Freunde“ der Arbeiter.

Die Mugdan und Dirksen, Genning und Hieber — und wie sie alle sonst noch heißen mögen die Männer der neuen Mehrheit des „nationalen Blocks“ im neuen Reichstage — haben heute wieder ihre Lippen überfließen lassen von sozialpolitischer Vereinnahmung, den arbeitenden resp. „werttätigen“ Klassen mit guten Gesetzen zu helfen. Aber das sind Worte, nichts als Worte, die den Darbenden keinen Bissen Brot schaffen, so deutliche Wahlscheitern, daß selbst der Vole Korzantj über die tiefende Arbeiterfreundlichkeit des Blocks seinen Spott ausgoß; auch prüfte er die Zusage des Grafen Kosadowsky: den Reichstag baldigst mit den gewünschten Gesetzesentwürfen zu beschäftigen, an Beispielen preussischer Sozialpolitik in preussischen Abgeordnetenhäusern auf ihren Wert, so am Vergassew usw. Zwei Seelen, meinte er, wohnen in der Brust all dieser „Sozialpolitiker“.

Eine turbulente Szene provozierte der Abgeordnete von Dirlsen (Reichspartei), ein eifriger Gönner des Reichsverbandes, der aus dessen Lügenblättern die dicksten Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie vorlas und durch diese selbstgefällige Weiterverbreitung offenbarster Unwahrheiten einen tiefen Blick in sein Inneres tun ließ, das durch loyale Besonnenheit nicht getrübt wird.

Der Arbeiterabgeordnete des Zentrums, Giesberts, pries die Wichtigkeit der Interpellation über das Wohnenlied. Er erwartete, daß die Regierung die Versprechungen des Staatssekretärs Kosadowsky baldigst einlöse! Bitter klagte Giesberts darüber, daß Dirksen die Streikbrechergarde — die gelben Gewerkschaften — gelobt hatte; er meinte, das schädige die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Er tröstet sich aber damit, daß die Clique der Scharfmacher isoliert sei. Ja, das war sie immer, sie war immer eine nicht übermäßig große, aber eine äußerst einflussreiche Clique, die es durchsetzte, daß die Sozialpolitik des Reiches unfruchtbar blieb. Genosse Sue charakterisierte die Arbeitergenossen Dirlsens als auf diesem parlamentarischen Niveau liegend, und



wies die Unwahrhaftigkeit der von Dirksen vorgetragenen Behauptungen nach — was den Reichslügenverband nicht abhalten wird, die gebrauchten Lügen weiter zu verbreiten. Die Arbeiterfreundlichkeit der Dirksen und Konsorten ist vom christlichen „Bergknappen“ seinerzeit bei der Berggesetzgebung als eine heuchlerische kritisiert worden, was Genosse Sue der Dirksen-Clique ins Angesicht schleuderte. Dann präzierte Sue nochmals kurz und prägnant die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zur Sozialpolitik und wiederholte, daß die bürgerlichen Parteien seit dem Bestehen des Reichstages, d. h. seit 40 Jahren, die Mehrheit und also immer Gelegenheit hatten, den Arbeitern zu helfen, wenn sie nur gewollt hätten.

Der Abgeordnete Pauli-Potsdam machte gegen letztere Behauptung unter dem Gelächter der Sozialdemokraten die lächerliche Einwendung: weil die sozialdemokratische Fraktion Widerspruch gegen die sozialpolitische Tätigkeit der Bürgerlichen erhoben habe, sei vieles gesehert! Natürlich hielt sich Pauli, der seine Wahl dem Reichslügenverband verdankt, für verpflichtet, diesen zu verteidigen, und es kam dabei zu den ergötzlichsten Szenen. — Wieder erklärte sich Pauli gegen den Befähigungsnachweis, mit dem die Konserbativen zwei Jahrzehnte hindurch als einen Hauptstützmittel für das Handwerk kredenzt gingen, der aber nach Pauli nichts nützt. Man soll — so will er — den Mittelstand entlasten, das sei die beste Sozialpolitik. Wie letzteres geschehen soll, verriet dieser Handwerkerfreund nicht; er verschwiegen auch wohlweislich, daß gerade er und seine Freunde dem Mittelstand und die Arbeiter durch den Bucherzolltarif und durch die indirekten Steuern schwer belastet haben.

Dienstag: Nachtragsetat und Interpellationen über Strafprozedurordnung sowie über behördliche Eingriffe bei Wahlen.

### Scharfmacherisches aus dem Junkerparlament.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Montag zunächst nochmals mit der Frage, ob es die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung der Redakteure einiger unferer Parteiblätter wegen Verletzung des Hausrechts erteilen sollte. Bekanntlich hatte die Geschäftsordnungscommission ursprünglich dem Antrage auf Strafverfolgung zugestimmt. Die Sache war dann an die Kommission zurückverwiesen worden, die nunmehr zu dem entgegen gesetzten Beschlusse kam. In Uebereinstimmung damit verlagte das Haus einstimmig die Ermächtigung zur Einleitung des Strafverfahrens, die Konserbativen betonten aber ausdrücklich, daß prinzipiell eigentlich jede Verletzung des hohen Hauses geahndet werden müsse, und auch die Nationalliberalen sind nicht grundsätzlich Gegner eines derartigen Vorgehens. Nur im vorliegenden Falle sah man noch einmal von der Klageerhebung ab. Die sozialdemokratische Presse soll es wenig kümmern, ob das Dreiklassenparlament zum Abi läuft oder nicht, sie wird sich in ihrer Kritik nicht einschränken lassen und offen genau so wie bisher sagen, was im Interesse der Arbeiterbewegung zu sagen ist. Das Dreiklassenparlament aber sollte sich endlich einmal darüber klar werden, wie lächerlich es sich dadurch macht, daß es so überaus empfindlich gegen jede Kritik ist, obwohl seine Mehrheit es sich nicht nehmen läßt, bei jeder Gelegenheit gegen die Sozialdemokratie zu gehen und die Partei zu beschimpfen, die zwar die stärkste in Preußen ist, der aber dank dem elendesten aller Wahlsysteme die Möglichkeit genommen ist, von der Tribüne des Parlaments herab jenen Angriffen entgegenzutreten. Es sei nur daran erinnert, daß erst vor wenigen Tagen der Präsident v. Kröner unter dem Beifall des Hauses einen Redner, der einen anderen als Schrittmacher der Sozialdemokratie bezeichnet hatte, zur Ordnung rief!

Nach Erledigung des Antrages auf strafrechtliche Verfolgung setzte das Haus die am Sonabend abgebrochene Beratung des Eisenbahnetats fort. Es wurde wieder von fast allen Rednern weidlich auf die Sozialdemokratie geschimpft und die Entferrnung aller sozialdemokratisch gesinnten Beamten und Arbeiter aus der Verwaltung gefordert. Hand in Hand mit dem Verlangen, gegen sozialdemokratische Eisenbahner noch schärfer vorzugehen, gingen die auf den verschiedensten Seiten zutage getretenen Wünsche auf Besserstellung einzelner Beamtenkategorien. Die im nächsten Jahre stattfindenden Landtagswahlen werfen ihre Schatten voraus. Sonst bleiben die berechtigten Wünsche der Beamten und Arbeiter gewöhnlich unberücksichtigt, und ihre Petitionen wandern in den Papierkorb. Aber im Hinblick auf die Wahlen entdeckt so mancher plötzlich sein „arbeiterfreundliches“ Herz. Warten wir ab, was bei der angelegentlichsten Befragungsbefragung herauskommt! Viel scheint es, nach den bisherigen Proben zu urteilen, nicht zu werden.

Eine Abwechslung brachte nur der Abg. v. Brandenstein (L.) in die Debatte. Dieser hochseidene Herr, der es wohl infolge seiner Zugehörigkeit zu einem der ersten Korps als infolge seiner geistigen Fähigkeiten bis zum Regierungspräsidenten gebracht hat und der jetzt glücklich der Präsident des kaiserlichen Automobilklubs ist, gehört dem Abgeordnetenhaus erst kurze Zeit an. Er ist an Stelle des Herrn v. Loebell in Brandenburg gewählt. Aber er hat in dieser kurzen Zeit schon des öfteren gezeigt, was Geistes Kind er ist. Diesmal forderte er mit dünnen Worten, die erste Wagenklasse solle für ihn und seine Standesgenossen reserviert bleiben! Er ist entsetzt darüber, daß auch Beamte und sogar — Reichstagsabgeordnete diese Wagenklasse benutzen, und er erging sich in seinem Wergen in allerhand Ausfällen gegen diese Leute, die „ihrer ökonomischen Lage nach eigentlich gar nicht in die erste Wagenklasse hineingehören!“

Die Beratung des Eisenbahnetats soll am Dienstag zu Ende geführt werden. Nach den neuesten Dispositionen bleibt der Mittwoch für die Kommissionen frei, und am Donnerstag beginnt die Beratung des Kultusetats. Das angekündigte Polizeikostengesetz geht dem Landtage vor Ostern nicht mehr zu.

### „Die Beunruhigung des Auslandes.“

Zu den Bülow'schen Staatsreden schreibt uns unser Londoner Korrespondent:

Bei der Generaldebatte über den Etat hat Fürst Bülow in seiner Antwort an Genossen Vebel auch Gelegenheit genommen, über meine Deutung der Wahlen („Vorwärts“, 30. Januar) den Stab zu brechen. Er beurteilte sie als unpatriotisch, verwerflich und unsinnig, und fügte hinzu: „Auf solche Mäander, auf solche Querstreifen ist es auch zurückzuführen, daß im Ausland hier und da der Sieg der nationalen Parole bei den Wahlen als eine Bedrohung des Friedens aufgefaßt worden ist.“

Der vierte deutsche Reichskanzler ist wegen seiner Interpretationskunst allgemein bekannt; sie gehört zum diplomatischen Retier; jedoch hängt ihr Erfolg davon ab, ob ihr im Ausland Glauben geschenkt wird. Und dies scheint in unserem Falle nicht zuzutreffen. Es ist wohl wahr, daß der Eindruck, den das Ausland von den deutschen Wahlen gewonnen hat, keineswegs friedlich war, aber er wurde durch eine Weigerung hervorgerufen, die von einer viel wichtigeren Persönlichkeit stammt, als von meiner Seite. Das Märchen der „Fortnightly Review“ und die Flottendebatte im englischen Unterhause am 3. d. M. liefern dafür unüberlegliche Beweise. Auf Seite 645 des angezogenen Heftes wird gesagt:

„In ganz Europa erging man sich in viele und besorgnis-erregende (anxious) Spekulationen über die Wirkung, die die Wahlen möglicherweise auf die deutsche auswärtige Politik haben werden. Die Frage ist schwer zu entscheiden, aber die Kommentare waren meistens sehr übertrieben. Hauptächlich verantwortlich für ihren alarmierenden Ton (alariming colour) war die Mitternachtsrede des Kaisers an die Berliner Manifestanten, die — nach dem Bekanntwerden der vollständigen Niederlage der Sozialisten — den Kaiser umgaben. Unbelehrt (unchastened) durch manche Resultate seiner Veredamkeit, erklärte der kaiserliche Redner in herausfordernder Sprache, die deutsche Nation werde alle Hemmnisse niederreiten, die auf ihrem Wege liegen. Es ist nicht mehr als gerecht, wenn wir hervorheben, daß der ganze Zusammenhang des Sages, obwohl keineswegs frei von Unklarheit (obscurity) und störenden Andeutungen (disturbing suggestion), sich eher auf die „vaterlandslosen Gesellen“, als auf fremde Nationen bezieht.“

Also nach Ansicht der „Fortnightly“ war es nicht mein Artikel, der dem Sieg der nationalen Parole eine beunruhigende Deutung gab.

Ein viel wichtigerer Zeuge ist der radikale Abgeordnete Sir Charles Dille, der zu den hervorragendsten Politikern und Publizisten unserer Zeit gehört. Bei der gestrigen Debatte über den Flottenetat sagte er:

„Warn wurde hervorgehoben durch eine Rede des deutschen Kaisers und durch die Tätigkeit der deutschen Flottenliga. Aber die wirkliche Lage der beiden Flotten ist im höchsten Maße ermutigend für uns. Die Politik unseres Flottenamtes ist, Deutschland zu bewachen. Der unsere Flottenpolitik verfolgt, kann gar nicht im Zweifel sein, daß sie sich zur Aufgabe gemacht hat, gegen jedes deutsche Schiff zwei englische Schiffe und noch etwas darüber zu bauen.“

Zu bemerken ist noch, daß wir im Zitate aus der „Fortnightly“ zwei Adjektive weglassen, die zwar nicht beleidigend, aber doch wenig respektvoll sind. Ferner, daß diese Revue schon seit mehreren Jahren dem Sozialismus absolut feindlich gesinnt ist. Schließlich, daß Dille sich zwar zu den Demokraten rechnet, aber dem deutschen Sozialismus gegenüber eine durchaus ablehnende Haltung einnimmt.

Die Leser mögen sich nun über die Interpretationskunst des Fürsten Bülow ein Urteil bilden. Für uns steht das Urteil schon lange fest: am Fürsten Bülow ist ein schneidiger preussischer Staatsanwalt verloren gegangen. —

### Deutsches Reich.

Es wird weiter gefolgt.

In der Sitzung des Reichstages vom Freitag den 1. März, hat Genosse Singer dagegen protestiert, daß der Reichskanzler dem Genossen Vebel den Vorwurf gemacht hatte, dieser habe auf dem Internationalen Kongreß in Amsterdam dem Deutschen Reich ein Sedan gewünscht. Jetzt geht durch einen großen Teil der bürgerlichen Presse ein Bericht, in dem behauptet wird, der Protest Singers sei gänzlich unberechtigt gewesen, denn Vebel habe in Amsterdam geäußert: Genossen, ich wäre es ganz zufrieden, wenn wir auf dieselbe Weise zur Republik kämen! (Wie die Franzosen.) Diese Darstellung ist eine Fälschung der Worte Vebels. Nach dem Protokoll über den Amsterdamer Kongreß führte Vebel gegen den Genossen Jaurès folgendes aus:

„Ich wiederhole also: wir sind selbstverständlich Republikaner, sozialistische Republikaner. Es war allzeit eine der schwersten Aufgaben, die sowohl Fürst Bismarck wie Graf Bülow und fast die gesamte Presse gegen uns richtete, daß wir Antimonarchisten, Republikaner seien. Aber wir schwärmen deshalb nicht für die bürgerliche Republik. So sehr wir Euch Franzosen um Eure Republik beneiden und uns eine wünschen, und ihretwegen die Köpfe einschlagen zu lassen, das fällt uns nicht ein. (Stürmischer Beifall.) ... Immerhin hat die Republik vor der Monarchie vieles voraus. Aber so schlecht wie Ihr die Monarchie macht, ist sie nicht, und so gut wie Ihr die Republik darstellt, ist sie auch nicht. ...“

In weiteren führte Vebel aus:

Jaurès sagt: „Eure Nachsichtigkeit kommt daher, daß Euch das allgemeine Wahlrecht geschenkt worden ist, Ihr habt keine revolutionäre Vergangenheit.“ Aber wie kam Ihr denn in Frankreich dazu? 1848 kämpften Arbeiter und Bürger gemeinsam in der (Februar-) Revolution für die Republik und erklärten mit ihr das allgemeine Wahlrecht. Das Proletariat verlangte aber auch einschneidende soziale Reformen, das heißt Brot, und stellte der Republik drei Monate Hunger zur Verfügung. Dann aber kam die Juniflut; das Proletariat wurde niedergeworfen und es war die honette Republik, die das allgemeine Wahlrecht wieder abschaffte. Wenn Ihr es wiederbekamt, so nicht weil Ihr es erobert habt, sondern weil der Mann des Staatsstreichs, Napoleon III., es wieder herstellte, um mit Hilfe der Bauern seine Macht zu stützen. Und die neue Republik, die hat Ihr wieder nicht erobert, die bekamt Ihr durch Euren Freund Bismarck, als er nach Sedan Napoleon nach Wilhelmshöhe führte. (Sehr richtig!) Das war für Euch keine Schande und kein Schade. (Große Heiterkeit.) Bekäme Deutschland je einmal unter ähnlichen Verhältnissen und ähnlichen inneren Gegensätzen die Republik, es wäre nicht das größte Unglück, das uns treffen könnte.“

Ran vergleiche diese Ausführungen mit dem, was die Gegner Vebel sagen lassen und die Lüge, die Fälschung liegt auf der Hand. Kein Wort davon, daß Vebel Deutschland ein „Sedan“ wünsche. Er zieht nur in der Abwehr gegen Jaurès einen historischen Vergleich.

Dieser ganze Vorgang ist interessant genug, um hier auf eine andere historische Tatsache hinzuweisen. Bekanntlich ist das gesamte Bürgertum der Ansicht, daß Ferdinand Lassalle sich von der heutigen deutschen Sozialdemokratie zu seinem Vorteil dadurch unterscheidet, daß er „national“ gewesen sei und so „vaterlandsfeindliche“ Anschauungen nie gehabt habe, wie sie die heutige Sozialdemokratie entwidete. Wie grundfalsch auch diese Auffassung ist, befähigten folgende Sätze aus Lassalles Vortrag: „Was nun?“, den er im Oktober 1862 in Berlin hielt. Auf Seite 33—34 der ersten Auflage heißt es:

„Endlich aber ist die Existenz der Deutschen nicht von so präkärer Natur, daß bei ihnen eine Niederlage ihrer Regierungen eine wirkliche Gefahr für die Existenz der Nation in sich schließt. Wenn Sie meine Herren, die Geschichte genau und mit innerem Verständnis betrachten, so werden Sie sehen, daß die Kulturarbeiten, die unser Volk vollbracht hat, so ruhmhafte und so gewaltige, so bahnbrechende und dem übrigen Europa vorleuchtende sind, daß an der Notwendigkeit und Unverwundlichkeit unserer nationalen Existenz gar nicht gezweifelt werden kann. Geraten wir also in einen großen äußeren Krieg, so können in demselben wohl unsere einzelnen Regierungen, die sächsischen, preussischen, bayerischen zusammenbrechen, aber wie ein Phönix würde sich aus der Asche derselben unzerstörbar erheben, das, worauf es uns allein aufkommen kann — das deutsche Volk.“

Worin unterscheidet sich diese Ausführung Lassalles vor fünf- undvierzig Jahren, von der Vebels vor vier Jahren? Dadurch, daß die Auffassung Lassalles wo möglich noch „antinationaler“ ist. Damals aber hat auch der größte Feind Lassalles ihm den Vorwurf antinationaler Gesinnung nicht gemacht, obgleich seine revolutionäre Bestimmung über allem Zweifel stand. Aber wie sind jetzt 45 Jahre älter geworden, und das deutsche Bürgertum ist mittlerweile in allen

seinen politischen Auffassungen nicht fortgeschrittener, sondern konserverativer und reaktionärer geworden. Daraus erklärt sich seine Kampf- methode. —

### Wahlnachfrage aus Neuchâtel.

Nachdem die Wahl bei unerhörten Machinationen den „Sieg“ eines nationalliberalen Landrats ergeben hatte, erachtete die Clique bürgerlicher Wahlmänner im Kreise den Zeitpunkt für gekommen, einen Vernichtungsfeldzug gegen die „Neuchâtel Tribune“ zu unternehmen. Eine Hebe, wie sie selber selbst im Wahlkampf gegen unsere Partei nicht betrieben wurde, setzte ein. Um der verhassten „Tribüne“ den Garaus zu machen, wurde veranlaßt, ihr die Inserate, die Abonnenten, ja selbst die Ausgabebestellen abzufragen.

Unter dem Vorgeben, dem angeblich von der Sozialdemokratie bebrängten Mittelstand zu helfen, schien die vereinigten bürgerlichen Parteien ein Flugblatt in die Welt, das in wüster Verleumdung und Verdächtigung der Sozialdemokratie im allgemeinen und der „Neuchâtel Tribune“ im besonderen sogar die berüchtigtesten Subeliten des Reichsverbandes übertraf. Außerdem arbeiteten die Textilfabrikanten Geras nach Crimmitschau Muster mit Hochdruck, um einen Teil in die gewerkschaftliche Organisation „ihrer“ Arbeiter zu treiben. Bei Freibler und unter „nationalem“ Kriegsgeheul wurde ein „Reichsfreier Textilarbeiterverein“ gegründet. Die Mitglieder dieser gelben Gewerkschaft rekrutierten sich zum großen Teil aus ehemaligen Streikbrechern und Angebern, den Vorstehern ein Fabrikdirektor und ein Lehrer (L.), Geldgeber und „Ehrenräte“ sind Fabrikanten und die Betriebsbeamten rühren in den Betrieben unablässig die Werbetrommel.

Die höchste Potenz der Hebe wurde aber durch folgendes erreicht: In allen Fabriken und Werkplätzen gehen die Vorgesetzten der Arbeiter von Weibstuhl zu Weibstuhl, von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz und bieten die aus der Feuertrippe des Reichsverbandes fressenden bürgerlichen Zeitungen den Arbeitern für ein wöchentliches Abonnement von 5 Pf. an!!! Den Fehlbetrag zu dem Abonnementpreis wollen die Fabrikanten zulegen!

Wie aber hielten die Arbeiterchaft und die proletarischen Institutionen dem vereinigten Ansturm fanatisierter, vor keinem Mittel zurückstehender Gegner stand? Nun, die Auflage der „Neuchâtel Tribune“, das Parteiorgan im Wahlkreise, ist noch nie so stark gewesen wie gegenwärtig. Die Gewerkschaften aller Branchen haben an Mitgliedern gewonnen und entwickelt — Druck erzeugt Gegendruck — eine erfreuliche Rückbildung. Der Konsumverein Gera-Treibschütz, gegen den sich die Hebe ganz besonders mit richtete, hat in den letzten Wochen an 900 neue Mitglieder gewonnen, der Umsatz ist um über 30 Proz. gestiegen. Die Bäckerei ist an der Grenze ihrer jetzigen Leistungsfähigkeit angelangt.

Das erfreulichste aber ist, daß die sozialdemokratischen Vereine im ganzen Lande überall an Mitgliedern zunehmen, daß neue Vereine allerorts gegründet werden, daß, mit einem Worte, alles geschieht, um die Scharte von der letzten Wahl auszuweihen. Es leben unsere Feinde — die Freunde!

### Zentrum und Sozialdemokratie.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat ermittelt, daß bei den letzten Reichstagswahlen die Sozialdemokratie in 5 Kreisen keine, in sieben Kreisen unter 100, in 31 Kreisen unter 500 und in 39 Kreisen unter 1000 Stimmen erhaltet. Die ultramontane Presse findet, daß hierbei das Zentrum besonders gut abschnide. Von den fünf Kreisen, in denen die Sozialdemokratie keine Stimme habe, gehöre einer dem Zentrum, von den 7 Kreisen mit weniger als 100 sozialdemokratischen Stimmen seien 4, von den 31 Kreisen mit weniger als 500 sozialdemokratischen Stimmen 16, und von den 39 Kreisen mit weniger als 1000 sozialdemokratischen Stimmen 23 im Besitz des Zentrums. Im ganzen gehören dem Zentrum von den Kreisen mit weniger als 1000 sozialdemokratischen Stimmen 43. „Das Zentrum“ — so heißt es in der ultramontanen Presse — kann stolz darauf sein, daß es auch hier wieder an erster Stelle steht, ein Beweis, daß es die Sozialdemokratie erfolgreich bekämpft wie jede andere Partei.“

Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß diese Kreise, in denen das Zentrum der Sozialdemokratie so „erfolgreich“ entgegenzutreten weiß, ausschließlich oder vorwiegend ländlicher Art sind. In ihnen ist der Sozialdemokratie jede Art der Agitation verwehrt; ihre Anhänger, die sich offen als solche kundgeben, sind der Anbuhung und ihre Flugblattverbreiter des Empfanges durch den Dorfhand und den Dreischlegel sicher. Wenn das Zentrum „stolz“ darauf ist, daß es „auch hier wieder an erster Stelle steht“, so mag man ihm diesen Stolz gönnen. —

### Zweiterlei Maß im Strafvolk?

Im Untersuchungsgefängnis Moabit hat sich, wie der „Vorwärts“ kurz berichtete, der frühere Kölner Arzt Dr. Immanuel Kötschau das Leben genommen. Kötschau war in Köln wegen gemeiner Verbrechen zu anderthalb Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt, sowie aus dem Verzeßstande ausgestoßen worden. Während er damals in Köln in Untersuchungshaft saß, war seine Frau nach Berlin verzogen. Später — vor etwa einem Jahre — erkrankte die Frau und Kötschau wurde nun, nachdem er erst zwei Monate von seiner Strafe befreit hatte, beurlaubt. Dem „Stadt-Anzeiger“ zur „Kölnischen Zeitung“ wird nun in der Sache folgendes geschrieben: „Die Krankheit der Frau zog sich aufsaßend lange hin. Schließlich erfuhr die Behörde, daß Frau K., falls sie wirklich krank gewesen, doch längst wieder gesund war. Zwischenherin aber hatte Kötschau seine Freiheit dazu benutzt, erneut Verbrechen zu verüben, und so Köln aus war seine Wiederbehaftung gefordert worden. Gleichzeitig waren auch verschiedene Anzeigen gegen K. bei der Berliner Staatsanwaltschaft ergangen, und auch diese saubnete nach ihm. ...“

Das genannte Blatt berichtet also, daß der Betrüger und Schwindler anscheinend aus dem Gefängnis beurlaubt worden ist ohne daß die Krankheit seiner Frau sicher festgestellt war. Bestimmt aber gibt der Bericht an, daß Kötschau sich immet noch auf freiem Fuß befand, als seine Frau, falls sie überhaupt wirklich krank gewesen ist, längst wieder gesund war. Wir erinnern uns, daß man politischen Gesetzesübertretern und sozialdemokratischen Presseländern gegenüber in ähnlichen Lagen mit rücksichtsloser Härte verfahren ist. Nach dem oben geschilderten Falle muß man annehmen, daß im Strafvolk in der jüngsten Zeit humanere Sitten eingetreten sind. Es ist nicht anzunehmen, daß dieser Fortschritt nur Betrüger zuteil wird, sondern daß auch anständige Menschen, wie Streik- und Presseländer davon gewinnen. Wir wollen es abwarten! —

Nun ist die erste Bürgerpflicht — für Sozialdemokraten. Die Ordnungspresse meldet:

Der Statthalter von Elfaß-Lothringen hat die Landesbehörden angewiesen, am 17. und 18. März keinerlei Straßenkundgebungen und Massenansammlungen auf der Straße zuzulassen. In diesen beiden Tagen wollen die Sozialdemokraten zugunsten des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes für den Landesauswahl demonstrieren.“

Unsere Genossen haben beschloffen, in großen Versammlungen zu demonstrieren. Die kluge Regierung aber baut vor. Denn auf der Straße demonstrieren dürfen in Deutschland nur die „Patrioten“.



Und die sogar zur nächsten Stunde und vor kaiserlichen und kaiserlichen Palais. Solches nennt man dann Gleichheit vor dem Gesetz.

**Patriotische Ware.**

Die vom Verlag „Vertrieb patriotischer Zeitschriften, Berlin SW.“ herausgegebene Broschüre mit den illustrierten Völkischen Staatsreden genügt selbst den bescheidenen Ansprüchen nicht, welche die „Deutsche Tageszeit.“ an patriotischen Schriften zu stellen pflegt. Sie meint verächtlich:

„Wir halten eine solche Behandlung der Reden des ersten Reichsbeamten für nicht recht würdig, aber in diesem besonderen Falle auch für recht ungeschicklich, da die Karikaturen oft recht wenig humorvoll und manchmal geradezu kindisch sind. Wir heben zum Beweise dessen nur die Bilder hervor, die den Kaiser und das Fortwursteln, ferner den Kolonialdirektor als Hausknecht, weiter den Fürsten Bismarck vor dem ihm hingeworfenen Handschuh, endlich den Abgeordneten Bebel huldigend vor der Wüste Bismarcks darstellen. Solche Karikaturen sind an sich sinnlos, als Illustrationen aber zur Rede eines Staatsmannes völlig unangebracht.“

Keiner kann mehr geben, als er hat — auch ein billow-begeisterter „Kämpfer“ nicht! Allen Anschein nach denkt der Verlag, daß die patriotische Flagge auch den größten Mist deckt.

**Deutsch-amerikanische Handelsvertragsverhandlungen.**

Wie aus den Vereinigten Staaten von Amerika gemeldet wird, wird Präsident Roosevelt den amerikanischen Kongress nicht zu einer besonderen Sitzung einberufen, um ihm den Entwurf eines Handelsvertrages mit Deutschland vorzulegen. Vielmehr soll das zur Zeit zwischen Deutschland und der Union bestehende Handelsprotokoll vorläufig verlängert werden, aber in der Weise, daß Deutschland auf Grund der Sektion 3 des Dingleygesetzes einige weitere kleine Zollvergünstigungen eingeräumt werden. Das „Wolffsche Telegraphenbureau“ verbreitet folgende Meldung der „Associated Press“ aus Washington:

„Nach einer Reihe von Besprechungen zwischen Staatssekretär Root und dem Justizdirektor Rorich sind angenommen worden, daß vor Ablauf des Protokolls auf Grund der Sektion 3 des Dingleygesetzes ein neues Arrangement mit Deutschland getroffen werden kann, das bis zur Kongresssession im Dezember d. J. in Kraft bleiben würde. Die genannte Sektion gestattet dem Präsidenten eine Zollreduktion für gewisse Artikel als Gegenleistung für die Minimalzölle anderer Länder.“

Die „Post“ berichtet. Heute endlich bringt die „Post“ folgende Notiz:

(Beingeseh und Sozialdemokratie.) In unserer Uebersicht aus dem Reichstage am Freitag in Nr. 113 ist irrtümlich der sozialdemokratische Abg. Ehrhardt im Gegensatz zu den Abgeordneten genannt, die eine Aenderung des Beingesehes und stärkere Kontrolle verlangten. Tatsächlich hat der Abg. Ehrhardt ebenfalls eine Aenderung des Gesetzes und eine weitergehende Kontrolle befürwortet, wie unsere Leser schon aus dem Parlamentsberichte entnommen haben werden. Wir stellen das hiermit ausdrücklich richtig.

Es freut uns, daß unsere Annagelung der Fälschung Erfolg gehabt hat, wenn auch sehr nachträglich erst.

**Militärjustiz.**

Zu der furchtbaren Strafe von drei Jahren und ein Monat Gefängnis wegen einiger am Neujahrstage in hochgradiger Trunkenheit begangenen Verfehlungen verurteilte vor einigen Wochen das Kriegsgericht der 18. Division den Russeier Rehrer vom 84. Infanterie-Regiment (Schleswig). Da der Angeklagte Verurteilung einlegte, kam die Angelegenheit vor dem Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps (Altona) erneut zur Verhandlung. Am Neujahrstage betrat A. sich in der Kantine, worauf er in einem Longlokal weiter trank und dann in seiner erregten Stimmung mit dem Säbel umherfuchtelte. Einen Freund aus seiner Kompagnie, der beruhigend auf ihn einzuwirken suchte, verletzete er mit seinem Säbel schwer am Kopf. Die hiervon in Kenntnis gesetzte Militärpatrouille arretrierte A., der Widerstand leistete und sich an einem Gefreiten der Patrouille dadurch vergrißen haben soll, daß er ihm den Helm vom Kopfe schlug. Auch soll er den Gefreiten durch die Worte: „Du Hund, willst mich aus dem Lokal bringen!“ beleidigt haben. Der um seine Freisprechung ersuchende Angeklagte will in sinnloser Trunkenheit gehandelt haben und sich daher der Vorgänge nicht erinnern können. Die als Sachverständige geladenen Militärärzte halten es für möglich, daß der Angeklagte infolge des starken Alkoholgenußes nicht gewußt habe, was er tat, während aus den Akten verlesen wird, daß der Angeklagte nicht von Sinnen gewesen sei. Das Oberkriegsgericht verwirft die Berufung und bestätigt das Urteil der Vorinstanz. Weil es sich um schwere Verfehlungen gegen die militärische Disziplin handelte, seien dem Angeklagten mildernde Umstände verjagt worden.

**Die Landwirte im Reichstage.**

Kein Erwerbszweig ist im Reichstage so stark vertreten wie die Landwirtschaft. Es gehören dem Reichstage nämlich zurzeit 98 „Landwirte“ an, und zwar sind 11 von diesen Majoratsbesitzer (7 Konf., 1 Reichsp., 1 Z., 1 Katl., 1 freisinnige Vereinigung), 89 sind Rittergutsbesitzer (25 Konf., 3 Reichsp., 3 Z., 4 Polen, 4 Katl.), 35 sind Gutbesitzer (5 Konf., 5 Reichsp., 1 deutsche Reformpartei, 3 wirtschaftl. Vereinigung, 11 Z., 1 Pole, 9 Katl.), 6 sind Guts-pächter (3 Konf., 2 Reichsp., 1 Katl.) und 7 Landwirte (1 Konf., 1 wirtschaftl. Vereinigung, 5 Z.).

Die bise Presse hatte jüngst gemeldet, daß die Reichstags-abgeordneten am 1. März 800 M. Diäten erhalten hätten, am 1. April wiederum 800 M. erhalten würden und zum Schluß der Session die im Gesetz vorgegebenen 1000 M. Das ist unrichtig. Am 1. März sind nicht 800 M., sondern wie das Gesetz vorschreibt, 500 M. ausgezahlt worden, und daß ihnen am 1. April auch nicht 800, sondern 600 M. ausgezahlt werden, vorausgesetzt, daß sie in allen Sitzungen anwesend sind. Die Schlusrate von 1000 M. wird am Ende der Session gezahlt.

**Ausland.**

**Spanien.**

Die Wahlen am Sonntag sind — soviel bisher bekannt ist — ziemlich ruhig verlaufen. In Barcelona herrschte große Erregung. Zwischen den Anhängern und Gegnern der Konföderation kam es zu einem Handgemenge, in welchem eine Person getötet und mehrere verwundet wurden.

Die Anhänger der Konföderation erhielten in Barcelona die meisten Stimmen. Nach den bis zur Stunde bekannt gewordenen Wahlergebnissen scheinen die Konservativen bei den Wahlen eine bedeutende Mehrheit erzielt zu haben.

Madrid, 11. März. (B. L. A.) Nach den bisher bekannt gewordenen Wahlergebnissen sind in Madrid 10 Konföderative, 2 Liberale und 1 Republikaner gewählt worden. In Barcelona wurden 7 Sozialisten und 1 Antiföderalist, in der Stadt Valencia 1 Konföderativer, in der Provinz Valencia 16 Konföderative gewählt. Der Mod der Konservativen hat auch in Bilbao und in San Sebastian den Sieg davongetragen.

**England.**

**Vor der Friedenskonferenz.**

Oxford, 10. März. (B. L. A.) Lord Tweedmouth, der Erste Lord der Admiralität, führte in einer Rede hier aus, daß England keinerlei Absicht habe, seine Seemacht zu schwächen, daß es vielmehr in der Zukunft wie in der Vergangenheit ohne Rücksicht auf die Kosten an dem Zwei-Mächte-Standard festhalten werde.

**Dänemark.**

Der Gesetzesentwurf über Staats- und Gemeindezuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung ist am Sonnabend vom Folkething in dritter Lesung angenommen worden, und es ist wahrscheinlich, daß er ohne wesentliche Abänderungen auch die Zustimmung des Landstings finden wird, so daß er noch in diesem Jahre Gesetzeskraft erlangt. Das Gesetz, welches einen jährlichen Staatszuschuß bis zu 240 000 Kronen in Aussicht stellt, woraus den Arbeitslosen ein Drittel ihrer Ausgaben ersetzt werden soll, während die Kommunen noch ein Sechstel zuschießen können, wird wohl die einzige annehmbare Frucht der gegenwärtigen Reichstagsession sein. Die Reformpartei hat es zwar durchgesetzt, daß die Session über Östern hinaus verlängert wird, um vor die Wählerversammlungen, die sonst gleich nach Östern veranfaßt werden, nicht mit einem gar zu häufigen Ergebnis hintreten zu müssen, doch werden die großen Reformen — wie die des Zolltarifs und des kommunalen Wahlrechts — schwerlich fertig werden. Die Landstingsreaktion sucht diese beiden Reformen mit einander zu verflochten und ihr Entgegenkommen in Zollfragen davon abhängig zu machen, daß durch die Wahlrechtsreform an den bestehenden Ungerechtigkeiten so wenig wie möglich geändert wird.

**Schweden.**

Zu Gunsten einer christlichen Wahrscheinlichkeit ist eine Ergänzungswahl zur Zweiten Kammer ausgefallen, die am Freitag im vierten Wahlkreis Stockholm stattfand. An Stelle des verstorbenen konservativen Vertreters wurde der gemeinsame Kandidat der Radikalliberalen und Sozialdemokraten, Gewerkschaftsleiter T h a r w a l d F ü r s t, mit 3403 gegen 2848 Stimmen gewählt. Bei der Wahl im November vorigen Jahres erhielt der konservative Kandidat 1882, der liberale 1582 und der sozialdemokratische 998 Stimmen.

Thorswald Fürst gilt als zuverlässiger Anhänger einer wirklich demokratischen Wahlrechtsreform.

**Bulgarien.**

Sofia, 11. März. Ministerpräsident Petkoff wurde, als er mit den übrigen Ministern im städtischen Vorstadtgarten promenierte, von einem entlassenen Beamten durch drei Revolvergeschüsse getötet. Handelsminister Grenadjev wurde am Arm verwundet.

**Aus der Partei.**

**Vom Fortschritt der Presse.**

Das „Volksblatt für Hessen“ in Kassel hat seit dem 1. April 1905 rund 6500 neue Abonnenten gewonnen. Es wird vom 1. April ab neben der „Neuen Welt“ noch zwei Unterhaltungsbeilagen wöchentlich beigegeben.

Das „Offenbacher Abendblatt“ hat wegen des fortgesetzten Steigens der Auflage Verbesserungen und Erweiterungen des Betriebs, insbesondere auch den Erwerb einer größeren Rotationsmaschine einleiten müssen.

Der „Volksfreund“ zu Karlsruhe wird jetzt in einer Auflage von 16 200 gedruckt.

Unsere Toten. In Straßburg i. E. starb der Genosse Charles Zint, einer der ältesten elsässischen Genossen. Er war mit einer der ersten in Straßburg, der sich am Parteileben energisch beteiligte und hat besonders anfangs der 90er Jahre und das ganze letzte Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts hindurch der Partei gute Dienste geleistet.

**Der Jahresbericht über die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands für 1906.**

Amsterdam, 8. März.

Der Bericht, den der Parteisekretär van Ruykhof für den zu Ostern in Haarlem tagenden Parteitag publiziert, erwähnt als die belangreichsten Resultate des Berichtsjahres den Amsterdamer Kongress für die Befürzung der Arbeitsfrage, hebt lobend die einmütige Zusammenarbeit zwischen der Gewerkschaftsbewegung und der S. D. A. P. in diesem Falle hervor und spricht das Vertrauen aus, daß die beiden Teile der Arbeiterbewegung noch häufig gemeinsam auftreten werden. — Des weiteren werden die inneren Angelegenheiten der Partei besprochen, wobei die Wichtigkeiten über Taktik und die Programmrevision eingehende Erwähnung finden, ebenso wie die Propaganda. Hieran schließen sich die Berichte zweier Parteipropagandisten und die Mitteilungen über die Tätigkeit der Parteiparteien und ihren inneren Zustand. Diese Gesamtübersicht ergibt leider eine nur geringe Parteitätigkeit nach außen, einen ziemlich deutlichen Stillstand im Wachstum der Partei und ein wenig befriedigendes inneres Partyleben. Als Ursache ist einerseits die politische Windstille des vergangenen Jahres anzusehen, andererseits die seit dem letzten Parteitage zu Unrecht verhärteten Gegensätze zwischen den beiden Parteirichtungen. Der Bericht des Parteisekretärs schließt mit der Bemerkung, es sei Vogelstraub-Politik, darüber zu schweigen. Klärung müsse kommen, aber die Parteigenossen dürften nicht vergessen, daß sie, ein Ziel erstrebend und den Massenkampf kämpfend, alle Sozialdemokraten sind und zusammengehören.

Die Anzahl der Parteiparteien war Ende 1905 150 mit 6805, Ende 1906 187 mit 7471 Mitgliedern.

Außer dem Parteiorgan „Het Volk“, das täglich erscheint mit illustriertem Sonntagsblatt, und der wissenschaftlichen Monatschrift „De Nieuwe Tijd“, bescheiden 10 Wochenblätter und ein Halbmonatsblatt. Ferner die Monatsblätter „De Proletarische Vrouw“ und „De Janier“ (Der Rächer), letzteres als Organ der sozialdemokratischen Jugendvereine.

Die Parteieinnahmen betragen 14 313,26 Hfl., die Ausgaben 12 082,89 Hfl.

Auch der Tätigkeitsbericht der sozialdemokratischen Kammerfraktion liegt dem Berichte des Parteisekretärs bei. Er gibt als Richtschnur der Fraktion gegenüber dem jetzigen Kabinett an, daß sie kraft des Prinzips und der Taktik zur Opposition in der Zweiten Kammer gehöre, der Regierung aber das Regieren nicht unnötig zu erschweren oder unmöglich zu machen trachte. Die Fraktion nehme an und verteidige, was die Regierung Gutes beabsichtige, sie bestimme das Schlechte, immer eingend ihres sozialdemokratischen Standpunktes. Soweit die Fraktion im Prinzip nichts gegen die Regierungsanträge einzuwenden hatte, unterstützte sie das Kabinett, das mehrere Male die Kabinettsfrage stellte und durch die sozialdemokratische Kammerfraktion verschiedentlich vor den vereinigten Reichlichen Parteien vom Sturze gerettet wurde.

Von der amerikanischen Parteipresse. Der „Daily Socialist“ zu Chicago soll in Parteibeit überführt werden. Eine Versammlung der Partei beschloß eine Resolution, in der die Gesellschaft, die zurzeit den Verlag inne hat, ersucht wird, 50 Proz. der Aktien der Partei zu überlassen. Die „Genossenschaftliche Verlagsanstalt“ hat dieser Resolution zugestimmt und so wird auf diese Weise das erste und einzige Tagesblatt der englisch sprechenden Sozialisten Amerikas in Parteieigentum übergeführt werden.

**Polizeiliches, Gerichtliches usw.**

Die gefährlichen Versammlungsdekrete der überwachenden Polizei. Der Genosse Zille zu Harburg ist vom dortigen Landgericht wegen Gotteslästerung zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Er soll in einer Versammlung nach dem Zeugnis des überwachenden Beamten einen sehr rohen Wudruck in bezug auf die Bibel geäußert haben. Obgleich er das entsetzliche bestritt, obgleich drei Entlastungszeugen, die den Vortrag eifrig verfolgt hatten, den Satz nicht gehört hatten, obgleich sie übereinstimmend behaupteten, daß der Angeklagte nicht im rohen Ton und aggressiv gesprochen, sondern sich gewähnt ausdrückt und den ganzen Vortrag in dozierendem Ton gehalten habe, und obgleich der Polizeibeamte erklären mußte, er habe das Original seiner Notizen verloren, löste sich im allgemeinen nicht mehr genau auf alles, was ge-

sprochen wurde, bestimmen und habe nicht stenographiert, sondern nur einzelne Stichworte, die ihm aufgefallen seien, notiert. Er mußte weiter zugeben, daß der Vortragende von der Bibel als einem Werk von hoher kulturhistorischer Bedeutung gesprochen habe. Außerdem stellte sich heraus, daß der Beamte das Wort Mythos, das vom Redner wiederholt gebraucht wurde, nicht kennt. Aber für das Gericht genügt trotz alledem, daß er beistimmt, der Angeklagte habe den unrichtigen Satz wörtlich gesprochen.

In die „Freiheit“ zurückgekehrt ist am Sonnabend der Genosse Gustav Niemann von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zu Dresden. Sechs Monate hat er in dem Gefängnis zu Bangen zubringen müssen; wegen einer Minderheit, durch die der Militarismus beleidigt sein sollte. Hoffentlich hat er die lange Haft ohne dauernden Schaden an seiner Gesundheit überstanden.

**Gewerkschaftliches.**

**Berlin und Umgegend.**

**Jagd auf Streikposten.**

Nur in wenigen Fällen sind den Schneidern während des Streiks Schwierigkeiten bereitet worden bei der Ausübung des Koalitionsrechts. Eine unruhige Ausnahme glaubt Herr Julius Lindenbaum in der Großen Frankfurterstraße machen zu sollen. Am Freitag voriger Woche ließ er einen Streikposten beschaffen, während er am Sonnabend drohte, einem Streikposten „den Säbel auszuhacken“. Ein Geschäftsinhaber, welcher vorwiegend auf Arbeiterlandschaft rechnet, sollte Arbeiter, die er selbst ausgesperrt hat, nicht in dieser Weise von der Ausübung ihrer Pflicht abhalten. Es mag ja ärgerlich sein, daß die Arbeiter nicht so gefügig sind, wie man das bei einer Aussperrung gerne wünschte; das berechtigt aber nicht zu solcher Handlungsweise.

In der Friedrichstadt scheinen der Polizei einzelne Streikposten mehr „Verkehrshindernisse“ zu sein, als die „Freudenmädchen“, die sich an einzelnen Strahlenden ruhelose aufhalten. Letztgenanntes ist ja auch in der Friedrichstraße mit ihrem Riesenverleber der einzelne Arbeiter, der einsam in dieser Menschen-Plutzwelle Streikposten steht, ein ganz besonderes „Verkehrshindernis“.

**Die Aussperrung der Automobilfahrer beendet!**

Die ausgesperrten Autodroschkenführer kamen am Sonntagmittag in den „Arminhallen“ zusammen, um den Vorschlag des Einigungsamtes zu besprechen. Mit diesem Vorschlag schienen die Versammelten zuerst durchaus unzufrieden zu sein. Als H. Kettig ein Bild der Verhandlungen entwarf und das Resultat ankündigte, zeigte sich der Unmut darüber in vielen erregten Zurufen und einem allgemeinen Rurren. Erst im Laufe der Diskussion machte sich eine etwas veränderte Stimmung bemerkbar. Es wurde geltend gemacht, daß die Unternehmer sich täuschen, wenn sie glauben, der Mut der Fahrer sei gebrochen. Sollen sie jetzt zu den angebotenen Bedingungen in die Betriebe zurückkehren, so haben die Fahrer gelernt, den Wert der Organisation zu schätzen, denn ihr haben sie es zu danken, daß die Unternehmer nicht einen vollen Sieg errungen haben, sondern zu einem Entgegenkommen gezwungen waren und daß der berichtigte Ausbruch vom 1. Januar verschwinden mußte. Diese Organisation zu stärken, muß die wichtigste Aufgabe aller Fahrer sein; es sollte in keinem Betriebe ein Mann gebildet werden, der nicht dem Verbands angehört. Die Art, wie Magistratsrat v. Schulz sein Amt als Vorsitzender im Gewerbegericht bei den Verhandlungen ausübte, schießen einigen Rednern nicht einwandfrei zu sein. Es wurde kritisiert, daß Herr v. Schulz viel Wert auf den Satz legte: „Die Unternehmer können sonst nicht bestehen!“ Ob die Arbeiter sonst nicht bestehen können, davon wäre überhaupt nicht die Rede gewesen.

Es wurde eine geheime Abstimmung über die Entscheidung des Einigungsamtes vorgenommen. Das Resultat sollte bis Montagmittag dem Gewerbegericht mitgeteilt werden. Am Montagmittag hatten auch die Unternehmer eine Versammlung, um über den Vorschlag abzustimmen. Sie erklärten sich für die vorgeschlagene Einigung. Nicht so leicht waren die Fahrer damit fertig. Die Zählung ihrer Stimmen brachte eine Ueberschätzung. Von den mehr als 400 Fahrern, die hier in Betracht kamen, waren 290 am Sonntag in den „Arminhallen“ anwesend. Davon gaben 272 beim Verlassen des Saales ihre Stimmzetteln ab; 131 waren für „ja“, 131 für „nein“; 10 Zettel mußten für ungültig erklärt werden, weil „ja“ und „nein“ darauf geschrieben stand. Die Entscheidung lag nun beim Zentralvorstand des Verbandes, der am Montagmittag eine Sitzung hielt und sich für die vorgeschlagene Einigung erklärte.

Dies Resultat wurde den Aussperrten in einer Versammlung am Montagmittag in den „Arminhallen“, die außerordentlich stark besucht war, mitgeteilt und im ersten Augenblicke mit Ausrufen des Bedauerns aufgenommen. Das durch den Frieden gewonnene schien den meisten zu wenig; aber man fand sich bald mit den bestehenden Tatsachen ab und ging an die Beratung, wie am besten die Arbeit am Dienstagfrüh wieder aufgenommen werden sollte. Kettig und Becker machten bestimmte Empfehlungen. Von allen Betrieben muß durch die Vertrauensmänner Nachricht bei der Leitung einlaufen. Den Kollegen, die jetzt Hferdroschken fahren, wird empfohlen, sich in den ersten Tagen noch zurückzuhalten. Bei allen neu auftauchenden Streitfragen sollen die Fahrer nicht selbständig vorgehen sondern immer nur im Einverständnis mit der gesamten Organisation handeln. Daher ist es notwendig, daß in allen Fällen die Verhandlung zuerst unterrichtet wird. Dringend wurde wiederholt die Notwendigkeit betont, daß jeder mit allen Kräften für die Organisation agitieren müsse, um bei zukünftigen Kämpfen immer gut gerüstet dazustehen.

Von der Bedag-Gesellschaft, die nicht zum „Ring“ gehört, war bekannt geworden, daß sie sich dem getroffenen Abkommen anschließen werde.

Damit ist ein Kampf beendet, der in bezug auf seine Ursache und die Hartnäckigkeit der Streitenden nicht leicht seinesgleichen findet. Die Unternehmer hatten bekanntlich bei den Behörden durchgesetzt, daß die Fahrtage für die Berliner Droschken mit dem 1. Januar 1907 erhöht wurde. Damit gab sich aber ihr Kapitalistenherz noch nicht zufrieden. In demselben Augenblicke, als man ihnen ihre Einkünfte erhöhte, nutzten sie den Jahres eine Lohnreduzierung zu und als diese damit nicht einverstanden waren, warfen sie dieselben am 1. Januar rücksichtslos auf die Straße. Die Aussperrten fanden im Kampfe wie die Mauerer; eine starke Organisation schützte sie. Nur wenige fielen ab. Die Unternehmer aber schickten rücksichtslos ungeübte Arbeitswillige auf die Berliner Straßen, die denn auch — wie zu erwarten — in zahllosen Fällen Unheil anrichteten. Die Zahl der Automobilunfälle nahm bedenklich zu. Die bürgerliche Presse aber verhielt sich sorgfältig, daß es sich in all diesen Fällen um arbeitswillige Droschkenführer handelte. Selbst als am Wittenberg-Platz ein Kind auf dem Bürgersteig von einem arbeitswilligen Bedagführer aufgefahren ward, hörte man keinen Schrei der Entrüstung in der bürgerlichen Presse; auch von keinem Einschreiten der Sicherheitsbehörde erfuhr man etwas. Weder dem Fahrer Stein, der das Kind totfuhr, geschah etwas, noch der Gesellschaft, die den unfähigen Menschen an diesem Tage 14 Stunden in Dienst gelassen hatte. Dagegen ist man heftig bemüht, dem



Minde selbst die Schuld an dem Unglück zuzuschreiben. Es ist aber festgestellt, daß der sechsjährige Knabe auf dem Bürgersteige, wo er harmlos spielte, überfahren worden ist. Die Eltern sind arme Leute, die im Keller auf dem Hofe in der Lutherstraße 13 wohnen. Der Mann ist 60 Jahre alt, schwerhörig und arbeitslos; er war ehemals Aufseher. Die Frau verdient ihr Brot durch Vorküchen und als Aufwärtlerin. Natürlich werden die Leute eine Entschädigung von der Gesellschaft verlangen. Wegen seiner Schwerhörigkeit des Mannes war der kleine eine wertvolle Stütze im Hause, beiden Eltern Trost und ihre Hoffnung für die Zukunft. Aber was ist jetzt das den Kapitalismus.

Die Fächer niederguzwingen ist den Unternehmern bei der vorzüglichen Organisation derselben nicht gelungen. Jetzt, nachdem sie nockdringen zum Frieden mit diesen gekommen sind, wird der kapitalistische Vernichtungskrieg nach einer anderen Front geführt werden. Der kleine Mittelstand, den die Pferdedroschkenbesitzer repräsentieren, wird daran glauben müssen; in wenigen Jahren wird das Auto die Droschke alten Stiles aus den Straßen Berlins verdrängt haben.

### Der Lohnkampf der Herrenmahltschneider.

Eine Mitgliedsversammlung der Herrenmahltschneider füllte am Sonntag wiederum den großen Saal der Brauerei Friedrichshain. Der Referent brachte über den Stand der Bewegung, worauf der Verbandsvorsitzende Stühmer noch weitere Ausführungen über die Bewegung in anderen Städten Deutschlands gab, sowie über den großen Kriegspfad, den der Arbeitgeberverband am Donnerstag auf der Konferenz in München ausgeschickt hat. Während hier in Berlin die nicht dem Verband angehörenden Arbeitgeber beschloßen, eine freie Organisation zu gründen, die bestimmt ist, alle Streitigkeiten mit der Gehilfenschaft auf friedlichem Wege beizulegen, hat jene Konferenz beschloßen, in allen Orten Deutschlands, wo Lohnforderungen gestellt sind, am Dienstag der Gehilfenschaft einen Tarif vorzulegen, der unbedingt bis Donnerstag anerkannt werden soll. Verhandlungen und Beratungen mit der Gehilfenschaft über diese Tarife sollen überhaupt nicht stattfinden. Nicht weniger als 35 Orte sind es, wo diese rücksichtslose Maßregel angewandt werden soll. Aus Städten, wo die Verhandlungen bisher gut und Erfolg versprechend verlaufen sind, liegt bereits die Nachricht vor, daß sie auf Weisung aus München plötzlich von den Arbeitgebern abgebrochen wurden. So geschah es in Hamburg, Nürnberg, Wiesbaden und anderen Städten. Daß die Konferenz in München einen solchen Beschluß fassen konnte, wurde offenbar nur dadurch möglich, daß die Arbeitgeberseite von ihren Führern über die Stellung der Gehilfenschaft schematisch getäuscht wird. Als ob eine Lüge dadurch, daß man sie immer von neuem wiederholt, glaubwürdig werde, stellen sie die Sache immer wieder so hin, als wollten die Gehilfen in Berlin überhaupt nicht verhandeln oder hätten den Arbeitgebern gar nicht Zeit gelassen, die eingelegten Tarife zu prüfen. Und doch waren sie schon im Dezember von der Tarifbewegung unterrichtet, konnten also in aller Ruhe eigene Vorschläge ausarbeiten. Aber auch nach Einreichung der Tarife war ihnen Frist genug gewährt, und es hätte längst eine beiden Parteien nützliche Einigung erzielt werden können, wenn die Arbeitgeber ihre Kräfte nicht an eine fruchtlose Aussperrung und in allerlei Schwindeln über „unverschämte und unerfüllbare“ Forderungen verschwendet hätten. Hebräisch kommen auch organisierte Arbeitgeber mehr und mehr zu der Einsicht, daß sie von ihren Führern schamlos getäuscht werden. Der Referent verlas den Brief eines Mitgliedes des Arbeitgeberverbandes an die Lohnkommission der Gehilfenschaft, worin, eventuell an Gerichtsstelle, eine Befristung darüber verlangt wird, daß die Gehilfenschaft sich von Anfang an zu Verhandlungen bereit erklärt hat. Selbstverständlich wurde dem Arbeitgeber mitgeteilt, daß die gesamte Lohnkommission und Ortsverwaltung jederzeit gewillt ist, dies vor Gericht zu bezeugen.

Der Referent sowie der Verbandsvorsitzende führten im übrigen aus, daß die Gehilfenschaft und ihr Verband den Konflikt, den der Arbeitgeberverband nun heraufbeschwören will, nicht zu fürchten haben und hinreichend gerüstet sind, um den Kampf aufzunehmen. Doch sollte nun die ganze Macht der Organisation gegen den Arbeitgeberverband gerichtet, und von einer Arbeitsniederlegung bei den unorganisierten Arbeitgebern Abstand genommen werden. — Dieser gemeinsame Vorschlag der Lohnkommission, Ortsverwaltung und des Verbandsvorstandes wurde nach kurzer Debatte durch Annahme der folgenden Resolution gutgeheißen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Den Forderungen der Arbeitgeber gegenüber erklärt sie, daß ihnen zu Verhandlungen mit unserer Organisation hinreichend Zeit gelassen worden ist, daß aber die von uns angebotenen Verhandlungen von den Arbeitgebern abgelehnt wurden. Angesichts der veränderten Situation beschließt die Versammlung, daß in den Geschäften, wo bisher die Arbeit nicht niedergelegt ist, weiter gearbeitet wird.“

Die Militärschneider beschäftigen, ihren Arbeitgebern demnach eine Tarifvorlage zu unterbreiten. Eine Branchenversammlung, die am Sonntag in den „Arminhallen“ stattfand, hielt den von der Kommission ausgearbeiteten Entwurf in allen seinen Positionen gut. Den Hauptwert legen die Militärschneider auf die Abschaffung des Prozentwesens, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß bei der Auszahlung der Prozente vielfach ziemlich willkürlich verfahren wird. Außerdem ist in dem Entwurf eine geringfügige Aufbesserung verschiedenes Lohnsätze vorgesehn.

Die in den Brauereien beschäftigten Böttcher haben über einen neuen Tarifvertrag Verhandlungen gepflogen. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Zentralverbandes am Sonntagmorgen erhaltete Klapphans Bericht darüber. Ueber den von der Böttcherorganisation eingereichten Tarif fand eine eingehende Erörterung statt, wobei die Arbeitnehmervertreter entschieden für die von ihnen gestellten Forderungen eintraten. Namentlich verlangten sie die Bewilligung der 8 Stundenigen Arbeitszeit mit der Begründung, daß sie diese in allen sonstigen Betrieben bereits erreicht hätten, und auch ein Drittel der in den Brauereien beschäftigten Böttcher jetzt nur neun Stunden arbeiten. Seitens der Brauereibesitzer wurde erklärt, daß der Verein mit Rücksicht auf die Parität der Arbeitnehmer in den Betrieben nicht in der Lage sei, einer einzelnen Kategorie günstigerer Bedingungen zuzugestehen als den anderen. Die Forderung des Entgeltens für die Brauereien sei vielmehr durch den mit den Brauereien abgeschlossenen Tarif gezogen. In der Versammlung wurde den Brauereien der Vorwurf gemacht, daß sie nicht mit aller Energie für die ständige Arbeitszeit einzutreten seien. Die Böttcher sind durchaus nicht gesonnen, mit 9 Stundeniger Arbeitszeit zufrieden zu sein. Das wurde in der Diskussion von allen Seiten scharf betont. Weitere Verhandlungen sollen stattfinden, bis der ständige Arbeitstag bewilligt ist, der im Böttchergewerbe in Berlin allgemein in Geltung ist. Die Organisation ist stark; von 800 Böttchern gehören über 600 dem Verbands an. In sämtlichen Brauereien sind 243 Böttcher beschäftigt; davon arbeiten 84 nur 9 Stunden und 159, von denen 25 nicht organisiert sind, 9 Stunden täglich. — Mit den übrigen Punkten des Tarifvertrages erklärte man sich im allgemeinen einverstanden, wenn auch noch viel zu wünschen übrig bleibt. Der Lohn beträgt 35 M. pro Woche. Die Städtarbeit ist verboten. Die Nebenstunden sind mit 75 Pf. pro Stunde, an den beiden Ostern, Pfingsten und Weihnachtsfeiertagen mit 1 M. pro Stunde zu vergüten. Wo günstigere Bedingungen erzielt worden sind, bleiben sie auch bestehen. Der Urlaub, unter Fortzahlung des Lohnes, beträgt nach zehnjähriger ununterbrochener Beschäftigung in einer Brauerei 2 Tage, nach dreijähriger 3, nach zehnjähriger 4, nach

fünfjähriger 5 Tage, nach sechsjähriger und darüber 1 Woche. Der Vertrag soll vom 1. April 1907 bis 31. März 1910 gelten.

**Achtung! Kleber, Bauhandwerker! Besperet sind:** Müller, Rogowstraße. Bauten: Wilmersdorf, Mainzerstr. 23; Westend, Gröfestr. 1-4 und 10; Charlottenburg, Steinplatz 4. Kreide, Steglitzerstraße. Bau v. d. Heidstr. 12 (Hart u. Leper). Lutz, Reiningergasse. Bau Rixdorf, Treptower, Ede Weselestraße (Baumeister Pögel). Schmidt, Charlottenburg, Kirchstraße. Bauten: Charlottenburg, Suarezstr. 3 (eigener Bau); Steglitz, Schloßstr. 32 (v. d. Smiffen). Jahn, Lühnowstraße. Bau Hildebrandstr. 16 (Privatstraße). Spiller, Rixdorf. Bauten: Rixdorf, Banglitzstraße; Panitzsch, Florastraße.

### Deutsches Reich.

#### Zur Aussperrung der Hamburger Schauerleute.

Wie wir schon angedeutet haben, ist die Aussperrung eines großen Teiles der Hamburger Schauerleute perfekt geworden, während die für Rechnung der auswärtigen Reedereien beschäftigten Schauerleute in Arbeit verbleiben sind. Von der Aussperrung betroffen sind über 3000 Mann, die bei der Amerika-Linie, etwa 1000 der Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft, der Boermann- und Rebane-Linie usw. beschäftigt waren; ein ebenso großer Teil arbeitet bei den auswärtigen Reedereien. Die mit einer Brutalität sondergleichen in Szene gesetzte Aussperrung wird von der von den „Herren im Hafen“ ausgeschalteten, mit fetten Anzeigen gepöbelten „ehrenwerten“ Presse, die auch die „entschieden“ liberale gehet, als etwas ganz Selbstverständliches bezeichnet. Zur Charakteristik dieser „anständigen“ Presse sei bemerkt, daß sie ohne Kommentar eine Erklärung des Vereins Hamburger Kleber abdruckt, in der eine nette Moral verzapft wird. In dieser „Erklärung“ wird zynisch gesagt, es sei ganz selbstverständlich, daß die Arbeitgeber auf das vom Hafenarbeiterverband gemachte Angebot, über die Nachtarbeit zu verhandeln, nicht reagierte. Die Kleber vertreten eben den nackten Herrenhandpunkt und betrachten ihre Arbeiter als willenlose Werkzeuge, die jedes Winkes gewärtig zu sein, aber selbst nicht einmal Wünsche zu äußern haben. Am Sonntagabend wurden die Schauerleute aufgefordert, im Arbeitsnachweis die Karten mit dem Aufdruck: „Zur Nachtarbeit bereit“ in Empfang zu nehmen, aber niemand ging hin, weil die Karte ausgegeben war, daß die Versammlung am Sonntag zu entscheiden habe, was geschehen solle.

In dieser von über 4000 Schauerleuten besuchten Versammlung wurde die Unterstellung des Reedereivereins, die Schauerleute hätten den Beschluß, mit bis 10 Uhr abends zu arbeiten und weitere Nacht- und Sonntagsarbeit zu verweigern, nur zu Demonstrationen genutzt und wollten aus reiner Privatneugier Handel und Schifffahrt gefährden, entsetzt zurückgewiesen. Dieser Beschluß, so wurde ausgeführt, sei gefaßt worden, weil den Schauerleuten die Nacht- und Sonntagsarbeit in dem ihnen aufgezwungenen Arbeitsnachweis verweigert worden sei und weil die Nacht- und Sonntagsarbeit unzureichend bezahlt werde. Trotz der ablehnenden Haltung der Kleber hat der Vorstand der Schauerleute am 20. September 1906 eine Verhandlung anzuhaben versucht über die Frage der Nacht- und Sonntagsarbeit, wozu die Kleber erklärten, Klagen über die Beschränkung dieser Arbeit seien ihnen nicht zugegangen, wie auch im Jahresbericht der Handelskammer erklärt wurde, die Kleber usw. hätten sich mit dem Beschluß der Schauerleute abgefunden. Dieses „Abfinden“ geschah in einer stillen Geschäftigkeit, während in der letzten klauen Konjunktur die Nacht- und Sonntagsarbeit unerlässlich sein soll! Trotz und alledem erklärten die Schauerleute sich nochmals zum Verhandeln bereit, doch wurden sie brüsk zurückgewiesen. Wie schon vor einigen Tagen bemerkt, wollten die großen Reedereien schon Anfang Februar die Aussperrung vornehmen, stießen aber damit auf Widerspruch bei den Kleber. Die Herren Bölin und Genossen haben sich partout vorgenommen, den Hafenarbeitern die „Raisfeier anzutreiben“, und die jegliche Lohnnahme hat lediglich den Zweck, die Arbeiter durch eine wochenlange Aussperrung in der klauen Geschäftszeit finanziell so zu schwächen, daß die Raisfeier ins Wasser fällt. Ein Oberscharfmacher hat ja auch vor einigen Wochen geäußert: „Sperren wir jetzt nicht aus, dann müssen (!) wir am 1. Mai vier Wochen lang aussperren.“

Nach eingehender Aussprache nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, in der es u. a. heißt: ... Unter diesen Umständen erklärt die Versammlung, daß der Beschluß vom 28. Mai 1906 (es darf nur bis 10 Uhr abends gearbeitet werden) hochgehalten werden muß, bis eine Verständigung stattgefunden hat. Dem Vorstand der Schauerleute wird Vollmacht zur Verhandlung mit den Kleber erteilt, falls dieselben sich hierzu bereit erklären. Das endgültige Beschlußrecht behält sich die Versammlung vor.“

Die Versammlung der Kleber beschloß, die eigenen Arbeiten auszuführen, aber Schauerleutenarbeiten an Bord unter allen Umständen zu verweigern.

Die ausgesperrten Schauerleute fanden sich am Montag morgen in der Hafengegend ein, aber niemand folgte den Rufen, sich der „Horn halber“ die Arbeitskarte mit dem Stempel „Zur Nachtarbeit bereit“ zu holen. Die Schleppdampfer, die sonst Tausende von Arbeitern nach den Schiffen befördern, dampften leer ab.

Im parlamentarischen Weiterungen aus dem Wege zu gehen, sind die zur Aufnahme der englischen Streikbrecher hergerichteten Staatschuppen 73, 74 und 75, die von der Amerika-Linie gemietet sind, geräumt und die Streikbrecher auf den außerhalb des Freihafengebietes verorteten Dampfern „Abatia“ und „Cobra“, beide der Amerika-Linie gehörend, untergebracht worden. Dieses Gefindel, von dem selbst die englische Zeitung „Mail“ sagt, es bestehe zum größten Teil aus Bagabunden, erhält bei freier Verpflegung und Unterzucht einen Tagelohn von 5 M. bei neun Stundeniger Arbeitszeit und für die Ueberfrunde 1 M., während die Hamburger Schauerleute einen blanken Tagelohn von 4,80 M. bei zehnstündiger Arbeitszeit erhalten. Außerdem wird diesen „Gentlemen“ freie Her- und Rückfahrt und am Rückfahrstage eine Qualifikation von 10 M. gewährt. Die Scharfmachergesellschaft läßt sich im „nationalen“ Interesse die Riederbringung und Brutalisierung der einheimischen Arbeiter etwas kosten.

Ueber die Zahl der Streikbrecher liegen noch keine zuverlässigen Angaben vor; die bürgerliche Presse beziffert sie auf 800.

**Hamburg, 11. März.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Heute trafen auf zwei Dampfern 500 Engländer ein; die Gesamtzahl ist jetzt 1400. Der Hafenbetriebsverein sagte erneut den Beschluß, ohne Unterschrift der Bereitwilligkeit keinen Schauerleuten anzustellen.

### Ausland.

#### Der Sieg des Lichtes.

Paris, 10. März. (Fig. Ver.)

Der Streik der Elektrizitätsarbeiter ist nach einjähriger Dauer mit einem unzweifelhaften Erfolge der Ausständigen beendet worden. Mit praktischem Eifer waren die Arbeiter in die Bewegung eingetreten, mit bewunderungswürdiger Besonnenheit wählten sie im geeigneten Moment abzuschließen. Am Spätnachmittag des Sonnabends hatte das Streikkomitee, das den Gemeinderat Genossen Rozier als Berater an seiner Seite hatte, eine Unterredung mit dem Senatspräsidenten, der den Arbeitern beruhigende Zusagen über ihre wichtigsten Forderungen vermittelte.

Das Streikkomitee fand die entgegenkommendste Annahme. Noch am Vormittag hatte Clemenceau selbst erklärt, daß Paris am Abend seine gewöhnliche Beleuchtung haben werde. Der Ministerat beschloß, zu diesem Zwecke das 5. Gendarmeregiment herbeizurufen. Am Nachmittag sagte Clemenceaus Kabinettschef Sarraut den Vertretern der Streikenden, daß die „allgemeinen Interessen“ der Bevölkerung die Zurechnung des Militärs rechtfertigen, worauf Genosse Palaud rundweg erklärte, daß in diesem Falle Uebergeben unermesslich sei. Am Abend aber sah die Regierung, daß ihre Schwächlinge die Arbeiter

nicht eingeschüchtert hatten. Paris war so dunkel wie am Abend zuvor. Die meisten Theater blieben geschlossen, improvisierte Gas- und Kerzenbeleuchtung half in den Cafés und Restaurants aus. Das ganze an Soirabanden sonst besonders stark pulsierende Leben der Großstadt war stillgelegt.

Unter solchen Umständen mußte es der Regierung klar geworden sein, daß sie in ihrem eigenen Interesse am besten wäre, den durch eine seit langem währenden Probation der Arbeiter herausgeforderten Ausstand auf billige Weise zu beendigen. Für Montag hatten die Sozialisten eine Interpellation über die Verwendung des Militärs zu Streikbrecherdiensten angekündigt. Für das Ministerium konnte die Situation unangenehm werden, wenn sich die zahlreichen Gegner Clemenceaus in den bürgerlichen Parteien zusammenschloßen. So waren die Bedingungen für eine friedliche Beendigung günstig.

Im ganzen sind es allerdings mehr Versprechungen, die der Senatspräsident bieten konnte, als bindende Verpflichtungen, da die endgültige Entscheidung dem Gemeinderat zusteht. Die Verhandlung drehte sich zuerst um die rückwirkende Kraft der Altersversorgung. Hier bekamen die Arbeitervertreter die Versicherung, daß der Nepräsentant der neuen Gesellschaft, Herr Sartiaux, bereit sei, sie anzuerkennen. Er meinte nur, daß keine 7 Millionen hierzu nötig seien. Genosse Patand erwiderte, daß die Arbeiterseite vor allem eine sichere Bürgschaft für diese Einrichtung der Altersversorgung erwange, dagegen die Fixierung einer Summe dafür in zweite Reihe stelle. Sie könne sich damit zufrieden geben, daß die neue Gesellschaft die notwendigen Summen zur Verfügung stellen wolle.

Der Senatspräsident versprach ferner, daß der neue Konzeptionär die Forderung der Arbeiter, daß der Gewerkschaftssekretär als Angestellter auf Urlaub ohne Bezahung anzusehen sei, erfüllen werde, wovon eine solche Bestimmung von Gesetzes wegen nicht in die Bedingungen eingetragen werden könne. Bezüglich des am Morgen gemahregelten Genossen Morelli verpflichtete sich der Präsident für die Wiederaufnahme zu wirken, und fügte hinzu, daß Herr Sartiaux mit ihm einverstanden sei.

Palaud erklärte darauf, daß die Streikkommission unter diesen Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit eintreten werde, jedoch darauf Gewicht lege, zu betonen, daß sie nicht den Drohungen weiche.

Die Versammlung der Ausständigen in der Arbeitsbörse, wo die Delegierten den Bericht erstatteten, beschloß die Arbeit wieder aufzunehmen und kurz vor Mitternacht stammten in ganz Paris wieder die elektrischen Lichter auf.

Die reaktionäre Presse weiß nicht, wie sie sich angesichts dieses Endes verhalten soll. Leids wütet sie über die Kapitulation der Regierung, teils sucht sie den Erfolg der Arbeiter zu verkleinern und die Klüffler zur Arbeit als Resultat der Berufung des Militärs hinzustellen. Der „Temps“ erklärt, dieser Ausstand habe nicht der Autonomiefreiheit, sondern im Gegenteil ihrer Beschränkung gedient. Der moralische Eindruck auf die Arbeiterseite ist natürlich ungeheuer, und die gewerkschaftliche Bewegung hat an diesem einen Tage gewaltige Antriebe gewonnen.

### Ausländeraussperrung.

In 25 von 48 dem Verbands der Druckerbesitzer angeschlossenen Druckereien in Moskau wurden Aussperrungen vorgenommen. Der Arbeiterverband beschloß, von aggressivem Vorgehen abzusehen, die Beziehungen mit dem Verband der Druckerbesitzer abbrechen, mit den einzelnen Unternehmern jedoch zu verhandeln.

### Eingegangene Druckschriften.

„Volkswirtschaftliche Blätter“, 2. Februarheft. Herausgegeben im Auftrag des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes von Herrn Edw. Richter-Berlin. Rari Heymanns Verlag, Berlin W. 8.

„Katholismus des guten Tones und der festen Sitte von Constance von Spanien. 12. Auflage (31.—32. Tausend!) Max Hoffes Verlag in Leipzig. Preis geb. 2,50 M.“

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Deutsche ausgleichende Gerechtigkeit.

**Breslau, 11. März.** (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Breslauer Strafkammer hat es abgelehnt, gegen die Metallindustriellen wegen Terrorismus und Erpressung Anklage zu erheben. — Damit ist festgestellt, daß in Preußen-Deutschland Arbeiter und Unternehmer durch das Gesetz nicht gleichmäßig getroffen werden. Was zu beweisen war.

#### Die Duma.

**Petersburg, 11. März.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Hier kursieren stark Gerüchte, daß die Dumaauflösung nahe bevorstehend sei.

#### Der Straßenbahnerstreik in Moskau.

**Moskau, 11. März.** (W. Z. B.) Der Magistrat hat die Forderungen der streikenden Straßenbahner abgelehnt und beschloßen, sämtliche streikende am 13. d. Mts. auszusperrn. Infolgedessen dürfte auch in den übrigen städtischen Betrieben, wie der Gasanstalt, dem Schlachthaus usw., ein Streik der Arbeiter zu erwarten sein.

**Moskau, 11. März.** (W. Z. B.) Heute traten die Schloffer der Straßenbahngesellschaft in den Ausstand; infolgedessen ruht der Straßenbahnverkehr völlig. Die Gasarbeiter drohen, wenn die Forderungen der Straßenbahnschloffer nicht bewilligt werden, gleichfalls die Arbeit niederzulegen. Unter den Arbeitern der Wasserwerke ist eine Agitation im gleichen Sinne ohne Erfolg geblieben, hingegen zeigt sich bei den Schlachthausangestellten erregte Stimmung.

#### Die Deputiertenkammer zum Elektrizitätsarbeiterstreik.

**Paris, 11. März.** Ueber die verfrühte Verwendung von Soldaten als Streikbrecher wurde die Regierung in der heutigen Sitzung von den Sozialisten interpelliert. Am Schluß eines sehr heftigen Rededuels zwischen Jaures und Clemenceau schlägt Jaures folgende Tagesordnung vor: Die Deputiertenkammer ist der Ueberzeugung, daß das Zurückgreifen auf militärische Hilfsmittel mit dem Zwecke, die ausständigen Arbeiter der Elektrizitätswerke zu erzwingen, eine Verletzung des Streikrechtes und ein Mißbrauch der Kammandogewalt gegenüber den Soldaten ist, und geht zur Tagesordnung über. Der Vortrang für diese Tagesordnung wird mit 418 gegen 90 Stimmen abgelehnt; ebenso wird der Vortrang für eine von Laforet beantragte Tagesordnung mit 337 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Präsident Brisson stellt sodann eine Tagesordnung zur Abstimmung, die der Regierung das Vertrauen ausdrückt und folgenden Wortlaut hat: Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung, lehnt jeden Zusatzantrag ab und geht zur Tagesordnung über. Diese Tagesordnung wird mit 378 gegen 68 Stimmen angenommen.

#### Beamtengelei in Frankreich.

**Paris, 11. März.** (W. Z. B.) Der Justizminister hat heute der Deputiertenkammer den Entwurf eines Beamtengesetzes vorgelegt. Der Entwurf legt die Beamteneigenschaft jedem bei, der als Beauftragter der öffentlichen Gewalt dem Staat auszugehen, für die Verrichtung des öffentlichen Dienstes organisierten Beamtenwesens angehört. Die Beamten mit Ausnahme der Gerichts- und Polizeibeamten dürfen sich zur Wahrnehmung ihrer beruflichen Interessen beliebig zusammenschließen. Diese Vereinigungen dürfen sich untereinander verbinden nach den im Gesetz vom Jahre 1884 angegebenen Grundsätzen.



Reichstag.

15. Sitzung vom Montag, den 11. März 1907, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Vosadowitz.

Auf der Tagesordnung steht zuerst die Fortsetzung der Besprechung über die Interpellation Trimborn und Genossen betr. 1. ein Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, 2. die Einführung des sogenannten kleinen Beschäftigungsnachweises, 3. über das Ausverkaufswesen und das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, 4. die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit für Fabrikarbeiterinnen und 5. ein Gesetz über Arbeitskammern.

Abg. Mugdan (fr. Sp.): Herr Trimborn hat mit Recht die sozialpolitische Unfruchtbarkeit des Reichstages betont: er sollte aber nicht vergessen, daß in diesen sozialpolitisch unfruchtbareren Reichstagen das Zentrum die ausschlaggebende Partei war. (Lachen im Zentrum.) Ich halte Arbeiterkammern für besser als Arbeitskammern; doch sind die ersteren hier im Hause nicht zu erreichen und ich stimme deshalb den Arbeitskammern zu. — Wenn aber die Wahl der Arbeitervertreter zu diesen Kammern den rechtsfähigen Vereinen übertragen wird, so muß das Gesetz über diese ganz anders aussehen als das in der vorigen Session eingebrachte, sonst halten sich die Arbeitervereine fern davon. Für die Verkörperung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen sind wir auch früher schon eingetreten. Einer Vorlage, welche gegen Mißstände auf dem Gebiete des Ausverkaufswesens gerichtet ist, werden meine politischen Freunde zustimmen. Wenn die Handwerker glauben, ihnen könne durch Einführung des sogenannten kleinen Beschäftigungsnachweises, durch die Meisterprüfung, genützt werden — und es scheint, als ob die Mehrheit der Handwerker das glaubt — so würden meine politischen Freunde gegen eine solche Bestimmung nichts einwenden. Rügen allerdings versprechen wir uns nicht davon. Nämlich es nur auf Prüfungen an, so wäre China das am besten verwaltete Reich. (Zustimmung bei den Freisinnigen.)

Von den Sozialdemokraten wird unsere Paarung mit den Konservativen als notwendig unfruchtbar verspottet. Haben Sie doch Geduld! Keine Paarung zeigt in wenigen Tagen schon ein Resultat. (Heiterkeit.) Die neue Mehrheit ist nicht den Wünschen des Reichstages entsprungen, sondern der Notwendigkeit, zu verhindern, daß das Zentrum, eine Minderheit, in Verbindung mit der Sozialdemokratie dem deutschen Volke seinen Willen aufdrückt. (Lachen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Deshalb wird die neue Mehrheit auch Bestand haben und wir werden in ihr im Geiste der Freiheit und des Friedens arbeiten. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. v. Dirksen (Rp., anfangs auf der Tribüne unverständlich): Das Deutsche Reich ist das in sozialpolitischer Hinsicht am höchsten entwickelte Land; Frankreich und England kommen unserer Gesetzgebung erst allmählich nach. Ueber den kleinen Beschäftigungsnachweis und den unlauteren Wettbewerb sind schon so viel Erhebungen veranstaltet, daß wir eine entgegenkommendere Erklärung vom Staatssekretär erwarten hatten. Abgeordneter Que versichert, auch die Sozialdemokratie wolle den Handwerkern wohl. Das Gegenteil ist richtig; die Sozialdemokratie ist eine direkte Feindin des Handwerks und Mittelstandes. So hat der frühere Abg. Reus bei seiner Agitation für die Konsumvereine gesagt, er wolle dadurch so viel selbständige Existenzen vernichten, als ihm Stimmen zur Mehrheit gefehlt haben; überhaupt werden die Konsumvereine von den Sozialdemokraten nur propagiert, um den Mittelstand zu schädigen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unlauter! Zuruf rechts: Aber wahr!) Abg. Que sagte, die Nationalliberalen sollten einige Millionen für das Handwerk zur Verfügung stellen. Eine Partei, welche Millionen und reiche Erben in ihrer Mitte hat und von jüdischem Kapital unterstützt wird, sollte solche Anträge anderer Parteien unterstützen. (Zustimmung rechts.) Abg. Que hat sich gegen den Reichsverband gewendet. Nun, Sie senden auch Agitatoren ins Land; alle Gewerkschaftsbeamten sind Agitatoren, die Sie noch dazu nicht mit eigenem Gelde bezahlen, sondern mit dem Geld, das Sie den Arbeitern erpressen. (Stürmische Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Stolberg: Der Herr Abgeordnete hat nicht von Sozialdemokraten hier im Hause gesprochen. (Stürmische Juriste bei den Sozialdemokraten.) Er hat von der Sozialdemokratie im allgemeinen gesprochen. Hätte er von den Sozialdemokraten im Hause gesprochen, so wäre das unzulässig. Abg. v. Dirksen (Rp.): Ich habe gesagt, die Gelder, welche die Sozialdemokraten für ihre Zwecke brauchen, werden von den Arbeitern erpresst. (Stürmische Juriste bei den Sozialdemokraten.) Abg. Rade (Soz.) ruft: Lügner!

Präsident Graf v. Stolberg: Herr Abgeordneter, ich rufe Sie zur Ordnung. (Stürmische Juriste und anhaltende Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Dirksen: Der Reichsverband ist ein patriotischer Verband, der nicht dazu da ist, die Bevölkerung zu verhegen. (Erneute Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten.) Wir begrüssen die gelben Gewerkschaften, welche sich von dem Terrorismus der sozialdemokratischen Freijuhmchen füttern. Herr Que hat auf die großen Ausgaben der sozialdemokratischen Gewerkschaften für humanitäre Zwecke hingewiesen. Er hat aber nicht erwähnt, daß die Ausgaben der Gewerkschaften für Propaganda zwecks noch viel größer sind. Doch Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften vollständig eins sind, geht aus den Verhandlungen der sozialdemokratischen Parteitage, zum Beispiel aus dem Antrage Kautsky vom Mannheimer Parteitage deutlich hervor. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Der ist ja nicht angenommen!) Nein, aber Sie werden doch nicht leugnen, daß Kautsky eine Leuchte der Sozialdemokratie ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) und weiter möchte ich nicht beweisen, als daß maßgebende Kreise in der Sozialdemokratie die Durchdringung der Gewerkschaften mit sozialistischem Geiste wollen.

Was die Fortführung der Sozialpolitik angeht, so halten wir es mit dem Grafen Vosadowitz für richtiger, uns jetzt mit einigen Abschlagszahlungen zu begnügen anstatt zu weite Ziele zu verfolgen. (Bravo! rechts.)

Abg. Schack (Wirtsch. Gg.): Wir Jungkonservativen sind mindestens ebenso energisch wie das Zentrum für die Fortführung der Sozialpolitik eingetreten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Herr Que leugnet, daß die Sozialdemokratie die Vernichtung des Handwerks wolle. Wenn er aber die möglichst baldige Erreichung der Ziele der Sozialdemokratie will, so muß er auch den Untergang des Handwerks wünscheln. Uebrigens hat Herr Kautsky noch im Jahre 1906 das Handwerk als einen „Samariter am gesellschaftlichen Körper, der nur auf dessen Kosten seine Existenz zu fristen vermag“ bezeichnet.

Bei der Neubearbeitung des Gesetzes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine möge der Staatssekretär in die Arbeiterbewegung hineingreifen und sich bei christlichen Gewerkschaftsführern Rat holen. Aber viel wichtiger als dies Gesetz wäre eine Vorlage über Arbeitskammern. Daneben sind auch Handlungsgehilfenkammern notwendig. Um den Abgeordneten, die sich nach sozialpolitischer Tätigkeit sehnen und jetzt arbeitslos in Berlin und im Reichstag umherirren, Gelegenheit zur Betätigung zu geben, sollte man eine ständige sozialpolitische Kommission einrichten. (Bravo! bei der Wirtsch. Vereinigung.)

Abg. Roskany (Wole): Nach den Reden der letzten Tage zu urteilen, besteht der ganze Reichstag aus Anhängern einer großzügigen Sozialpolitik. Freilich, vergleicht man die Reden mit denen der Herren im Abgeordnetenhause, so muß man wohl sagen, daß die Herren entweder hier oder da drüben nicht ganz nach ihrer Ueberzeugung reden. (Heiterkeit und sehr richtig! links.) Die

Erfolge der Sozialpolitik stehen freilich nicht im Verhältnis zu den Reden. Ich erinnere nur an die beiden Revolven zum Vergesetz, die gar nicht schlechter hätten sein können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstanzler sagte, er denke an ein freiwirtschaftliches Vereins- und Verfallungsrecht. Das wäre für die Arbeiter wichtiger als ein Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Freilich, die preussische Polizei benützt die gegenwärtigen vereinsgesetzlichen Bestimmungen zu den kleinlichsten Schikanen gegen die Arbeiter.

Abg. v. Dirksen klagte, die Gewerkschaften benutzten ihre Mittel nicht zu kulturfördernden Zwecken. Nun, als in Schlesien die Gewerkschaften Vorträge astronomischen und literaturgeschichtlichen Inhalts veranstalteten wollten, wurden diese als öffentliche Unsitlichkeiten (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten) von der Polizei verboten, und der Regierungspräsident zu Oppeln bestätigte dies Verbot! Der Verminderung der Arbeitszeit der Frauen stimmen wir gern zu. Im Berg- und Hüttenwesen sollte die Frauenarbeit überhaupt verboten werden. Leider besieht die Frauenarbeit aber noch in sehr hohem Maße, z. B. in den Bergwerken des Silesus in Oberschlesien, und zwar wird sie dort noch dazu außerordentlich schlecht bezahlt.

Man hat vom Schutze des Mittelstandes gesprochen. In den politischen Provinzen aber wird der Mittelstand, die politischen Kaufleute und Handwerker, mit allen Mitteln des Konkots von der preussischen Regierung bekämpft. Diese ganze preussische Polenpolitik ist aufgebaut auf Unsitlichkeit und moralischer Verkommenheit. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Wiesberts (A.): Das Resultat unserer Interpellation ist ein sehr erfreuliches. Die große Mehrheit des neuen Reichstages hat ein offenes Bekenntnis für eine energische Fortführung der Sozialpolitik abgelegt. Es ist keine Stimme laut geworden, die jene Richtung unterstützte, welche Graf Vosadowitz als stille Feindin der Sozialpolitik kennzeichnete. Die Regierung kann sich jetzt auf eine von ihr selbst geschaffene Mehrheit stützen, und wir dürfen erwarten, daß sie ihre Versprechungen auch erfüllt. Ich habe also den Eindruck, als ob jetzt Zentrumspolitik ohne Zentrum getrieben werden soll. (Heiterkeit und sehr gut! im Zentrum.)

Als erfreuliches Ergebnis der Besprechung begrüße ich auch die Anerkennung, daß — ebenso wie der Klassenkampf der Arbeiter — auch der Klassenkampf des Großkapitals gegen die Organisationen der Arbeiter bekämpft werden muß. (Bravo! im Zentrum.) Im Gegensatz zu Herrn v. Dirksen muß ich mich gegen die Existenzberechtigung der gelben Gewerkschaften aussprechen, d. h. derjenigen Gewerkschaften, in denen die Arbeiter nicht selbständig entscheiden, sondern lediglich unter der Vormundschaft der Arbeitgeber stehen. (Sehr wahr! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Viel wichtiger ist es, wenn Sie (nach rechts) die Gleichberechtigung der Arbeiter anerkennen.

Herr Que hat uns wieder das alte Lied von der Einigung der Arbeiterorganisationen gesungen. Sein Freund Reimpeters hat aber vor kurzem in der „Neuen Zeit“ die offene Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften proklamiert. Beweis ist er vom Verbandsvorsitzenden desavouiert worden, aber es ist doch bemerkenswert, daß zwei so verschiedene Strömungen innerhalb desselben Verbandes bestehen, und es wird Herrn Que ja auch bekannt sein, daß in der Parteipresse im Ruhrgebiet die Stellungnahme Reimpeters freudig begrüßt worden ist von dem Vater jenes Artikels, der seinerzeit schrieb, daß der große Kohlenarbeiterstreik weniger dem Grundkapital hätte gelten müssen als vielmehr den verhassten christlichen Organisationen. (Hört! Hört! im Zentrum.) Erkennen Sie erst einmal die christlichen Gewerkschaften als existenzberechtigt an. (Zuruf des Abg. Que: Das tun wir!) Sie wissen aber, was Herr Reim gesagt hat: So lange er an der Spitze der freien Gewerkschaften stünde, würde er die Existenzberechtigung der christlichen Gewerkschaften niemals anerkennen. (Hört! Hört! im Zentrum.) Also diese Rattensängerlöden laden uns mit. (Heiterkeit im Zentrum.) Einem friedlichen Zusammenarbeiten sind wir niemals abgeneigt gewesen. Vor allem wehren wir uns gegen den Terrorismus, der in den Werkstätten gegen die Arbeiter geübt wird, die ihre christliche Weltanschauung nicht verleugnen. Wenn wir diesen Terrorismus bekämpfen, so liegt darin nicht etwa der Ruf nach einem Schuß durch Gesetz, etwa nach einem neuen Jagdhausgesetz; wir fühlen uns stark genug, uns selbst zu schützen, auch reichen die vorhandenen Staatsgesetze aus. — Wenn Herr Que uns die Arbeitsverhältnisse aus den schlesischen Gruben vorgehalten hat, so haben wir gar keine Ursache, diese Zustände zu verteidigen. Auch in den Kreisen der Arbeitgeber, die zu Ihrer Partei gehören, ist nicht alles Gold, was glänzt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Als Arbeiter haben wir alles Interesse an der Erhaltung eines kräftigen Mittelstandes, der seinerseits an einer gut gestellten Arbeiterschaft Interesse hat. Wenn das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine von der Regierung nach unseren Wünschen verbessert wird, werden wir uns darüber freuen. In Rücksicht auf die in Preußen auf Grund des Vereinsgesetzes ausgeübten Schikanen gegen Arbeiter habe ich früher bei der Kritik dieses Gesetzes gesagt, man müsse sich fast schämen, Preußen zu sein. Das ist mir als Mangel an vaterländischer Gesinnung ausgelegt worden. Ich glaube, gegen derartige Vorwürfe sollten wir gefeit sein. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Gegen eine Ueberwachung öffentlicher Versammlungen haben wir prinzipiell nichts einzuwenden, doch muß sie durch qualifizierte Beamte geschehen, und die Berichte der Beamten dürfen nur an die Vorgesetzten erstattet werden, nicht, wie es vorgekommen ist, an die Haberkanten! (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Staatssekretär hat uns ein Gesetz über die Arbeitskammern angekündigt. Ich bedaure, daß auch dieser Entwurf wieder ausgearbeitet wird, ohne daß die interessierten Arbeiterorganisationen gehört werden. Sonderbar ist bei dieser Frage die Stellung der Sozialdemokratie. Bis vor wenigen Jahren haben Partei und Gewerkschaften paritätische Arbeitskammern verlangt (Abg. Que: Die Gewerkschaften nicht!), und nun, wo die Regierung den Wünschen des Reichstages nachkommt und eine Vorlage ankündigt, verlangen Sie plötzlich Arbeitskammern. Herrm Dirksen bemerkt ich, daß mit seinen Bemerkungen über die Gewerkschaftsführer, die sich von Arbeitergroßen mähen, die Sozialdemokraten nicht bekämpft werden können, solche Bemerkungen richten sich auch gegen alle anderen Gewerkschaftsorganisationen, und doch wird gerade nirgends so viel selbstlose Arbeit geleistet, wie gerade in den Gewerkschaften. Was die Beschränkung der Arbeitszeit der Frauen anlangt, so freuen wir uns, daß darin das ganze Haus jetzt einig ist, und ermahnen ein schleuniges Vorgehen der Regierung. Der neuen Mehrheit rufe ich zu: Vorwärts auf sozialpolitischem Gebiet! (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Vizepräsident Rümpf: Der erste Herr Vizepräsident hat mit mir geteilt, daß er die Schlussworte des Herrn Abg. Roskany von seinem Platze aus nicht gehört hat. Nach dem Stenogramm lauteten sie: „Diese Worte mag sich der Herr Reichstanzler, oder ich will lieber sagen der Herr Ministerpräsident von Preußen ins Stammbuch schreiben. Nach diesen Worten mag er sich seine Polenpolitik einrichten, und dann mag er zur Einsichtlichkeit beitragen. Denn mit Einsichtlichkeit hat die preussische Polenpolitik nichts zu tun.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wirklich gar nichts. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie ist aufgebaut auf einem Sumpf, und dieser Sumpf ist Unsitlichkeit und moralische Verkommenheit. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ich will diese Charakteristik der Sozialpolitik des Reichstanzlers und der preussischen Regierung als durchaus ungehörig bezeichnen und rufe den Abg. Roskany nachträglich zur Ordnung. (Leb. Beifall rechts und bei den Katl.)

Abg. Que (Soz.): Ich bedaure, daß die Debatte über Sozialpolitik durch die Ausführungen des Herrn Abg. v. Dirksen auf ein rein persönliches Gebiet ablenkt worden ist. Gegenüber der wiederholten Behauptung,

wir seien Feinde des Handwerks und Mittelstandes, erkläre ich nochmals: Wir sind keine Feinde des Mittelstandes und unterstützen nicht Wahregeln zu seiner Schädigung. Wir erklären dem Handwerker nur, warum er aus naturnotwendigen Gründen sich gegenüber dem Großkapital nicht erhalten kann, und diejenigen Herren, welche die volkswirtschaftlichen Kenntnisse haben und trotzdem dem Handwerkerstande vortreten, daß ihm durch den kleinen Beschäftigungsnachweis geholfen werden kann gegenüber der Konkurrenz des Großkapitals, sagen ihm nicht die Wahrheit. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Unruhe rechts.) Das ist meine Antwort auf die Ausführungen des Herrn v. Dirksen, der uns noch viel schwerere Vorwürfe gemacht hat. — Dann hat Herr v. Dirksen wieder behauptet, wir wollten den Mittelstand vernichten. Er mag vielleicht an das Vauernlegen seiner Standesgenossen denken. (Unruhe rechts.) Die Vergewaltigung der kleinen Bauern durch die Großgrundbesitzer ist eine historische Tatsache; daran können Sie nicht rütteln. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Zitate des Herrn v. Dirksen stammen mit wenigen Ausnahmen aus einem Flugblatt des Reichstagesverbandes. Mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit kann ich leider darauf nicht mehr so ausführlich eingehen, wie ich wollte; ich will nur erklären, daß das Zitat einer angeblichen Ueberraschung von diesem längst als durchaus erfunden bezeichnet worden ist. Weiter kann ich feststellen, daß mein Parteifreund Bod heute im Reichstage anwesend war, daß das Zitat, welches der Herr Abg. v. Dirksen als von Bod stammend hingestellt hat, tatsächlich in der Zeitung, die von meinem Parteifreunde Bod herausgegeben wird, gestanden hat, und zwar unterzeichnet mit vollem Namen von dem betreffenden Einsender. In einer der darauffolgenden Nummern hat dann die Redaktion selbst gegen die Auffassung Stellung genommen und unsere Stellung vom Mittelstande so präzisiert, wie ich es am Sonnabend getan habe. Uebrigens verweise ich darauf, daß Herr v. Dirksen es war, der — ich glaube, es war in der vorigen Session — einmal recht schnell an seinem Stenogramm herumkorrigieren mußte, um nicht auf eine Fälschung, die er gemacht hatte, festgenagelt zu werden! (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) — Was er dann des Weiteren über die Führer, die von den Arbeitergroßen leben, sagte, hat bei uns einen berechtigten Entrüstungssturm hervorgerufen. Herr Wiesberts hat es schon gekennzeichnet als auch gegen die christlich-nationale Arbeitergesellschaft gerichtet. Wir Beamten der Gewerkschaften werden den zehnten Teil so bezahlt wie die Beamten der Unternehmerverbände; wir werden angestellt mit einem Durchschnittsgehalt von nicht einmal 100 M. pro Monat. (Na, na! rechts.) Ich bin nicht gern persönlich, aber da diese Behauptung eine der immer wiederkehrenden niederträchtigsten Verleumdungen des Reichstagesverbandes ist, so will ich Ihnen sagen, daß ich persönlich mit 40 Mark pro Monat vom Vergarbeiterverbände angestellt worden bin, und noch in vielen Gewerkschaften sind die Gehälter unter 100 Mark. (Zuruf rechts: Hungerlöhne!) Allerdings sind das Hungerlöhne, aber Sie sind wirklich merkwürdige Heilige: Erst behaupten Sie, die Gewerkschaftsbeamten werden die und fett von den Arbeitergroßen, und nun reden Sie von Hungerlöhnen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Dirksen hat weiter von den

Unterstützungen für Streikende

gesprochen. Als langjähriger Gewerkschaftsbeamter will ich Ihnen sagen: Jeder Erfolg, den wir erzielen können ohne Streik, ist uns mindestens ebenso lieb, wie der durch einen Streik erreichte. Fragen Sie die Kollegen Wiesberts, Wiebeberg und die anderen Vertreter der christlich-nationalen Gewerkschaften, ob es ihnen nicht genau so geht, daß sie gern bereit sind, wenn die Unternehmer nur unterhandeln wollen, mit etwas weniger vorlieb zu nehmen, wenn es ohne Streik geht. Wie kommt es, daß wir in den letzten Jahren so außerordentlich hohe Streikunterstützungen gehabt haben? Die Zahl der Aussperrungen durch die Arbeitgeber ist ständig gestiegen. Im Jahre 1900 gab es in Deutschland 85 Aussperrungen mit 6085 ausgesperrten Arbeitern, im Jahre 1903 70 Aussperrungen mit 35000 Arbeitern, 1905 254 Aussperrungen mit 319400 Aussperrten. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Unternehmer — das hat auch Herr Wiesberts gesagt — sich auf den Herrenstandpunkt stellen wie die Ruffen und Lüge, dann werden sie um diese großen Kämpfe niemals herumkommen. Wir können dokumentarisch nachweisen: Wenn die Herren vom Bergbaulichen Verein mit der Siedener-Kommission verhandeln wollten, dann wäre es nicht zu dem großen Vergarbeiterstreik gekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Da Herr v. Dirksen die Arbeiterfreundlichkeit der Konservativen gerühmt hat, bemerke ich darauf, daß ein christlich-nationales Blatt, der „Vergnapp“, bei Gelegenheit der sogenannten Vergarbeiterkämpfnovelle im Landtage schrieb: „Besser, daß die volle Rückständigkeit des konservativen Klüngels vor der Welt in erschütternder Deutlichkeit fargelagt wird, als daß man sich noch länger der Täuschung hingibt, daß diesen einseitigen Scharfmachern könne noch eine einzige arbeiterfreundliche Seite angeschlagen werden.“ (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Staatssekretär hat es Ihnen ja schon einmal gesagt: Im Landtage sehen die Herren Konservativen ganz anders aus; da erkennt man die Konservativen von hier gar nicht wieder. Ich will übrigens der Gerechtigkeit halber feststellen: Die Führung bei der Verflechtung des Vergesetzes in der Kommission haben die Herren Nationalliberalen gehabt. Im Plenum hatten die Herren nicht den Mut, ihre führende Rolle bei der Verflechtung einzusetzen; sie wollten sie den Konservativen in die Schuhe schieben. Aber Herr v. Seydewitz stellte fest, daß die Herren Hübs und Franken die Verflechtung gewollt hätten.

Da Herr Wiesberts auf den Artikel meines Freundes Reimpeters gegen das Zusammengehen mit den Christlichen hingewiesen hat, möchte ich noch einmal unterstreichen, was Herr Wiesberts ja auch erwähnte, daß sowohl der Vorstand des Vergarbeiter-Verbandes wie die Redaktion der „Vergarbeiter-Zeitung“ sich ausdrücklich gegen diese Auffassung gewandt haben. Der Vergarbeiter-Verband hat durch Generalversammlungsbeschluß festgelegt, daß wir mit jeder anderen Gewerkschaftsorganisation zusammengehen.

In der Beurteilung der gelben Gewerkschaften bin ich mit Herrn Wiesberts ebenso vollkommen einverstanden — wie in bezug auf die Notwendigkeit eines Zusammengehens der Arbeiterorganisationen. Zu der Frage, ob Arbeitskammern oder Arbeiterkammern den Vorzug verdienen, wird, wenn die Vorlage kommt, einer meiner Freunde eingehend nachweisen, daß es unter den gegebenen Umständen besser ist, Arbeitskammern zu fordern, und ich glaube, auch die Kollegen von den christlichen und kirchlich-dunkelsten Vereinen werden uns bestimmen, wenn sie diese Frage ohne politische Rücksichten lediglich vom Standpunkte praktischer Arbeiterinteressen prüfen.

Was die Erfolge der konservativ-liberalen Paarung auf sozialpolitischen Gebiete betrifft, so hat ja der hochverehrte Herr Dr. Mugdan selbst erklärt, daß ein Produkt von dieser Paarung jedoch nicht zu erwarten sei. (Heiterkeit.) Wir meinen aber, es könnte noch in dieser Session wenigstens schon das Allerdingendste erledigt werden. Was aber von der bürgerlichen Sozialpolitik zu erwarten ist, hat Herr Wiesberts sehr gut aus dem christlichen Gewerkschaftslogreß in Breslau 1905 festgelegt. Er sagte da: „Weder die Arbeitgeber noch die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit noch der Staat haben ihre Pflicht gegenüber dem Arbeiterstande erfüllt.“ (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Es würde keinen Menschen einfallen sein, Sozialpolitik zu treiben und den Wünschen der Arbeiter gerecht zu werden, wenn nicht die Arbeiter selbst in nicht mißzuverstehender Deutlichkeit



Ihre Unzufriedenheit zu erkennen gegeben und auf die Missstände hingewiesen hätten. Was erreicht worden ist, ist erreicht worden durch die Arbeiterkraft. Stets haben die unteren Klassen um ihr Recht kämpfen müssen, und auch wir müssen darum kämpfen. — Da haben Sie die volle Bestätigung dessen, was ich am Sonnabend gesagt habe. Wenn wir etwas erreichen wollen, dürfen wir uns nicht auf die liberal-konservative Spaltung verlassen, sondern nur auf die Kraft und die Einmütigkeit der Arbeiterkraft.

Gegenüber den Herren Schad und v. Dirksen betone ich noch einmal: So lange der Reichstag existiert, sind die bürgerlichen Parteien in der Übergangszeit gewesen. Sie haben immer Gelegenheit gehabt, die Gesetzesvorlagen so zu gestalten, daß sie den Arbeitern gerecht würden, wenn sie nur wollten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Rein Parteistruktur und Weibel sah in diesen Tagen 40 Jahre im Reichstag. Er könnte Ihnen sagen, wie unsere Anträge im Interesse der Arbeiter stets behandelt worden sind. Darum sage ich mit Recht: Nicht eher werden wir in diesem Hause eine gute Sozialpolitik bekommen, als bis sich die gewaltigen Massen der Arbeiterkraft einmütig zusammenschließen; erst diesem Druck der Arbeiterkraft wird die Mehrheit dieses Hauses nachgeben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Pauli - Pottdam (L.): Alle Versuche der bürgerlichen Parteien zu guten sozialpolitischen Gesetzen sind gescheitert an dem Widerstand der Sozialdemokraten. (Lebhafte Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Vorredner beschwert sich über ehrenrührige Angriffe des Herrn Dirksen; aber wie es in den Wald hinein schallt, so schallt es heraus. Wenn Sie auch behaupten, Sie seien nicht Feinde des Mittelstandes, so trifft das nicht zu. Der Vorredner hat vom „Reichslügenverband“ gesprochen. Der Reichsverband trägt alles zusammen, (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Lauter Lügen!) was notwendig ist, die internationale Sozialdemokratie zu bekämpfen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Lügen trägt er zusammen!) Sie wundern sich, wenn Sie vom „Reichslügenverband“ sprechen, daß auch gegen Sie Angriffe gerichtet werden. Der Reichsverband bemüht sich, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: durch Lügen!) und darum muß er geachtet werden als eine Partei, und was er vorbringt, ist wahr — (Lachen bei den Sozialdemokraten) daran ist nichts zu ändern, auch durch Ihr Lachen nicht. (Erneutes Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokraten können nicht abstreiten, daß sie keine Geschäftsleute schädigen, wenn diese die Partei nicht unterstützen. Die Sozialdemokraten sind ihrer ganzen Natur nach Feinde des Mittelstandes und des Handwerks.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Dritte Beratung des Kolonial-Nachtragssetats, Interpellation Graf v. Mepesch und Genossen (Z.) betr. Revision der Strafprozessordnung, Interpellation v. Brecht und Genossen (Soz.) betr. Eingriffe von Behörden usw. bei der Reichstagswahl, Interpellation Heyl und Genossen (Nat.) betr. die Verhältnisse der Privatbeamten. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

Montag, den 11. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Breitenbach.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Geschäftsbearbeitungs-Kommission über die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung der sozialdemokratischen Redakteure Koltenhübner, Wittmann und Dornheim wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses.

Die Kommission beantragt: die Genehmigung zur Strafverfolgung nicht zu erteilen.

Abg. Dr. Fervers (Z.) erklärt, daß seine Fraktion der Ansicht sei, daß eine Genehmigung zur Strafverfolgung nur in Ausnahmefällen zu geben sei. Ein solcher Ausnahmefall liege hier nicht vor.

Die Abgg. Kreitzing (frz. Sp.) und Veltsohn (frz. Sp.) erklären, daß ihre Fraktionen die Erteilung der Genehmigung zu einer Strafverfolgung prinzipiell ablehnen.

Die Abgg. Dr. v. Heidebrand (L.) und Schiffer (natl.) bitten dagegen, die Genehmigung nur für diesen Fall zu verweigern, weil die fraglichen Artikel vor dem ersten Beschluß auf Strafverfolgung geschrieben seien.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Hierauf wird die zweite Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung beim Kapitel Besoldungen (Allgemeine Besprechung der Angelegenheiten der Beamten und Arbeiter) fortgesetzt. Dazu liegen vor der Antrag Kopsch (frz. Sp.) auf Besserstellung der Lokomotivführer und der Antrag Trimborn (Z.) betr. die Eisenbahnsekretäre.

Abg. Schroeder-Köhl (natl.) wünscht Gleichstellung der Eisenbahnassistenten mit den Postassistenten. Die Anträge Trimborn und Kopsch sind meinen Freunden sympathisch; wir werden für ihre Überweisung an die Budgetkommission stimmen. Redner bespricht des weiteren die Lage der Werkführer, Kolonnenführer und Bahnwärter. Insbesondere die letzteren seien, wenn man die Schwere ihres Dienstes berücksichtigt, sehr schlecht gestellt. Die Lohnstatistik über die Löhne der Streckenarbeiter würde nur einen Wert haben, wenn sie für die einzelnen Orte aufgestellt würde, und zwar unter Gegenüberstellung der Löhne in der Industrie. Dann würde sich zeigen, daß die Löhne vielfach noch hinter den in der Industrie gezahlten zurückbleiben. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Lübbe (frz.) namens meiner Freunde habe ich zu erklären, daß wir die Auffassung des Herrn Ministers über die Eisenbahnvereine teilen. Wohlwollende Förderung solcher Vereine ist angebracht, soweit sie lediglich berechtigter Berufsinteressen betreffen, es muß ihnen aber energisch entgegengetreten werden, sobald sie in ihnen sozialdemokratische Regungen zeigen oder der Beamtendisziplin zuwider gehandelt wird. Das ist nicht staatliche Unbilligkeit, wie Herr Goldschmidt meinte, sondern staatliche Notwendigkeit im Interesse der Verkehrssicherheit (Bravo! rechts.) Seitdem die Sozialdemokratie sich mit dem Gedanken des Massenstreiks beschäftigt, können wir sozialdemokratische Arbeiter nicht mehr als zuverlässig anerkennen, und die Eisenbahnverwaltung kann nur zuverlässige Arbeiter brauchen.

Abg. Ernst (frz. Sp.) begründet seinen inzwischen eingegangenen Antrag (Defer-Kopsch-Ernst), durch welchen die Regierung ersucht wird, bis zur dritten Lesung ihr Einverständnis dahin auszusprechen, daß das Gehalt der Eisenbahnassistenten bezw. festgesetzt wird, daß das Endgehalt von 3000 M. in den bisherigen Dienstaltersstufen erreicht wird.

Abg. Ströfer (L.) bezieht dem Abg. Goldschmidt gegenüber, daß die Wohnräume in Berlin, in denen 21 Personen zusammenleben, fiskalische Kataster seien. So etwas zu behaupten, sei eine starke Zumutung an die Leichtgläubigkeit des Hauses. Solche Wohnungen wie in Berlin gebe es auf dem Lande überhaupt nicht. Seine Fraktion danke dem Minister für sein energisches Vorgehen gegen sozialdemokratische Bestrebungen. Wenn man seine Freunde deswegen Schwarzschäfer nenne, so wollten sie diesen Ausdruck gern als Ehrentitel annehmen. Mit der Beseitigung der Unzufriedenheit könne man keine Sozialdemokratie bekämpfen; denn mit der Sozialdemokratie gehe es darin wie mit den Köpfen der Hydra. (Beifall rechts.)

Abg. Wismann (natl.) empfiehlt die vorliegenden Anträge.

Abg. Kiese (Z.) tritt für Besserstellung der Heizer und Lokomotivführer ein.

Minister Breitenbach erwidert, mit der Besserstellung der Beamten solle man sich bis zu der in Aussicht genommenen Neuordnung der Beamtengehälter begnügen.

Abg. Dr. Wagner (frz.) verlangt Gleichstellung der Landmesser bei der Eisenbahn mit denen bei den übrigen Verwaltungen und Vermehrung des Lokomotivpersonals.

Abg. Dr. v. Böttger (natl.) befragt die Zahlung von Repräsentationsgeldern an die Eisenbahnpräsidenten.

Abg. Defer (frz. Sp.) bedauert, daß bei einzelnen Beamtenkategorien die Aufzählungszeit verlängert sei und befürwortet sodann seinen Antrag. Redner fordert weiter die Einführung von festen Lohnskalen für die Arbeiter und bittet den Minister, das Haus alljährlich über die sozialpolitischen Erlasse des Eisenbahnministeriums zu unterrichten.

Minister Breitenbach: Die Lohnskalen, welche der Vorredner fordert, bestehen bereits.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen. Die vorliegenden Anträge werden der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die Besprechung des Titels: „Zugelder, Reise- und Umzugskosten“.

Abg. v. Brandenstein (L.): In den Wagen erster und zweiter Klasse begegnet man jetzt vielfach Personen, die durch ihre gehaltenen Anträge erregt. Es gibt leider gewisse Beamte, die zwar studiert haben, aber doch sich nicht so in ihrem gesellschaftlichen Benehmen verhalten, wie man in dieser Klasse verlangen kann. (Heiterkeit.) Es ist jetzt bestimmt, daß Assessoren und Baumeister die erste Klasse benutzen. Daraus geht doch hervor, daß z. B. Bauführer nicht in diese Klasse gehören! Da hat mir ein Mitglied dieses Hauses eine nette Geschichte erzählt: Ein Abteil erster Klasse war von Beamten voll besetzt. Der Herr wollte nun feststellen lassen, ob die Beamten wirklich berechtigt wären, alle erster Klasse zu fahren. Der Schaffner machte einige Umstände, er genierte sich. Ebenso machte es der Zugführer. Nun ging der Herr zum Stationsvorsteher und wurde etwas ernüchtert. Nun erreichte er seinen Zweck. Da mußten denn sämtliche Insassen bis auf einen aussteigen. Der eine war nun nicht etwa pikiert auf diejenigen, die unberechtigt bei ihm gewohnt hatten, sondern gegen den Herrn, der sich an den Vorsteher gewandt hatte. Gegen diesen richtete er wütende Blicke. (Heiterkeit.) Die Beamten regulieren die Heizung, wie es ihnen beliebt, tauchen, wo dies ohne Genehmigung der Mitreisenden nicht gestattet ist, unterlassen es, um Entschuldigung zu bitten, wenn sie jemand auf die Füße getreten haben, machen in ausgiebiger Weise von der neuen Erfindung der Perlebarkeit ihrer Hemden Gebrauch. (Große Heiterkeit.) Man sagt, die Zahl der Reisenden erster Klasse sei zurückgegangen; man meint wohl die Zahl der Zahlenden; denn die Frequenz der Nichtzahlenden hat entschieden zugenommen. (Heiterkeit.) Man sagt jetzt schon: In der ersten Klasse fahren nur Bauinspektoren und Reichstagsabgeordnete. (Große Heiterkeit.) Bei einem Eisenbahnüberfallprozeß fragte der Vorsitzende den Zeugen, ob er denn dem Täter nicht sofort angesehen habe, daß er nicht in die erste Klasse gehöre. Da antwortete der Überfallene gewissenhaft und treu: „Ich habe angenommen, das wäre ein Reichstagsabgeordneter.“ (Stürmische Heiterkeit.) Wenn Sie sich begebenwärtigen, wie einzelne von den Herren aussehen, werden Sie diese Antwort begreifen. Ich bitte den Minister, die Bestimmungen über die Benutzung der einzelnen Wagenklassen zu revidieren.

Minister Breitenbach: Ich stehe seit 30 Jahren in der Verwaltung, kann aber erklären, daß Beschwerden, wie sie der Vorredner vorbrachte, eine Ausnahme bilden. Aus dem ganzen Aufbau der Verwaltung ergibt sich, daß höhere Beamte die erste Klasse, mittlere die zweite, untere die dritte Klasse benutzen.

Abg. Busch (Z.) bedauert die Angriffe des Abg. v. Brandenstein, insbesondere seine versteckten Angriffe auf die Reichstagsabgeordneten.

Abg. Macca (natl.) schließt sich dem an.

Abg. Junz (frz. Sp.) bezeichnet die Ausführungen des Abg. v. Brandenstein als geschmacklos und nicht geeignet, den guten Ton in den Parlamenten zu heben.

Das Haus verlegt sich.

In einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte erklären sich Freiherr v. Jeditz (frz.), Dr. Friedberg (natl.) und Dr. v. Heidebrand (L.) damit einverstanden, daß noch vor Ostern mit der Beratung des Kautschukgesetzes begonnen wird, da das Polizeikosten-gesetz bei m. Hause vor Ostern nicht mehr zugehen wird.

Am Mittwoch soll die Plenarsitzung mit Rücksicht auf die Sitzungen der Kommissionen ausfallen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 11 Uhr (Eisenbahnetat). Schluß 4 1/2 Uhr.

## Soziales.

### Formale Auslegung durch das Berliner Kaufmannsgericht.

Welche Vorsicht bei Abfassung von Anstellungsverträgen seitens der Vertragsstiftenden am Plage ist, lehrt ein Fall, der gestern die erste Kammer des Kaufmannsgerichtes beschäftigte. Die Eheleute St. waren von Dessau aus von dem Kolonial-Engrosshaus Antelmann zur Leitung einer Berliner Filiale engagiert worden. Ihre Anstellungsbedingungen gingen dahin: Das Ehepaar hatte vor Eintritt eine Kaution von 2000 M. zu stellen und sollte ein Gehalt von je 75 M. beziehen. Der Vertrag war als „Jahresvertrag“ bezeichnet, wie auch in den Vorverhandlungen stets von einem einjährigen Engagementsverhältnis die Rede war. Inzwischen hieß es im § 7 des Vertrages: „Das Engagementsverhältnis beginnt am 1. September 1900 und ist mit einer einmonatigen Frist kündbar.“ Auf Grund des letzteren Passus kündigte der Beklagte A. den Eheleuten am 1. Oktober zum 1. November 1900. Die Kläger erheben Anspruch auf 1500 M. Gehaltsausfall und 300 M. Reisekosten für den Umzug von Dessau nach Berlin. Sie führen aus, daß sie durch den Beklagten fast völlig ruiniert worden sind. Auf dessen glänzende Versprechungen hin gaben sie ein gutgehendes Geschäft in Dessau auf und bewerkstelligten mit ihren Ersparnissen den Umzug. Beide Eheleute betonen, daß es ihnen gar nicht eingefallen wäre, die Position anzunehmen, wenn ihnen nur der Gedanke gekommen wäre, der Jahresvertrag könne durch den betreffenden Passus durchbrochen werden. Man müsse doch als selbstverständlich annehmen, daß sich die einmonatige Kündigungsfrist nur auf eine Kündigung am Ende des ersten Monats zum Endtermin des Vertrages beziehe.

Das Kaufmannsgericht trat dieser Ansicht nicht bei. Die Ehefrau wurde wegen Unzuständigkeit abgewiesen und der Ehemann zwar als Handlungsgeselle angesehen, aber mit seiner Forderung abgewiesen. Der betreffende Vertragspassus lasse sich nicht zweifelhaft erkennen, daß das Engagement sollte von Monat zu Monat aufgekündigt werden können.

Die Fällung eines solchen Urteils durch ein Kaufmannsgericht ist im höchsten Grade bedauerlich, weil es einer Auslegung nach dem Grundsatze von Treu und Glauben nicht entspricht und statt zu einer Verurteilung des großen Kolonialhauses zu einer Abweisung des in zuversichtlicher Hoffnung auf längere Stellung nach Berlin gezogenen Klägers erkannt hat. Nicht der Wortlaut allein, sondern die gesamten Umstände müssen zu einer Auslegung herangezogen werden. Treu und Glauben sollen unter Rücksicht des Zweckes des Vertrages und der Art des Vertrages die leitende Richtung weiten. Es hieße ja geradezu dem Vertrag Tür und Tor öffnen, wenn man die mündlichen Vereinbarungen unberücksichtigt ließe, nach denen unzweifelhaft ein Jahresengagement in Aussicht genommen war. Aber auch der Wortlaut des Vertrages läßt klar und zweifelsfrei unter Berücksichtigung von Treu und Glauben allein die Auslegung zu, die der des Kaufmannsgerichtes entgegensteht. Ein Vertrag, der sich selbst als „Jahresvertrag“ bezeichnet, hätte, wenn der Vertrag von Monat zu Monat sollte gekündigt werden können, dies mit zweifelsfreien Worten ausbedingen müssen. Das Kolonialhaus ist der wirtschaftlich Kräftigere gegenüber den mit 75 Mark Angestellten. Treu und Glauben fordern, daß der wirtschaftlich Kräftigere das für ihn Vorteilhafteste mit zweifelsfreien Worten klar und unzweideutig, ausbedingt. So hat in ständiger Jubilatur z. B. das Reichsoberhandelsgericht (z. V. Entsch. Bd. 17 S. 19) entschieden. Die Jubilatur des Berliner Kaufmannsgerichtes steht hinter der des gedachten Gerichts bedauerlich weit zurück — wir erinnern an die neulich von uns mitgeteilte Ent-

scheidung über die Konkurrenzkauf bei Warenhäusern und wollen bei dieser Gelegenheit bemerken, daß in dem von uns damals mitgeteilten Fall der Berichterstatter zu unrecht die Beklagte für minderjährig hielt.

### Christlicher Terrorismus.

Den Hintermännern der „Post“, „Hamburger Nachrichten“ und ähnlichem Gelichter, ganz besonders dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie empfehlen wir unter der so beliebten Ueberschrift: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein,“ folgenden Vorfall vorzuführen zu registrieren:

In Hiltesheim ist der Tischler Wilhelm Kraft vom Schöffengericht zu 25 M. Geldstrafe verurteilt worden. Kraft ist Mitglied des christlichen Holzarbeiterverbandes und agitator für diesen Verband. Er wollte besonders den Tischler Wagner zum Eintritt in den Verband bewegen. Als Wagner den freiwilligen Lodungen aber durchaus nicht folgen wollte, schlug ihn der Beschuldigte schließlich mit einem Hammerstiel einmal über den Kopf. Wegen dieser unchristlichen Tat wurde Kraft entlassen, obgleich er schon 8 Jahre in dem Betriebe der Gummifabrik beschäftigt war, denn der Oberwerkmeister Herbold erklärte kategorisch, daß er „denn im Hause bleiben wolle und keine Organisation in der Fabrik dulde.“ Ferner hat Kraft am Morgen des 10. November den Wagner, als dieser sich nach der Arbeitsstelle begeben wollte, angefallen und derartig mißhandelt, daß er besinnungslos zu Boden stürzte.

Der Verteidiger des Angeklagten hat das Gericht, zu berücksichtigen, daß die Gewerkschaft, für die der Angeklagte Propaganda mache, nicht auf revolutionärem Boden stehe, sondern treu zu Kaiser und Reich halte, und das mag wohl auch bei Verbesserung der oben angeführten minimalen Geldstrafe mit berücksichtigt worden sein. Wie würde man wohl den Fall ausgeschaltet haben, wenn es sich nicht um den christlichen, sondern um den „sozialdemokratischen“ Holzarbeiterverband handeln würde! Uns fällt es nicht ein, diesen Fall einer christlich nationalen Moral unterzulegen zu betätigen und zu behaupten zu wollen, dieser Fall sei typisch für die Art der christlichen Agitation. Wir veröffentlichen ihn lediglich, um den rüden Anwürfen gegen freie Organisationen zu begegnen.

Der christlich-nationale Angeklagte kam, trotzdem er seinen Kollegen so brutal mißhandelte, daß er besinnungslos zusammenbrach, mit einer milden Sühne davon. Hält man nun dieses Urteil auf Seiten der Nationalen für gerecht, so wird man zugeben müssen, daß die hohen Strafen gegen Mitglieder der freien Gewerkschaften, die wegen wörtlicher, oft harmloser Beleidigung ins Gefängnis gesteckt wurden, sehr ungerecht sind. Wird die „nationale“ Presse die Moral ihres nationalen Schüchlings los-schweigen und über den Terrorismus der freien Gewerkschaften weiter lügen?

### Die Errichtung einer städtischen Schul-Jahresklinik

für Volksschüler haben am Freitag die Stadtverordneten in Erfurt beschlossen. Seit ungefähr sechs Jahren bestand dort bereits die Einrichtung der regelmäßigen, jahreslichen Unterweisung und periodischen Beobachtung der Volksschulkinder. So günstig die relativen Ergebnisse dieser Einrichtung an sich auch waren, so erwiesen sie doch andererseits gerade, daß es unmöglich ist, auf diese Weise eine gründliche Beförderung auf dem Gebiet der Schuljugend weit verbreiteten Gebiete der Jahresschulzeiten herbeizuführen. So reiste bei der Schulbehörde die Einsicht, daß man nicht auf halbem Wege stehen bleiben dürfe, sondern versuchen müsse, gründliche Beförderung zu schaffen. Das Beispiel, das Straßburg mit der Errichtung einer städtischen Schuljahresklinik gegeben hat und der außerordentliche Erfolg dieser Einrichtung auch in den Städten, die Straßburg bereits nachgeahmt haben, ließ die Absicht der Schulbehörde zur Tat reifen. Es wurde ein Projekt ausgearbeitet, das in seiner Begründung die Stadtverordneten überzeugte und sie zur Bewilligung der erforderlichen Mittel geneigt machte, die auf 4600 M. laufende jährliche Ausgaben und 2000 M. einmalige Kosten veranschlagt sind. In Betracht kommt eine Volksschülerzahl von 9000.

## Aus Industrie und Handel.

### Tributpflicht.

Den glücklichen Besitzenden gilt der Kapitalismus als etwas Vollkommenes, Gerechtes, Unentbehrliches. Ohne Kapitalismus, das heißt ohne Blutmacherei, erscheint ihnen jede Produktion und Kultur unmöglich. Jedenfalls behaupten sie das. Und da sie es sind, die durch den Kapitalismus nicht leiden, sondern nur genießen, nicht ihm dienen, sondern durch ihn herrschen, ist ihr vorgefaßter oder vorhandener Glaube von dem Welterhalter und Kulturförderer Kapitalismus sehr erklärlich. Wir wollen hier nicht auf die geschichtliche Bedeutung des Kapitalismus eingehen; daß er in Zukunft ausgeschaltet werden kann, ergibt sich für den Denkenden schon aus der Funktion des Kapitals. In letzter Linie beschränkt sich die Funktion auf eine gewisse Kontrolle und Organisation in der Produktion und Verteilung der Güter. Die Funktionen des Kapitals müssen durch eine andere Organisation, die nicht wie jenes einen erheblichen Teil des Arbeitsertrages absorbiert, ersetzt werden. Warum sollten die Direktoren, Techniker, Ingenieure, kaufmännischen Beamten, Werkmeister, Arbeiter usw. nicht unter einem anderen Eigentumstitel genau so sich betätigen, wie unter der kapitalistischen Herrschaft? Niemand kann als Produzent ein Interesse daran haben, daß ein Teil von seinem Anteil am gemeinsamen Arbeitsertrage in die Tasche von Leuten fließt, mit denen er gar keine persönlichen Beziehungen unterhält, die ihm völlig fremd gegenüberstehen. Und der Hochofen scheidet Eisen und Schlacke, das Walzwerk arbeitet, der Hammer schmettert Eisen und Biese, ob die Werke im Dienste des Privatkapitals oder als Gesellschaftsbetrieb betrieben werden. Warum sollte die Menschheit da sich dauernd das Joch der kapitalistischen Tributpflicht gefallen lassen? Eine kleine Vorstellung von der Tributpflicht ermöglichen die nachfolgenden Angaben. Im Jahre 1900 hatten 163 Banken, deren Papiere an der Berliner Börse gehandelt werden, ein Kapital von 2762 Millionen Mark investiert. Der erzielte Reingewinn stellt sich auf rund 294 Millionen Mark. Legt man die Zahl der von der Unfallversicherung umfaßten Personen als Erwerbstätige zu Grunde, dann ergibt sich pro Kopf der Erwerbstätigen allein für diesen Zweck kapitalistischer Betätigung eine Last von 10 Mark, soweit der ausgewiesene Reingewinn in Betracht kommt. Damit hat man nur einen Bruchteil der Tributpflicht erfasst, aber auch dieser Teil wächst, wird größer, drückt immer stärker. Das illustriert folgende Zusammenstellung über das Ergebnis von neun Großbanken.

	Kapital	Bruttogewinn	Reingewinn
	in Mill. Mark	in Mill. Mark	in Mill. Mark
Deutsche Bank	150	200	32,50
Disconto-Gesellschaft	150	170	16,93
Dresdner Bank	130	150	15,98
Schaaffhausen	100	145	8,94
Darmstädter Bank	105	154	7,60
Berliner Handelsgesellschaft	90	100	11,26
Nationalbank	80	80	7,82
Kommerz- und Diskontobank	50	85	5,23
Mitteldeutsche Kreditbank	45	58	5,08
Summa	880	1168	111,40

Von 1901 bis 1906 ist das Kapital um 82,7 Proz. der Bruttogewinn um 65,9 Proz. und der Reingewinn um 92,4 Proz. gestiegen! Rechnet man noch den Gewinn der Reichsbank hinzu, dann entfällt für 1906 auf den Kopf der Erwerbstätigen allein für die zehn Banken ein Reingewinn von rund 9 Mark. Seit 1901 ist die Last um fast 1000 Proz. gestiegen!



**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
Dienstag, den 12. März, abends 8 Uhr,  
im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 18c:  
**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
Fortsetzung der Diskussion über: „Die Lehren  
der Reichstagswahl“.  
Um zahlreiches Erscheinen der Genossen ersucht  
Der Vorstand.

**Verband der freien Gast- und Schankwirte**  
Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

**Bezirksversammlungen:**  
Bezirk 1. Donnerstag, den 11. März, nachmittags 5 Uhr,  
beim Kollegen Fortanier, Legationstr. 56.  
" 2. Freitag, den 15. März, beim Kollegen Frisch,  
Babststr. 12.  
" 3. Freitag, den 15. März, beim Kollegen Josef  
Schütz, Schönhauser Allee 28.  
" 4. Donnerstag, den 11. März, beim Kollegen Mer-  
kowski, Andreestr. 26.  
" 6. Freitag, den 15. März, nachmittags 5 Uhr, beim  
Kollegen Philipp Hummel, Sophienstr. 5.  
Die Ortsverwaltung.

Neu erschienene Broschüren:  
**Die materialistische**  
**Geschichtsauffassung.**  
Leichtförmig dargestellt von Hermann Greulich.  
Zweite, durchgesehene Auflage. — Preis 25 Pf.

**Die Sozialdemokratie und die Wahlen**  
zum deutschen Reichstage.  
Von Paul Hirsch und Bruno Borchardt.  
Mit einer farbigen Uebersichtskarte und zwei graphischen Darstellungen.  
— Preis 1 Mt. —

**Zeitungs-Fremdwörter**  
und **Politische Schlagworte.**  
Verdeutschte und erläutert von Adolf Braun.  
Zweite, vielfach verbesserte und wesentlich vermehrte Auflage.  
— Preis 30 Pf. —  
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68  
Lindenstr. 69, Laden. 233/9\*

Lie sollten  
No. 61  
probieren,  
eine wirklich  
vorzügliche  
6 1/2 Cigarette  
von  
**I. NEUMANN**  
Cigarren-Fabriken · 103 Zweiggeschäfte

Davon in BERLIN: Brunnenstr. 22, Ecke Anklamerstr. — Chaussee-  
straße 16, Ecke Invalidenstr. — Chausseest. 35/37, Ecke Schwartz-  
kopffstraße. — Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr. — Friedrichstr. 171,  
Ecke Franzos. Str. — Gertraudenstr. Ecke Breitest. 29a. — In-  
validenstr. 118, Ecke Bergstr. — Jerusalemstr. 41, Eck. Krausenstr.  
— Kaiser Wilhelmstr. 19, Ecke Mühlstr. — Markgrafenstr. 17, Ecke  
Junkerstr. — Oranienstr. 93, Ecke Adalbertstr. — Potsdamerstr. 57/58,  
Ecke Bülowstr. — Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr. — Rosenthaler-  
straße 48, Ecke N. Schönhauserstraße. — Uhländstr. 32, E. Lietzen-  
burgerstr. — Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr. — Wienerstr. 22,  
Ecke Grünauerstr. — Rixdorf: Bergstr. 146.

**H. & P. Uder,** Berlin SO. 16,  
Engel-Ufer 5.  
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.  
**Spezialität: Nordhäuser Kautabak**  
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 3464L\*  
Amt 4, 3014.

**Hühner**  
junge fleißige  
Legen,  
Tauben, Enten, Puten, Brut-  
puten; Bruttiere hochedelter Rassen  
empfehlen unter Garantie für Reichtum  
F. Wegner, Berlin, Mariannenstr. 34.

**Wascherollen**  
**Waschmaschinen**  
**Wringmaschinen**  
bessere als  
**Spezialität**  
unter Garantie  
3 Jahre lang  
Reinheitsfabrik sind  
bekannt als reell  
und billig.  
Rudolf Knapke, Berlin SW. 19  
Seefeldstr. 7, am Spittelmarkt.  
Preisliste gratis.

**Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.**  
Berlin - Pankow.  
Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland.  
**Caramel-Malzbier**  
Alkoholarmes, diätetisches Spezialbräu.  
Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährnde Mütter etc.  
Als Tafelgetränk sehr bevorzugt.  
Preis pro Liter 4/10 Flasche 10 Pfennig. Ueberall käuflich.  
3465L\*

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
Dienstag den 12. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Markgrafen-Sälen,  
Markgrafenstrasse:

**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen M. Granwald: Welche Machtmittel besitzt das Proletariat?  
2. Diskussion.  
Gäste willkommen.  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.  
Dienstag, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr, im Bernhard-Rose-Theater,  
Bad-Strasse 55:

**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Böhle-Strasbourg über  
„Die Sozialdemokratie und ihre Mitläufer“.  
2. Diskussion.  
Männer und Frauen sind auch als Gäste willkommen.  
Zahlreiches Besuch heißt erlangen.  
Der Vorstand.

**Achtung! Genossinnen! Genossen! Achtung!**  
Dienstag, den 12. März, abends 8 Uhr, im Kolberger Salon,  
Kolbergerstrasse 23:

**Volkversammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. „Was hat das Proletariat, insbesondere die Dienstboten, vom neuen  
Reichstag zu erwarten?“ Referent: Ottilie Bander.  
2. Diskussion: 3. Wahl einer Vertrauensperson.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Die Vertrauensperson.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
**Branche der Vergolder!**  
Donnerstag, den 14. März cr., abends präzise 8 Uhr,  
in Dietrichs Festsälen, Dresdenerstr. 116, Nähe Dronkeplatz:  
**Versammlung**  
aller in den Betrieben beschäftigten Kollegen,  
wo naturpolierte Leisten angefertigt werden.  
Die Preistarife sind sämtlich mitzubringen.  
Sämtliches Erheben der betreffenden Kollegen dringend notwendig.  
Der Branchenleiter, Emil Oehlert, ab 1. April dieses Jahres:  
Friedrichsstraße bei Berlin, Prinzenallee 12 I.

**Achtung! Weißensee!**  
Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im „Prälaten“,  
Lehrerstrasse Nr. 122:  
**Oeffentliche Kreisversammlung**  
der Frauen Nieder-Barnims.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag: „Unsere Volksgüter“. Referent: Stadtverordneter Genosse  
Schubert.  
2. Diskussion.  
3. Bericht und Neuwahl der Kreisvertrauensperson.  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet  
Die Kreisvertrauensperson.

**Köpenick.** Heute Dienstag, abends 8 Uhr,  
im Lokal Kaiserhof, Grünstraße:  
**Volkversammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Kurt Heilig-Berlin. 2. Diskussion.  
3. Bericht und Neuwahl der Vertrauensperson. 4. Verschiedenes.  
Die Frauen von Köpenick sind zu dieser Versammlung ganz  
besonders eingeladen.  
Es erwartet recht zahlreiches Erscheinen Die Vertrauensperson.

**Was ist Reise-Cheviot?**  
Ein eleganter Anzugstoff in modernen edlen Farben, reine Schafwolle, un-  
verwundbar, 140 cm breit, 3 Meter kosten 12 Mark franko. Dieser Verband  
zur guten Stoffarbeiten zu Anzügen, Paletots, Hosen bei billigen Preisen.  
Jeder genaue Vergleich übertrifft. Sind über 1000 Postorten liegen Nach-  
bestellungen u. Empfehlungen vor. Verlangen Sie Muster postfrei zur Ansicht.  
Wilhelm Boelkes in Düren 226 bei Aachen.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis  
(Landsberger Viertel.)  
Bezirk 406.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Gastwirt  
**Richard Ritter**  
Übersichtsstr. 42  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, nachmittags 3 Uhr, non  
der Leichenhalle der Auferstehungs-  
Gemeinde in Weljensee aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
16. Berliner Wahlkreises.  
**Nachruf.**  
Am 7. März verstarb unser  
Mitglied, der Maler  
**Albert Hug**  
Prinz Eugenstr. 22.  
Derselbe wurde am Sonntag,  
nachmittags auf dem neuen Kagar-  
kirchhof beerdigt. 247/20  
Ehre seinem Andenken!  
Der Vorstand.

**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Gärtler  
**Max Nitschke**  
am 8. März an der Proletarier-  
krankheit verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 12. März, vom  
Urban-Krankenhaus nach dem  
Neuen Jakob-Kirchhof in Brix  
statt. 41942  
Um zahlreiche Beteiligung ersuchen  
S. W.:  
Ashöller, Moritz, Moniac.

**Nachruf.**  
Am 9. d. M. verstarb nach  
langem, schwerem Leiden unser  
langjähriger Mitarbeiter, der Haus-  
diener  
**Wilhelm Schmiedchen.**  
Wir werden diesem ehrenhaften  
Mann ein freies Andenken be-  
wahren. 20358  
Singer & Wahrenberg.

**Verein Berliner Hausdiener**  
gegründet 1883.  
Mitgliedschaft I des Zentral-  
verbandes d. Handels-, Transport-,  
Verkehrsarbeiter u. Arbeiterinnen  
Deutschland.  
**Todes-Anzeige.**  
Unserem Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege 68/12  
**Friedrich Steinbacher**  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, nachmittags 3 Uhr, auf  
dem Urban-Krankenhaus in  
Wilhelmsberg statt.  
Die Ortsverwaltung I.

**Dankagung.**  
Für die Beweise aufrichtiger Teil-  
nahme bei der Beerdigung meines  
lieben Vannes und guten Vaters  
sage ich allen Freunden, Bekannten  
und Verwandten, sowie den früheren  
Kollegen und dem Zentralverband der  
Köpler und Herrn Köpfermeister  
hiermit meinen herzlichsten  
Dank. 20376  
Frau. Elisabeth Daberkow nebst Sohn.  
Mirmit sage ich allen Freunden  
und Bekannten, sowie den Genossen  
des 6. Wahlkreises, Bezirk 729, ins-  
besondere dem Selangverein Bruder-  
berg und dem Lotterielieb-  
für die Teilnahme bei der Beerdigung  
meines Vannes meinen besten Dank.  
Elise Hug nebst Kindern.

**Stenographie.**  
Neuer Kursus in der deutschen  
Vollst.-Stenographie beginnt am Donner-  
stag, den 14. März, abends 7 1/2 Uhr,  
im Restaurant Hande, Bismarckstr. 19,  
Nähe Hindenburg, Weinbrunnen.  
Unterricht kostenfrei. Lehrmittel 2 M.  
Um zahlreiches Besuch bitten der deutsche  
Arbeiter-Stenographenbund.

**Dankagung.**  
Für die so rege Beteiligung bei der  
Beerdigung meiner lieben Frau,  
unserer guten Tochter und Schwester  
**Klara Riemer geb. Gaßmann**  
sowie für die reichen Kränzspenden  
hiermit allen Beteiligten unseren Dank.  
Heinrich Riemer. Familie Gaßmann.  
Babststr. 11. 20476

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben Vannes, unseres guten Vaters  
sage ich allen unseren innigsten  
Dank.  
**Emilie Lange**  
nebst Kindern.  
Für die herzliche Teilnahme bei  
der Beerdigung meines Vannes, des  
Schloßers **Heinrich Stolzen-  
wald**, sage ich allen Verwandten  
und Bekannten sowie dem Metall-  
arbeiter-Verband, dem 6. Wahlkreis  
und den Kollegen von dem Metallischen  
Vereinshaus meinen herzlichsten Dank.  
Elise Sophie Stolzenwald  
und Eltern. 41902

**Möbelfabrik Ostend**  
Eingetragene Genossenschaft mit  
beschränkter Haftpflicht.  
Wir bringen zur Kenntnis, daß die  
diesjährige  
**Ordentl. General-Versammlung**  
am Sonntag, den 24. März, vormittags  
9 Uhr, in unserem Geschäftstotal  
Rommestraße 21 stattfindet.  
Tages-Ordnung:  
1. Berichte des Rahmsabstufes.  
2. Bericht des Vorstandes und  
Aufsichtsrats. 3. Anträge. 4. Ver-  
schiebenes. 100/4  
Wir machen darauf anmerk-  
sam, daß die Bilanz für die Genossen  
in unserem Kontor zur Einsicht ausliegt.  
Der Vorstand.  
H. Hamp, H. Breitbarth,  
Geschäftsführer, Kassierer.

**Kranz- und Blumenbinderei**  
von **Robert Meyer,**  
nur Mariannen-Strasse 2.

**Dankagung.**  
Für die herzliche Teilnahme bei  
der Beerdigung unseres lieben  
guten Sohnes, des Mechanikers  
**Gustav Albin Amberg**  
sage ich allen Verwandten und  
Bekanntem, besonders den Kollegen  
der Firma Siemens u. Halbe  
sowie dem Lotterieliebverein „Beroli-  
na“ unseren herzlichsten Dank.  
Die trauernden Eltern  
20456 und Gefährten.



# A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kolbuser Damm

Soweit Vorrat!

Dienstag  
Mittwoch  
Donnerstag

## GARDINEN UND PORTIEREN

Tüll-Gardinen weiss oder crème	Meter 38, 50, 65 Pf.	Portieren glatt mit hübscher Bordüre	Stück 1.85, 2.25
Tüll-Gardinen weiss oder crème	Fenster 1.95, 2.65, 3.25	Portieren glatt m. hübsch. Blumen-Bordüre	Stück 2.45, 2.75
Tüll-Gardinen weiss od. crème	Fenster 4.50, 5.75, 6.25	Portieren-Garnituren Filzstuch mit hübsch. Kurbel	7.25, 9.75
Tüll-Gardinen weiss od. crème weiche Appretur	Fenster 7.75, 9.50, 11.75	Portieren-Garnituren Titian Plüsch elegant bekurbelt	12.75, 14.50
Scheiben-Gardinen weiss od. crème	Mtr. 20, 25, 48 Pf.	Portier-n-Stoffe gestreift	Meter 38, 50 Pf.
Congressstoffe glatt od. gestreift	Mtr. 38, 50, 65 Pf.	Portieren-Stoffe glatt m. hübsch. Bordüre	Mtr. 65, 85 Pf.
Erbstüll-Stores reich m. Band besetzt	Stück 5.75, 8.50, 10.25	Lambrequinstoffe Filzstuch, reich bekurbelt	Meter 50, 75 Pf.
Tüll Brise-Bise	Stück 35, 55 Pf.		

Tüll-Stores weiss oder crème	Stück 1.75, 2.25, 3.50
Erbstüll Brise-Bise mit Stange und Zubehör	60 Pf.
Erbstüll-Stores elegante Ausführung	3.95
Madras-Stores bunt	Stück 3.75, 5.25
Mull-Gardinen mit Volant	Fenster 10.75, 13.25
Portieren-Garnituren Filzstuch hübsch bekurbelt	3.25, 4.75
Portieren-Garnituren Titian-Plüsch mit moderner Kurbel	7.25, 10.75
Schlafzimmer-Garnituren elegante Ausführung	10.75, 14.25

## DECKEN UND MÖBELSTOFFE

Tischdecken Fantasiestoff	2.75, 3.85	Schlafdecken	1.75, 2.50
Tischdecken Filzstuch, hübsch bekurbelt	3.75, 5.25	Erbstüll-Bettdecken für 1 Bett	6.50, 8.75
Tischdecken Mohair-Plüsch, elegant bekurbelt	9.25, 11.75	Erbstüll-Bettdecken für 2 Betten	8.75, 12.50
Divandecken hübsche Muster	4.15, 6.25, 8.75	Cöper-Rouleaux 3teilig Fenster	2.15, 2.75, 3.50
Divan-Wanddekoration Filzstuch eleg. bekurbelt	7.50, 9.75	Möbelstoffe für Sophasitze Meter	95, 1.45, 2.25
Komodendecken Filzstuch, hübsch bekurbelt	95, 1.25	Titian-Plüsch viele Farben	Meter 2.75, 3.25
Komodendecken Plüsch, eleg. Kurbel	4.25, 5.50	Möbelfranze	Meter 45, 75 Pf.
Steppdecken „Satin“	3.50, 5.25, 6.75	Möbelschnur	Meter 6, 8 Pf.
Steppdecken „Satin Handarbeit“	6.75, 8.50, 10.50	Möbelkattun hübsche Muster	Meter 38, 45, 55 Pf.
Steppdecken „Satin, doppelseit. Handarbeit“	9.50, 12.50, 14.75	Sopha-Kissen mit Volant	95 Pf.
		Pomponfranzen	Meter 12, 22 Pf.

Tüll-Bettdecken weiss oder crème für 1 Bett	1.70, 2.50, 3.75
Tüll-Bettdecken weiss od. crème für 2 Betten	3.95, 4.75, 6.25
Gobelins für Betthimmel, hübsche Sujets	6.75
Gobelin-Kissen-Platten	68 Pf.
Rouleaux-Stoffe crème oder altgold, hübsche Blumenmuster	Meter 68 Pf.
Cöper-Rouleaux 3teilig	Fenster 1.75, 2.25
Möbelplüsch-Mouquet ca. 130 cm breit	Meter 4.75, 5.50

Tischdecken Filzst., hübsch bekurbelt	1.75, 2.25	Erbstüll-Bettdecken für 1 Bett	4.75
Tischdecken Mohair-Plüsch hübsch bekurbelt	5.75	Plüsch-Divandecken eleg. Ausf.	17.25

## HOLZ-GALANTERIE

Handtuchhalter braun gebeizt	48, 95 Pf.	Vogelbauer Holzgestell mit Schoben	1.65, 2.25, 2.90	Reisekörbe	5.00, 6.00, 7.00, 8.50
Console braun gebeizt	42, 55, 75, 95 Pf.	Vogelbauer-Arme	48, 95 Pf.	Waschkörbe	1.65, 2.65
Bauertische mit gravierter Platte	2.90	Vogelbauer-Ständer	2.90, 4.75	Wandbilder ca. 60/70	2.90
Salontische rechteckig	2.90	Palmständer	2.90	Garderobenleisten m. 3 4 5 6 Metall-Haken	33, 42, 48, 60 Pf.
Salonsäulen braun oder schwarz	2.25, 2.90	Stühle mit Rohrgeflecht	3.75	Paneele braun gebeizt	50 60 80 100 cm
Schirmständer	2.25, 2.90	Flur-Garderoben	17.75		95, 1.60, 2.65, 3.25

## TEPPICHE

### Axminster

ca. 130/195	7.25
ca. 160/235	12.25
ca. 200/295	17.50

### Tapestry

ca. 130/200	7.75
ca. 160/235	12.75
ca. 200/295	16.75

### Velour

ca. 130/200	12.75
ca. 165/235	23.50
ca. 200/295	32.75

### Prima Velour

ca. 130/200	16.75
ca. 170/235	28.50
ca. 200/295	38.75

### Linoleum

ca. 150/200	6.75
ca. 180/250	10.50
ca. 200/300	13.75

### Vorleger

Axminster	1.75, 2.25
Tapestry	1.85, 2.75
Velour	3.25, 4.75

Imitiert Perser mit Fransen, sehr hübsche Muster 95 Pf.

### Zimmerbelag (Linoleum)

glatt oder gemustert □ Meter 1.25

### Läuferstoffe (Linoleum)

ca. 67 cm breit Meter	78 Pf.	ca. 90 cm breit Meter	1.20
Jute	Meter 30, 45 Pf.		
Tapestry	Meter 1.75, 2.25		
Velour	Meter 3.75, 5.25		
COCOS ca. 67 cm breit	Meter 95, 1.25		

Treppen-Matten Cocos	65 Pf.
Japan-Matten	55, 90, 1.25
Gardinenstangen Holz	28, 55 Pf.
Gardinenstangen Holz, verstellb.	1.15, 1.65
Portièrenstangen m. samtl. Zubehör	1.95, 2.25
Holz-Rosetten	12, 15, 18 Pf.

Bei uns gekaufte Waren werden bereitwilligst bis nach dem Umzuge aufbewahrt.



# Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

## Verbandstag der Bäcker.

Kassel, 10. März.

### Erster Verhandlungstag.

Im Lokale Finkenherd trat heute nachmittags 2 Uhr die 11. Generalversammlung des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen zusammen. Es sind außer dem Zentralvorstand, einem Vertreter des Ausschusses, dem Redakteur 50 Delegierte anwesend, die 11083 Mitglieder in 47 Wahlkreisen vertreten, ferner zwei Gauleiter ohne Mandat. Die Mitgliedschaft Berlin vertreten Gehshold, Barth, Schneider, Dulitschke und Liesländer. Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften ist Genosse Knoll.

Hauptvorsitzender Allmann eröffnet die Verhandlungen mit einer Schilderung der lokalen Berufs- und Organisationsverhältnisse. Nach vielen gescheiterten Versuchen gelang es seit 1903, die Mitgliedschaft zu halten und in über die Hälfte aller Berufs-kollegen am Orte zu vereinigen. Redner hofft, daß das Stattfinden eines Verbandstages in Mitteldeutschland der Ausbreitung der Organisation in diesem noch rückständigen Gebiete förderlich sein möge.

Vom österreichischen Verband der Bäcker ist ein Glückwunschschreiben eingegangen, in dem mitgeteilt wird, daß von einer Delegation abgesehen wurde, weil berufliche Lohnkämpfe in Aussicht stehen und der Kampf für die Reichstagswahlen entbrannt ist. Telegramme sind eingegangen vom internationalen Bäckerei-arbeiterverband in London und den Mitgliedschaften Spremberg, Frankfurt a. O. und Königsberg.

Die Redaktion der Anträge auf Aenderung des Statuts wird der Mandatsprüfungskommission übertragen.

Es erfolgt nunmehr die Berichterstattung des Hauptvorstandes. Vorsitzender Allmann verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht (dessen wesentlichste Angaben wir bereits wiedergaben). Erfreulich sei der regelrechte Fortschritt in der Mitgliederzahl. Dem sprunghaften Emporsteigen der Mitgliederzahl sei nach fast jedesmal ein Rückschlag gefolgt, z. B. nach dem Berliner Streik. Wie bisher sind auch in der abgelaufenen Geschäftsperiode für die Agitation Mittel aufgewendet, wie kaum in irgend einer anderen Organisation. Dem Verlangen nach Herausgabe schriftlichen Agitationsmaterials und der Anstellung von besoldeten Bezirksleitern wurde in weitgehendstem Maße entsprochen. Freilich war es nicht leicht, stets geeignete Personen zu finden. Wenn Anträge mußten abgelehnt werden. Die Erfolge waren nicht überall gleich, weil in vielen Fällen nach der Anstellung von Organisationsleitern die Arbeitgeber sich bemühten, in den Mitgliedschaften Streitigkeiten anzuknüpfen. Wie bisher wird auch das Hauptaugenmerk in der Agitation auf die größeren Städte und Industriegebiete gerichtet werden müssen. Die Verhandlungen mit dem Zentralverband der Konditoren wegen Verschmelzung beider Organisationen sind so weit gediehen, daß mit dem 1. Juli der Zusammenschluß erfolgen wird. Redner verbreitet sich weiter über unliebbare Vorkommnisse in Magdeburg, deren Regelung gelungen sei, sowie über die Ausschließung von Pfeifer-Berlin und Kasting-Düsseldorf. Die sich stetig steigende Arbeit im Hauptbureau ist nicht mehr von drei Personen zu leisten, der Vorstand beantragt deshalb die Anstellung von zwei weiteren Beamten für das Hauptbureau.

Den Kassenbericht erstattete Friedmann: Wir haben günstig abgeschlossen und konnten allen Ansprüchen genügen. Eine Veränderung der Beitragshöhe ist nicht notwendig.

Ueber das Hochblatt berichtete Redakteur Dieren. Die Menge des zu bearbeitenden Stoffes machte die Erweiterung des Blattes von sechs auf acht Seiten pro Nummer notwendig. Dem Antrage auf Veröffentlichung sachtechnischer Abhandlungen zu entsprechen, wird sich empfohlen.

Es folgt Berichterstattung über die Tätigkeit des Ausschusses durch Gahner-München.

Mit der Begründung der Anträge zum Vorstandsbericht schließen die Verhandlungen. Morgen beginnt die Debatte über den Bericht.

## Partei-Angelegenheiten.

**Dritter Wahlkreis.** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß heute abend 8 Uhr eine Wahlvereinsversammlung im „Rätkischen Hof“, Admiralstr. 18c, stattfindet. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Diskussion über: „Die Lehren der Reichstagswahl“.

**Charlottenburg.** Noch einmal machen wir die Genossen auf die heute, am Dienstagabend, im Volkshause stattfindende Generalversammlung des Wahlvereins aufmerksam. Wir erwarten, daß alle Mitglieder zur Stelle sind, denn abgesehen von einigen wichtigen Vereinsangelegenheiten (Wahl eines U. Expediteurs), dürfte auch der Vortrag, den Genosse Hans Blas über die Reichstagswahl halten wird, von besonderem Interesse sein.

**Wilmerdorf.** Am Mittwoch, den 13. d. M., ist Zahlabend. Die Genossen werden dringend ersucht, zahlreich zu erscheinen, damit die bis jetzt zum Teil recht schwach besuchten Zahlabende in Zukunft eine stärkere Teilnahme aufzuweisen haben. Erfülle also jeder Genosse seine Pflicht. Der Vorstand.

**Zehlendorf.** Am Freitag, den 15. März, abends 8 Uhr, findet bei Nied. Karstr. 12, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Kurt Heintz über „Die Frau im proletarischen Befreiungskampfe“, Diskussion, Wahl einer weiblichen Vertrauensperson, Verschiedenes. Die Einberuferin.

**Schmargendorf.** Die nächste Versammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Wirtschaftshaus Schmargendorf, Warnemünderstr. 8, statt. Im pünktlichen Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

**Tempelhof.** Der Zahlabend findet diesmal nicht am Mittwoch sondern bei besserer Umstände halber schon heute, Dienstag, statt. Die Parteigenossen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

**Königs-Wusterhausen.** Am morgigen Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Wedhorn, Altes Schützenhaus, statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Heintz-Berlin, Abrechnung von der Reichstagswahl, Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Parteigenossen von Königs-Wusterhausen, Wildau und Niederlehme werden ersucht, vollständig in der Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

**Stralau.** Mittwoch, den 13. März, findet im Lokal von Schmidt, Karlsruhendamm 18, der Zahlabend für den 2. Bezirk statt. Das Erscheinen aller Mitglieder, namentlich der neu aufgenommenen, ist Pflicht. Der 1. Bezirk hält am Mittwoch keinen Zahlabend ab. Der Vorstand.

**Karlshorst.** Achtung, Parteigenossen! Der Zahlabend findet am Mittwoch, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn A. Sabrowski, Treptowallee, Ecke Krausenstraße, statt. Die Parteigenossen werden dringend ersucht, zahlreich zu erscheinen. Gleichzeitig findet die Ausgabe der Einlosharten zum Märzfest am Sonnabend, den 16. März, statt. Programm: Münzkoncert, Gesänge und Rezitationen, 10 den Werken der Freiheitsdichter. Der Vorstand.

**Wilhelmsruh.** Achtung! Die Generalversammlung des Bezirks Reinickendorf findet nicht, wie irrtümlich bekannt gegeben, am morgigen Mittwoch, sondern erst Dienstag, den 19. d. M., statt. Der Zahlabend am morgigen Tage fällt daher nicht aus, sondern findet, wie immer, in Barth's Lokal statt.

**Reinickendorf-West.** Laut Beschluß der letzten außerordentlichen Generalversammlung tagen die Bezirke an den Zahlabenden getrennt von jezt an in den folgenden Lokalen: 1. Bezirk bei Bettmell, Wiltstr. 75, 2. Bezirk bei Franke, Eichbornstr. 18, 3. Bezirk bei Fröhlich, Antonienstr. 62, 4. Bezirk bei Rombrat, Scharnweberstr. 88, 5. und 6. Bezirk bei Otto, Berlinerstr. 118. Der Vorstand.

**Friedrichshelde.** Mittwoch, den 13. d. M., finden in folgenden Lokalen die Zahlabende statt: 1. Bezirk bei F. Bartolein, Pringelallee 59, 2. Bezirk bei F. Koffe, Luisenstr. 20, 3. Bezirk bei A. Sebert, Berlinerstr. 98, 4. Bezirk bei G. Schulz, Wilhelmstr. 11. Jeder Genosse hat die Pflicht zu erscheinen. Der Vorstand.

## Berliner Nachrichten.

### Polizeilicher Krankentransport.

In Berlin kommen Beamte der Polizei oft in die Lage, die Rolle von Krankentransporteur zu übernehmen. Wenn jemand auf der Straße krank wird oder verunglückt, dann ist der Schutzmann der nächste dazu, dem Hilflösen beizustehen. Ein Schutzmann, der hierin wohl noch nicht die rechte Erfahrung hatte, erregte am vorigen Sonntag in der Alexanderstraße Aufsehen durch die Art, wie er sich seiner Aufgabe entledigte. In seiner Obhut befand sich ein alter Mann, namens S., der gegen Mittag in der Nähe des Alexanderplatzes auf der Straße ohnmächtig geworden und umgefallen war. Herr S. war nach der nächsten Unfallstation geschafft worden und hatte dort die erste Hilfe erhalten. Nachdem man ihm eine Stirnwunde verbunden hatte, sollte er nach seiner im Stadteil Wedding gelegenen Wohnung entlassen werden. Ein Schutzmann (anscheinend derselbe, der den Kranken zur Unfallstation geschafft hatte) wollte dafür sorgen, daß S. ungeschädigt nach Hause käme. Dieser Schutzmann brachte nun den Kranken nach der Alexanderstraße und versuchte dort an der Ecke der Prenzlauerstraße, ihn auf einen nach dem Wedding fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 3 zu verladen. Da er vom Schaffner abgewiesen wurde, so begab er sich mit S. nach dem Vorderperren, aber auch hier wurde ihm die Mitfahrt vom Schaffner untersagt. Herr S. fiel auf durch einen Verband am Kopf sowie durch seine bei dem Unfall schmutzig gewordene Kleidung, und im Publikum wunderte man sich, warum für den Verunglückten nicht eine Droschke genommen werden sollte. Erst als der Straßenbahnwagen bereits abfuhr und den Schutzmann samt seinem Schützling zurückließ, erlaubten einige auf dem Wagen stehende Herren (drei auf dem Wedding wohnende Steinmeger, die aus einer im Englischen Garten abgehaltenen Versammlung kamen), daß der Verunglückte ja ein Bekannter von ihnen war. An der nächsten Haltestelle stiegen sie ab, um zurückzugehen und nach ihm Ausschau zu halten. Es glückte ihnen auch, Herrn S. samt seinem Schützer noch zu treffen. Kaum aber waren sie an S. herangetreten, um sich seiner anzunehmen, da entschwand auch schon der Schutzmann ihren erstaunten Augen. Er bestieg einen Straßenbahnwagen der Linie 22 und fuhr davon in dem frohen Bewußtsein, seine Aufgabe erfüllt zu haben. Es blieb dann den Zivilpersonen überlassen, den verunglückten alten Mann ungeschädigt nach Hause zu bringen. Selbstverständlich nahmen sie dazu eine Droschke.

**Die Wertzuwachssteuer** wird in der am Donnerstag stattfindenden Sitzung der Stabverordnetenversammlung als erster Gegenstand der Tagesordnung behandelt werden. Der Bund Berliner Grundbesitzervereine läuft in einer erneuten Petition an die Stabverordnetenversammlung Sturm gegen die Einführung einer Wertzuwachssteuer. In dieser Petition wird die Steuer als ungerecht bezeichnet, außerdem stelle die Umsatzsteuer bereits eine Besteuerung des Wertzuwachses dar.

Es dürfte bekannt sein, daß der Bund Berliner Grundbesitzervereine in der Stabverordnetenversammlung zahlreiche Vertreter hat, die auf Grund ihrer Privilegien als Hausbesitzer besteuert sind, die Interessen der 28 000 Hausbesitzer in Berlin gegen die Hunderttausende der übrigen Bürger nach besten Kräften wahrzunehmen. Gerade bei der Beratung dieser Vorlage dürfte sich die Unhaltbarkeit der heute noch geltenden, aber veralteten Städteordnung, nach deren Bestimmungen die Hälfte der Stabverordnetenversammlung aus Hausbesitzern zusammengesetzt bestehen muß, aufs evidenteste erweisen. Die eventuelle Ablehnung der Wertzuwachssteuer durch die Hausbesitzermajorität im Roten Hause dürfte gutes Material sein, um gegen die in die heutige Zeit gar nicht hineinpassende Städteordnung Sturm zu laufen.

**Ueber die Bauspelulation an der Weidenammer Brücke** berichtet ein hiesiges Mittagsblatt: Die Unterförmung der projektierten Unterpflasterbahn hinter dem Stadtbahnhof Friedrichstraße und die Verteilung eines Uebergangsvorwerks zwischen Stadt- und Untergundbahn hat auf die Grundstückspreise der dortigen Gegend eine starke Wirkung ausgeübt. Die Grundstückspekulation einiger Bauunternehmer und Häusermaler nimmt immer größere Dimensionen an. Die Preise der an der Weidenammer Brücke belegenen Grundstücke der nördlichen Friedrichstraße sind in den letzten Wochen zu einer unglücklichen Höhe emporgeschneit. Man rechnete dort allgemein mit einer halben Million, da man angenommen hatte, daß die Bahnlinie im Zuge der Charlotten-Brück Louis Ferdinandstraße jenseits der Weidenammer Brücke in die Friedrichstraße einmündend geführt werden wird. Dieser Plan ist aber in der letzten Konferenz fallen gelassen. Infolgedessen herrscht eine allgemeine Enttäuschung; die Nachricht wirkte erschütternd auf die genannten Hauseigentümer und der Spekulationswut ist ein kleiner Dämpfer aufgesetzt worden.

Die Vereinigung mehrerer Pakete zu einer Postpaketadresse ist für die Zeit vom 24. bis einschließlich 31. März im inneren deutschen Verkehr nicht gestattet. Auch für den Auslandsverkehr empfiehlt es sich im Interesse des Publikums, während dieser Zeit zu jedem Pakete besondere Begleitpapiere anzufertigen.

**Der Neubau des alten Kriminalgerichtsgebäudes** geht nunmehr seiner baldigen Beendigung entgegen. An dem Reuheren des Ende der hiesigen Jahre erbauten Gebäudes hat sich so gut wie nichts verändert, um so eherger waren dagegen im Inneren Scharen von Handarbeitern tätig, um die zum größten Teil veralteten Einrichtungen und Bauhilfen zu modernisieren und mit allen technischen Errungenschaften der Neuzeit zu versehen. Das leidige hüben-lange Gehen auf den zugigen Korridoren ist durch Anlegung geräumiger Wartehallen beseitigt worden. Das ganze Gebäude ist

ferner im Anschluß an die Kraftzentrale in dem neuen Gebäude, mit elektrischem Licht versehen. Bei dem Umbau war in erster Linie darauf Rücksicht zu nehmen, eine vollständige Trennung zwischen den geladenen Personen und dem Zuhörerpublikum herbeizuführen. Es mußten deshalb besondere Treppen durchgebrochen werden, die in fünf, nur für Zuhörer bestimmte Eingänge direkt auf die Straße Altkönigstr. bzw. Markenerstraße münden. Auch die Vorführung der in Haft befindlichen Personen geschieht nicht, wie früher, den Korridor entlang, sondern, ähnlich wie im neuen Gerichtsgebäude, durch besondere Gänge, die aber nicht direkt in die Anflugebaut hinein münden, sondern neben dem Zuhörerraum, von diesem getrennt durch eine Glaswand. Nach Eröffnung des alten Gebäudes wird in beiden Gerichtsgebäuden streng darauf geachtet werden, daß nur mit Ladung versehene Personen auf die Korridore usw. gelangen können. Die beiden Schwurgerichtssäle sind nur geringfügig abgeändert, insbesondere ist auf eine Verbesserung der Akustik in dem kleinen Schwurgerichtssaal Rücksicht genommen worden, die früher viel zu wünschen übrig ließ. Die große Halle vor der Freitreppenhalle hat eine neue Innendekoration erhalten, die sich infolge der etwas grellbunten Farbgebung nicht sehr vorteilhaft zu den Korridoren und sonstigen Räumen verhält, die in einem wohlthuend auf die Augen wirkenden dunkelgrünen Ton gehalten sind. Die beiden Gebäude sind durch einen über 100 Meter langen Gang verbunden, der jedoch für das Publikum gesperrt ist. Dieser ist, den vielfachen Wünschen der Rechtsanwaltschaft entsprechend, mit einem Kostenaufwande von 60 000 M. hergestellt worden, da sich in dem alten Gebäude ein Anwaltszimmer nicht befindet. — Die Uebergabe an die Justizbehörde soll am 17. März er. erfolgen, nach anderer seitiger Erklärung jedoch erst Ende März, zu welchem Termin die bisher in einem Privathause in der Weststraße befindlichen Gerichtsschreibereien geräumt sein müssen. Insgesamt sind fünfzehn Schöffenäle eingerichtet, die zum Teil von dem Amtsgericht Berlin Mitte, zum Teil von erstuchten Richtern und Untersuchungsrichtern besetzt werden. Ebenfalls werden in den alten Gebäude die gesamte Anwaltschaft und die Gerichtsschreibereien untergebracht. Die ersten Verhandlungen werden schon Anfang April stattfinden. Der Eingang in das Gebäude findet nur durch das Hauptportal statt. — Besser ist es schon, wenn man da drinnen nichts zu tun hat.

**Kaufbare Briefe.** In der Buchhandlung von C. G. Voerner in Leipzig wurde eine Sammlung von Autographen versteigert, die weniger durch ihre Reichhaltigkeit, als durch die für dieselben gezahlten Preise viel Aufsehen erregte. Zur Versteigerung waren Privatliebhaber und Händler aus Wien, London, Paris, Brüssel, Frankfurt a. M., Berlin usw. erschienen. Zuerst kam ein Brief von Calvin zum Ausbiet, der 1900 M. brachte. Einer des Predigers Paul Gerhardt, dessen 800jähriger Geburtstag dieser Tage gefeiert wird, 508 M.; ein Brief von Götz von Berlichingen 590 M.; von Ulrich von Hutten 1000 M.; von Kaiser Karl V. an den Papst Clemens VII. für 1900 M. — Dies waren die Präliminarien erst, nun kam die erste Sensation! Drei Briefe von Martin Luther 7550 M.! Dazu noch die 10 Proz. Aufgeld für die Versteigerungssumme, also circa 8000 M.! Von Heinrich Heine erzielten einige Briefe und Gedichte 1015 M. Bei den Briefen von Heinrich von Kleist erregte der kurz vor seinem Selbstmord gemeinsam mit Henriette Vogel geschriebene Abschiedsbrief an den Kriegsdatt Regimenter in Potsdam, worin sie genaue Anordnungen über ihre Beerdigung treffen und die Stelle angeben, wo sie sich das Leben nehmen, das größte Interesse; er brachte 1600 M. Zwei Gedichte von Kleist, „Germania an ihre Kinder“ und „Kriegslied der Deutschen“, und ein Sonett an die Königin Luise von Preußen 1790 M. Hätte Kleist bei Lebzeiten in seiner finanziellen Bedrängnis nur den vierten Teil gehabt, der jetzt für seine Briefe gezahlt wurde, hätte er sicher seinem Leben nicht ein tragisches Ende bereitet. Auch Lassalles gesamte aus 28 Briefen bestehende Korrespondenz mit Hans von Bülow wurde versteigert. Es befanden sich darunter solche Briefe, die noch nirgends veröffentlicht sind. Die letzten Briefe sind kurz vor dem Duell, in dem er sein Ende fand, geschrieben. Sehr interessant ist der Brief von Wagner von 1848 an den Abgeordneten beim Frankfurter Parlament, Professor Wiegand, worin Richard Wagner folgende Forderungen stellt: „Der bisherige deutsche Bundestag ist sofort aufzuheben. Sofortige Einführung der Volksämtern und dem und bekannten Rodus. Abschluß eines Schutz- und Trugbündnisses mit Frankreich.“ 620 M. brachte derselbe. — Zum Schluß kam Karl Maria von Weber mit einem im Gefängnis zu Stuttgart aufgeschriebenen Bekenntnis seiner sämtlichen Schulden! — Ein Lied ohne Worte!

**Auch eine Empfehlung.** Für die in der 2. Abteilung des 0. Kommunalwahlbezirks notwendig gewordene Stabverordnetenwahlwahl ist von den Freiwählern der Bezirksvorsteher Fritz Schmidt, Waldemarstraße 75, aufgestellt worden. In einem zu seinen Gunsten verbreiteten Flugblatt wird der Mann wie folgt empfohlen: „Unser Kandidat kennt das praktische Leben durch und durch, ist mehrjähriger Hausbesitzer und durch langjährige Erfahrungen wohl berechtigt, in wirtschaftlichen Fragen unsere Bürgererschaft voll und ganz zu vertreten.“ Nicht weniger denn 21 Bezirksvorsteher haben das Flugblatt unterzeichnet. Herr Schmidt, der mehrfache Hausbesitzer, ist also in der Hauptsache der Vertreter der Bezirksvorsteher.

**Leichte Arbeit** hatte ein Schwindlerkonjunktium aus Berlin, welches bei dem Kaufmann R. in Gosen 1000 M. erbeutete. Vor einigen Wochen erhielt R. aus Berlin einen Brief, in welchem zwei Händler dem Kaufmann eine außerordentliche günstige Offerte in Gosen machten. Die beiden teilten mit, daß sie an dem nächstfolgenden Tage in Rügenia eintreffen würden, um mit dem Gosenen Kaufmann das Geschäft zum Abschluß zu bringen. R. holte die beiden von Rügenia ab und kaufte einen bedeutenden Posten Gosen ererblich unter dem Marktpreise. Nach etwa 14 Tagen erhielt der Kaufmann ebenfalls aus Berlin die Mitteilung, daß der Gosen nach Berlin verfrachtet sei. An demselben Tage, an dem bei R. diese Ankündigung eintraf, besuchten ihn die beiden Verkäufer in seiner Wohnung in Gosen und erzählten dem vertrauensseligen Ranne, daß sie in großer Geldverlegenheit seien. Sie batem R. um eine Vorkaufzahlung von 1000 M. auf die jedenfalls schon auf dem Gosenbahnhof in Rügenia eingetroffene Sendung. Der Kaufmann ließ sich denn auch dazu verleiten, das Geld zu geben, wartete jedoch vergeblich auf die Ankunft des Gosen und ersuchte dann auf Anfrage bei der Bahn, daß überhaupt kein Getreide an ihn verfrachtet sei. R. begab sich nun nach Berlin und stellte fest, daß er Schwindlern in die Hände gefallen war. Die von den beiden Verkäufern angegebenen Namen und Adressen waren gefälscht. Jedenfalls dürften sie versuchen, das mit so gutem Erfolge ausgeführte Manöver an anderer Stelle zu wiederholen.

**Das Kapitel vom Aberglauben** in der Stadt der Intelligenz ist um einen neuen Beitrag bereichert worden. Ein Altes Fräulein kam vor zwei Jahren nach Berlin und wurde mit einer Hausgenossin bekannt, die das Fräulein mit Hilfe der Karten einen Blick in die Zukunft tun ließ. Die Phylia aus Berlin N. erfuhr bei dieser Gelegenheit, daß das Fräulein etwas Vermögen besaß und den Wunsch hegte, ihre Tage einmal in einem Stütz zu beschließen. Diesem Wunsch gemäß wählte sie ihre Weissagungen einzurichten, und nachdem die Karten festgestellt hatten, daß die alte Dame in ein Stütz kommen werde, bot sie auch ihre Hilfe an. Sie konnte, wie sie erzählte, den „Magistratssekretär Müller“



**Die Stifftischen Beamten.** Mit dem Walle sie sprechen, dann werde die Angelegenheit bald erledigt sein. Die nächste Folge war, daß Magistratssekretär Müller von dem Fräulein für vorläufige Unkosten 50 M. einforderte. Die Kartenlegerin vermittelte auch die Zahlung. Dann schrieb Stadtrat Schlegel, dem Antrage auf Aufnahme in ein Stifft werde stattgegeben unter der Bedingung, daß sofort 500 M. entrichtet würden. So ging es weiter. Das Fräulein fragte bei jeder Zustellung ihre Kartenlegerin um Not, und diese vermittelte stets bereitwillig die Zahlung. Endlich schloß die Sache ein. Als sich das Fräulein dann wieder an ihre Ratgeberin wandte, brauchte diese für den Magistratssekretär Müller noch 500 M., damit er jetzt die Aufnahme endgültig erledigen könne. Aber es wurde wieder nichts daraus. Jetzt wandte sich das Fräulein endlich an den Magistrat und ersuchte von dem zuständigen Stadtrat, daß sie betrogen worden war. Die Kriminalpolizei nahm die Kartenlegerin fest.

**Zusammenstoß auf der Stadtbahn.** Gestern morgen hat auf der Stadtbahn bei der Station Charlottenburg ein Zusammenstoß zwischen einem Leerzug und einem Nordringzug stattgefunden. Die Maschine und drei Wagen des ersteren kamen zum Entgleisen. Passagiere sind glücklicherweise nicht verunglückt. Die Eisenbahnverwaltung erläßt über den Unfall folgende Bekanntmachung: Montag früh 6 Uhr 16 Minuten überfuhr auf der Westseite des Charlottenburger Bahnhofes der auf dem Südringgleis vorrückende Leerzug 2713 das auf „Galt“ stehende Waggonsignal „M“ und stieß mit dem in derselben Richtung einfahrenden Nordringzuge 1721 in Weiche 86 zusammen. Hierbei sind eine Maschine und drei Wagen entgleist und leicht beschädigt. Personen sind nicht verletzt. Der Verkehr der Bäche erlitt eine Verspätung bis zu 20 Minuten. Die Ursache des Zusammenstoßes ist darauf zurückzuführen, daß der Lokomotivführer des Leerzuges unbefugterweise über das Haltessignal hinausfuhr. Die Gerichte, wonach eine ganze Reihe von Personen bei dem Unfall verletzt sein sollen, bestätigen sich nicht.

**Einen Selbstmordversuch auf dem Begräbnisplat** verübte am Sonnabendvormittag die 65jährige Witwe Peters aus der Marburgerstraße. Besucher des Kaiserhofes vernahmen aus den Gräberreihen ein heftiges Stöhnen und fanden neben einem frisch aufgeworfenen Grabe die P., die dort Holz getrunken hatte. Die geleerte Flasche lag neben der sich am Boden in Krämpfen windenden Frau. Die Peters wurde in hoffnungslosem Zustande nach einem Krankenhause übergeführt.

**Selbstmord eines Berliner Armenvorsehers.** Am Sonntag nachmittag wurde aus dem Wannsee die Leiche eines gut gekleideten, älteren Mannes herausgeholt. Aus vorgefundenen Papieren ergab sich, daß man es mit dem Postmeister A. D. Ruhlmann, Vorsitzender der 1961. Armenkommission im Stadtbezirk 293b zu tun hatte; als solcher ist der Tote auch als obalditologisiert worden. Ruhlmann, der auch Schiedsmann des 293. Bezirks war, wohnte in der Wredowstr. 34, er ist Wittwer und hinterläßt, nachdem eine Tochter vor zwei Jahren verstorben ist, nur einen Sohn. Er lebte in sehr geordneten Verhältnissen. Als Motiv zum Selbstmord wird geistige Unmacht angegeben.

**Falschmünzer und Dieb verhaftet.** Der bereits wegen Falschmünzerei vorbestrafte Händler August Eigenbrodt und der Händler Thormeyer wurden wegen Falschmünzerei verhaftet. Eigenbrodt hatte eine Anzahl Zwei- und Fünfmarkstücke mit Hilfe einer Gipsform hergestellt und sie Thormeyer zum Verkauf übergeben. Dieser versuchte vorgestern in der Schwedterstraße bei einem Korbhändler ein Fünfmarkstück zu wechseln, wurde aber samt seinem Genossen verhaftet. Die gefälschten Fünfmarkstücke tragen das Münzzeichen A und die Jahreszahl 1903, die Zweimarkstücke zu demselben Münzzeichen die Jahreszahl 1906.

**In einer Strafsache** werden Personen, die in der Nacht zum 4. November Zeugen einer in der Petersburgerstraße, zwischen Ebelingstraße und Straßmannstraße, stattgefundenen Schlägerei waren, um die Abgabe ihrer Adresse ersucht an A. Gerlach, Wilhelm Stolzstr. 40.

**Orgelfonzert.** Mittwoch, den 13. März, abends 7½—8½ Uhr, veranstaltet der Kapellmeister Bernhard Jergang in der St. Marienkirche im Rahmen seiner Orgelfonzerte eine Paul-Gerhardi-Feyer unter Mitwirkung von Frau Emmy Collins-Gaberland (Sopran), Frl. Agnes Friedrichowicz (Alt) und Herrn Georg Dieburt (Violine). Der Eintritt ist frei!

**Feuerwehbericht.** In der letzten Nacht um 11 Uhr kam in der Marzstr. 18 in einer Wohnung Feuer aus, das bei Ankunft der Wehr schon eine große Ausdehnung erlangt hatte. Wegen der Veranlassung wurde eine große Leiter aufgerichtet, über die Feuerwehrmänner in die Wohnung einstiegen. Durch kräftiges Wassergeben wurde der Brand auf die Wohnung beschränkt. An zwei Stellen, in der Warschauerstr. 20 und Reinholdsdorferstr. 48, waren durch Uebersehen von Fett in einer Wäderei und in einer Küche Brände ausgekommen. In der Neuen Fochstr. 20 war ein Feuer durch einen Ofen in einer Fabrik entstanden. Alle drei konnten bald gelöscht werden. Möbel u. a. brannten in der Potsdamerstr. 37, Stroh in der Waldstr. 65, ein Schornstein im Seitenflügel Mantelstr. 80. Ferner hatte die Wehr noch in der Kolbergerstr. 8, Weißwalderstraße 55/56 u. a. Stellen zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

### Groß-Lichterfelde.

Seit einiger Zeit macht sich in gewissen Kreisen der größeren westlichen Vororte, hauptsächlich in Groß-Lichterfelde und Steglitz, eine Richtung gegen den Landrat von Stubenrauch bemerkbar, die ihren Grund hat in der von diesem inaugurierten Steuerpolitik des Kreises. Der Wunsch der beiden großen Vorortgemeinden zum Ausscheiden aus dem Kreisverband hat damit neue Nahrung erhalten.

So sehr nun auch der Landrat von Teltow politisch zu bekämpfen ist, so ist doch anzuerkennen, daß er für die wirtschaftlichen Aufgaben und Bedürfnisse seines Kreises ein Verständnis besitzt, wie man es sonst bei Landräten nicht allzuhäufig anzutreffen pflegt. Die jegliche, allerdings hohe finanzielle Belastung des Kreises resultiert aus dem Bau des Teltow-Kanals, der statt der veranschlagten 22 Millionen nunmehr 46 Millionen kostet. Abgesehen von dessen Bedeutung als hervorragendes Kulturwerk des öffentlichen Verkehrs, ist durch ihn auch gleichzeitig die immer breiter werdende Frage der Entwässerung der sich mächtig entwickelnden westlichen Vororte gelöst worden. Zur Deckung der Kosten dieses Unternehmens mußten daher neue Steuerquellen für den Kreis erschlossen werden. Als solche kommen nunmehr in Betracht: die Umsatzsteuer, die Schenkungssteuer und Erbschaftsteuer der bisherigen Grund- und Gebäudesteuer durch eine solche nach dem gemeinen Wert, ferner die Präzipualsteuer (Vorwegbelastung) einer Anzahl Gemeinden, die unmittelbar am Kanal liegen und denen infolgedessen größere wirtschaftliche Vorteile erwachsen.

Der Schwerpunkt dieser ganzen Steuerreform beruht darin, daß vom 1. April 1907 ab die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert erhoben wird. Diese Maßregel ist vom Standpunkte der Gerechtigkeit durchaus zu begrüßen und wird finanziell für den Kreis von hervorragendem Nutzen sein. Die staatliche Grundsteuer im Kreise Teltow beträgt 101.200 M. Die Werte der unbebauten Grundstücke des Kreises ohne Wilmersdorf betragen sich auf circa 700 Millionen Mark. Der künftigen Besteuerung wird also nicht mehr die Summe der staatlichen Grundsteuer, sondern der gemeine Wert von 700 Millionen zugrunde gelegt. Das ist natürlich ein gewaltiger Unterschied. Es sind daher nicht wenig Grundbesitzer, die über diese neue „Belastung“ ärgern; es wäre ihnen lieber, wenn sie nur den Wertzuwachs

bekämen und die anderen die Kosten.

Dagegen ist mit Recht die Präzipualsteuer bekämpft worden, leider ohne Erfolg. Unter allen Umständen mußte erst die aus der Umsatz- und Grundsteuer sich ergebende Summe zur Deckung der Kanalanteile verwendet und eventuell eine Erhöhung dieser Steuer ins Auge gefaßt werden. Daß die Vorlage bezüglich der Präzipualsteuer vom Kreisrat angenommen wurde, dafür macht man die vom Landrat abhängigen Elemente verantwortlich, die in nicht geringer Anzahl in jener Kreisversammlung saßen. Auch die Uebernahme der bisherigen Siemens u. Halske'schen Straßenbahnen durch den Kreis erscheint unseren bürgerlichen Kommunalpolitikern bedenklich, da einigen Gemeinden dadurch das Ausschneiden aus dem Kreise erspart würde. Aber das ist ja eben die sträfliche Nachlässigkeit der beteiligten Gemeindeverwaltungen, daß sie bezüglich der Kommunalisierung des Verkehrsnetzes event. mittelst Gründung eines Zweckverbandes nicht das Geringste unternommen haben. An der Rivalität der Gemeinden unter sich ist eben mancher Fortschritt, der ihnen allen zugute gekommen wäre, gescheitert. Und da war die Uebernahme der Bahnen durch den Kreis das zunächst richtige Mittel. Daß über die Kreisbahnen noch sehr berechtigte Klagen erhoben werden, ist allerdings richtig. Aber ebenso richtig ist, daß die Gemeinden auf Abstellung der Mängel dringen können, während sie früher den Privatbesitzern gegenüber einfach nachlos waren. Wie in der Frage der Erhaltung des Grünwalds die westlichen Vororte einmütig die nötigen Schritte unternommen haben, so gibt es auch noch auf anderen Gebieten gemeinsame wichtige Interessen, die allerdings nicht gefördert werden können nach den Anschauungen eines Groß-Lichterfelder Schöpfen, der deshalb mit der Steglitzer Gemeindeverwaltung nichts zu tun haben wollte, weil sie — die Lichterfelder — dabei doch die Dummen wären.

Uebrigens eine Selbsteinschätzung, die wahrscheinlich den Vorzug der Richtigkeit für sich hat.

Heute Dienstag, den 12. März, abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung im Reisen-Jochens Saale, Chausseestraße 104, statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Störmer über: Die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klasse und das Genossenschaftswesen. Diskussion. Zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, erwartet. Der Einberufer.

### Treptow-Baumfchulenweg.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung standen neben der Festsetzung des Etats für das Rechnungsjahr 1907 noch eine ganze Reihe sehr wichtiger Punkte auf der Tagesordnung. Aus den geschäftlichen Mitteilungen ist hervorzuheben, daß der Gemeindevorstand vom 12. Juni 1906, nach welchem über die Brauchwasseranalisation die Gemeinde Treptow den Einheitsatz der von den Grundeigentümern zu zahlenden Beiträge auf 48 M. für jedes laufende Meter Straßenfrontlänge der Grundstücke festgesetzt wurde, auch vom Bezirksausschuß zu Potsdam genehmigt worden ist. — Ein Projekt der Gemeinde Treptow gegen den Eisenbahnschuß, welcher sich weigerte, den auf ihn entfallenden Betrag zu den Herstellungskosten der Brauchwasseranalisation zu zahlen, ist zugunsten der Gemeinde endgültig entschieden worden.

Ein Besuch der Lehrerschaft um eine den gesteigerten Wohnungs- und Lebensmittelpreisen entsprechende Gehaltszulage war in einer Kommission abgelehnt worden. Die Lehrerschaft hatte ihrem Antrage eine sehr umfangreiche und sorgfältig ausgearbeitete Motivierung beigegeben. Die Gemeindevertretung wird dringend gebeten, die Gehälter der Lehrer doch der Skala der Gemeindefunktionäre näher zu bringen, denen man im vorigen Jahre sowohl wie den übrigen Gemeindebeamten in dankenswerter Weise entgegengekommen sei. Ein Antrag des Genossen Gramenz, in der Gemeindevertreterversammlung die Petition der Lehrer zu besprechen, und wenn in dieser Sitzung nicht genügend Zeit vorhanden sei, die Besprechung und Beschlußfassung über die Petition der Lehrer bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, wurde ohne jede weitere Erörterung mit allen gegen fünf Stimmen abgelehnt; zur Vinderheit zählte bei dieser Abstimmung außer den drei Sozialdemokraten auch der Herr Gemeindevorsteher Schablow. Eine durch unsere Genossen eingebrachte Arbeitsordnung für sämtliche in der Gemeindeverwaltung beschäftigten Arbeiter ist in der Kommission zwar nicht ganz, aber in wesentlichen Punkten abgelehnt oder stark abgeschwächt worden. Auf Antrag des Genossen Gramenz wurde beschlossen, den Entwurf der Arbeitsordnung zu der nächsten Gemeindevertreterversammlung auf die Tagesordnung zu setzen. — Der bisherige Schiedsmann Herr Chemier Dr. Seng für den Bezirk 48 Treptow I, dessen Wahlzeit abgelaufen ist, wird auf weitere drei Jahre wiedergewählt. — Nach den Vorkäufen für das Rechnungsjahr 1907 belaufen sich die Einnahmen und Ausgaben auf 1.010.800 M., gegen 725.250 M. im vorigen Jahre, mithin ein Mehr von 284.550 M. Die Schulden der Gemeinde Treptow betragen am 1. April 1907 2.651.823 M., gegen 2.021.814 M. in demselben Zeitraum des vergangenen Jahres. Der wieder auf 100 Prozent festgelegte Gemeinde-Einkommensteuereinzugsatz soll 210.000 M. ergeben gegen 148.000 M. im Vorjahre. Die Gewerbesteuer beträgt wieder 150 Proz. des staatlich veranlagten Steuerfußes und soll 60.000 M. ergeben gegen 51.000 M. im Vorjahre. Die gesamten Liegenschaften und Gebäude Treptows haben nach einer Neuerschätzung durch den Gemeindesteuerausschuß im Jahre 1907 einen Wert von 112.500.000 M. ergeben gegen 90.000.000 M. im Vorjahre. Zur Deckung des Steuerbedarfs ist eine Belastung der Grund- und Gebäudesteuer, welche nur 60.000 M. nach dem staatlich veranlagten Soll beträgt, mit 300 Proz. erforderlich und beträgt 180.000 M. oder 1,80 M. für je 1000 M. des gemeinen Wertes. Im Jahre 1906 betrug die Gemeindegrundwertsteuer 185.000 M. Danach beläuft sich das Soll der gesamten direkten Gemeindesteuer auf 450.000 M. Das der indirekten Gemeindesteuern 90.000 M., hieron entfallen auf die Hundesteuer 6000 M., Luftfahrzeugsteuer 17.000 M., Umsatzsteuer 47.000 M., Biersteuer 20.000 M. Das gesamte Einnahme-Soll der Steuerverwaltung beträgt mithin für 1907 450.000 M. gegen 388.500 M. im Jahre 1906. Bei Gelegenheit der Besprechung des Schuletats wurde der Vorschlag für die Privatschule in Baumfchulenweg von 2400 M. durch die Genossen Karow und Gerisch demängelt. Sie meinten, wenn die Gemeindefunktionäre nicht gut genug für seine Kinder sei, möge auch die Kosten für eine Privatschule selbst tragen, besser wäre es aber, wenn den Kindern im jüngsten Alter nicht schon die Klassenunterschiede sichtbar gemacht würden. Es wurde lebhaft darüber geredet, daß von der Lehrerschaft der Gemeindefunktionäre II zu wenig Rücksicht auf die körperlichen und geistigen Fähigkeiten der einzelnen Schüler genommen werde, und daß man Verlesungen, die durch krankhafte Veranlagungen vielfach gar nicht auf das Schulkonto eines solchen Kindes gelegt werden können, sehr häufig durch Schimpfworte, Isolierung und Prügel zu ahnden suche. Ein Antrag des Genossen Gramenz, besondere Schulklassen für minderbegabte Schüler einzurichten, wurde der Schulkommission zur Erwägung überwiesen.

Aus dem Fenster gekürzt hat sich am Sonntagabend in Baumfchulenweg in der Riechholzstraße eine Wäderei, die Frau des Arbeiters P. Sie benutzte die Zeit, wo die Angehörigen einen Moment nicht im Zimmer waren, sich aus dem Fenster zu kürzen. Die Bedauernswerte starb nach einer Stunde. Die unselige Tat ist in einem hochgradigen Fieberzustande geschehen.

### Lichterberg.

#### Gemeindevorstand!

Die gestern vorgenommenen Ersatzwahlen der dritten Wählerklasse zur Gemeindevertretung brachten unseren Genossen die Genugtuung, daß die Mandate der dritten Wählerklasse in den Händen der Sozialdemokratie verbleiben.

Von den sechs zu verteidigenden Mandaten konnten fünf wiederbesetzt werden, während das sechste Mandat (ein Angefessener) infolge notwendiger Doppelwahl des Genossen Oswald Grauer noch frei bleibt.

Es gehen also zu den zwei Verbleibenden fünf Genossen in das Note Haus von Lichterberg ein.

Gewählt sind: Oswald Grauer, Wilh. Abraham, Wilh. Dämell, Oscar Sander und Hermann Spielermann.

Die Genossen berechneten auf sich 2478 Stimmen, während auf die Kandidaten des Grundbesitzer- und des Bürgervereins 47 Stimmen entfielen.

Heute, Dienstag, den 12. März, von nachmittags 8 bis 6 Uhr, werden in zwei Bezirken die 1200 Wähler der II. Abteilung zwei Gemeindevertreter wählen. Die Grundbesitzervereine und der „Bürgerverein“ präsentieren zwei „Grundbesitzer“ als Kandidaten. Mit der vorgeschlagenen Wahl des Magistratsbeamten Kott und des Landdirektors Plonz würden unter den 31 Mitgliedern des Gemeindevorstandes und der Gemeindeverordneten — die bekanntlich gemeinschaftlich die Gemeindevertretung in gemeinsamer Körperschaft darstellen — im ganzen drei Gemeindevertreter vorhanden sein die „Nichtangefessene“ sind. Augerdem hätte das „Mieterelement“ noch die beiden Bürgermeister als ihre „Vertreter“ in der Gemeindeverwaltung. Die Landgemeindevorstandes läßt ein Drittel, d. h. zehn Mandate für die Nichtangefessenen frei. Werden die Wähler der II. Klasse den Einfluß der „Privilegierten“ ohne zwingenden Grund zum Nachteil der „Nichtangefessenen“ verstärken, zugeben, daß die Handvoll Hausbesitzer mehr Rechte haben als Tausende der Nichthausbesitzer?

Die Sozialdemokraten stellen im ersten Bezirk, umfassend den Ortsteil östlich der Ringbahn, als Kandidaten auf den Redakteur Wilhelm Dämell. Wahllokal: Restaurant Ratskeller, Dorfstraße.

Im zweiten Bezirk, dessen Wahllokal im Restaurant der Gebrüder Arnhold („Schwarzer Adler“), Frankfurter Chaussee 6 sich befindet und der den westlichen Ortsteil (innerhalb der Ringbahn) umfaßt, wird der Gemeindevertreter Oswald Grauer zur Wahl empfohlen.

An den Wählern, im besonderen den Geschäftleuten, den kleinen Gewerbetreibenden usw. wird es nun liegen, zu entscheiden, ob die Gegner der „Wertzuwachssteuer“, die Anhänger der Betriebssteuer, der Biersteuer, die Vertreter der Anschaffung, daß die Mieter als Aussteuerzahler weniger Interesse an der Entwicklung der Gemeinde haben, als die Herren vom „Besitz“, einen noch verstärkten Einfluß gewinnen, noch mehr Rechte ausüben sollen, als bisher.

Mit einem Revolver Unheil anrichtet hat am Sonntag der 24jährige Arbeiter Bahns aus Friedrichshagen. Er ging mit seiner Braut, der 19jährigen Arbeiterin Verba Rathenow aus der Wilhelmstr. 76 in Neu-Lichterberg, spazieren und passierte einen Feldweg hinter der Landsberger Chaussee, woselbst er einen Revolver aus der Tasche nahm. Diesen seiner Braut zeigte und ihr den Mechanismus erklärte. Er löste die Sicherung und berührte unvorsichtigerweise den gespannten Hahn. Die Waffe entlud sich und die Kugel ging der A. in den linken Oberarm. Das Geschloß war in das dicke Fleisch gedrungen und hinter dem Knochen, ohne diesen zu beschädigen, stecken geblieben. Die Verletzte wurde sofort nach dem Krankenhaus Friedrichshagen gebracht.

### Adlershof.

Die Generalversammlung der Ortskrankenkasse, in der 88 Arbeitervertreter gewählt werden sollen, findet nicht am Donnerstag, den 14. d. Mts., sondern erst am Donnerstag, den 21. März, bei Käthe, Wisnarsstr. 60, abends 7 Uhr statt. Näheres in den nächsten Tagen im Inseratenteil des „Vorwärts“.

Der Obmann des Gewerkschaftskartells.

### Weißensee.

Ein Vertrauensvotum erhielt Herr Dr. Pape von einer Versammlung des Hausbesitzervereins, nachdem er in einem großen Schreibebriefe seinen Dank ausdrückte für die tapfere Haltung der Hausbesitzer-Gemeindevertreter in seiner Sache. Die Darstellungen seiner Amtsentsetzung in den Zeitungen seien, wie es in dem Briefe heißt, ganz falsch, was das Disziplinarverfahren ergeben werde. — Die jegliche Pape-Affäre wirkt schon Schatten voraus für die nächsten Jahr stattfindenden Gemeindevertreterwahlen. Der Hausbesitzerverein befürchtet hierbei ganz an die Wand gedrückt zu werden, was nur durch eine Einigung der beiden Hausbesitzergruppen beseitigt werden könnte. Die letzten Verschlüsse der Gemeindevertretung u. a. die Errichtung einer Gemeindegewerkschule im Werte von 142.000 M., die Amtsentsetzung Dr. Papes usw., mußten herhalten, um unter allen Umständen die Einigung zu beschleunigen; denn wenn weiter den Wünschen der Sozialdemokraten nachgegeben wird, heißt es, dann müßten die Hausbesitzer davonlaufen. Auch im Grundbesitzerverein wurden wie auf Kommando Einigungsbestrebungen angeregt, jedoch ist man sich hier seiner Stärke bewußt und läßt den Hausbesitzerverein an sich herantreten. Als älterer Verein läßt er sich den Rang nicht ablaufen und beansprucht den nötigen Respekt. Zum Schluß war man jedoch auch hier gewillt, der Anregung des Hausbesitzervereins zu begegnen und in kürzester Frist sich in einer allgemeinen Hausbesitzerversammlung auszusprechen, auf welcher Waffs sich eine Einigung erzielen läßt. Ob die Einigung gelingt oder nicht, ist für die Sozialdemokratie am Orte gleichgültig, sie wird auch ohne die Herren Hausbesitzer fertig.

## Gerichts-Zeitung.

#### Die Ehre eines Arbeitswilligen

Sollte zum zweitenmal der Redakteur der „Buchbinder-Zeitung“ Karl Michaelis freigesprochen werden. Im Sommer 1906 tat sich bei der Buchbinderaussperrung in Dresden der Arbeitswillige Vöndhardt als Gegner der Ausgesperrten hervor. Die „Buchbinder-Zeitung“ bemerkte über ihn, daß er im Gefängnis zu Juidau und im Justizhaus zu Waldheim keine unbekannt Persönlichkeit wäre.

Vöndhardt klagte wegen Verleumdung und Michaelis wurde am 7. November 1906 zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt, einmal weil er von Vöndhardt gesagt hatte: „der Edle“, und ferner weil sich herausstellte, daß Vöndhardt zwar etwa 17 Jahre im Gefängnis zugebracht, aber keine Justizhausstrafe erlitten hatte. Ueber diese Gerichtsverhandlung brachte die „Buchbinder-Zeitung“ vom 15. Dezember 1906 einen Bericht. Hierbei erläuterte der Redakteur Michaelis, durch welches Mißverständnis eine Gefängnisstrafe des Vöndhardt irrig als Justizhausstrafe angesehen worden wäre. Er kritisierte das Urteil, daß die Strafen des Vöndhardt als „zum Teil nicht erheblich“ bezeichnet hatte, und führte diese Strafen einzeln auf. Mit Bezug auf eine Bemerkung des Urteils, daß nicht jeder Mann bezugt wäre, einem Bestraften dies öffentlich vorzuhalten, schloß Michaelis:

„Gegen diese Auslegung müssen wir, so weit sie uns betrifft, protestieren. Es muß den Vertretern und Beauftragten der organisierten Arbeiter gestattet sein, in solchen wirtschaftlichen Kämpfen, wie es der unsere einer war, die moralische Qualifikation des Gegners zu beleuchten, noch zumal, wenn derselbe in diesem Kampfe eine gewisse Rolle spielt. Wir haben umso mehr Veranlassung dazu, als die Gegner der Arbeiterbewegung nicht werden dürfen, die sogenannten „Arbeitswilligen“ als eine Art moralisch höher stehender Musterarbeiter, als „für den Staat besonders nützliche Elemente“ unseren Kollegen gegenüberzustellen, denen alle möglichen Schändlichkeiten angehängt werden. Des Geistes sind gerade auch der Kläger Vöndhardt war, geht aus seiner Äußerung in der Gerichtsverhandlung gegen und hervor. Hier suchte er die Schuld an seinen Verlesungen auf seinen Vater zu schieben, weil dieser — man höre! — „Sozialdemokrat gewesen wäre und ihn deshalb schlecht erzogen hätte“. Diese pietätlose und unwahrhaftige Denunziation paßt noch unserer Auffassung vollkommen zu dem Wilde, das die Vorstrafen des Vöndhardt und sein Verhalten in unserem Leben



Kampfe von seinem Charakter geben. Und dies sollten wir nicht in Bohrung unserer berechtigten Interessen beleuchten dürfen? Wegen dieses Artikels erhob Bonhardt eine neue Weibungsbilligung und verlangte außer der Bestrafung des Michaels gar noch eine Buße von 3000 Mark, weil er durch die Bekanntmachung seiner Strafen geschädigt worden wäre. Die Weigerung über seinen Vater konnte er nicht bestreiten, auch wurde sie durch den amtierenden Richter bestätigt. Der Verteidiger Rechtsanwalt Wolfgang Heine wies darauf hin, daß Bonhardt seine erste Strafe mit 23 Jahren gehabt hätte, also in einem Alter, wo man der elterlichen Autorität entgegenzuwirken zu sein pflegte, und daß die Strafen fast durchweg Diebstahl, Urkundenfälschung und dergleichen beträfen, also mit der angeblichen politischen Bestimmung des Vaters nichts zu tun haben könnten. Im übrigen drehte sich die Verhandlung darum, daß Michaels seinen Artikel zu seiner Rechtfertigung dem ersten Urteil gegenüber geschrieben und deshalb in Bohrung persönlicher berechtigter Interessen gehandelt hätte. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und sprach den Angeklagten Michaels frei.

**Körperverletzung mit tödlichem Ausgang.**  
Unter großen Andringen des Publikums begann gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I, das unter Vorsitz des Landgerichtsrats Reihmer zu einer neuen Sitzung zusammentrat, die Verhandlung gegen die Frau Auguste Marie Luise Schmidt, geb. Marx, die beschuldigt ist, am 8. Oktober v. J. eine Frau Kreer mit einer Flüssigkeit, die bald in Brand geraten ist, begossen zu haben, so daß Frau Kreer an den Folgen der entzündlichen Verletzungen nach drei Tagen gestorben ist. Diese Angeklagte, gerichtet auf Körperverletzung, in deren Folgen der Tod eintrat, betritt Staatsanwaltschaftssekretär Lehmann, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Dr. Kantorowicz. Es sind über 80 Zeugen geladen. Die 49 Jahre alte

**Angeklagte**  
ist die Ehefrau des Bahnführers Karl Schmidt und Mutter von acht Kindern im Alter von 9 bis 24 Jahren. Einige dieser Kinder sind als Zeugen geladen und betreten unter lautem Schluchzen den Gerichtssaal. Die Angeklagte hat, wie sie angibt, mit ihrem Ehemann im allgemeinen recht gut gelebt und über die ihn und wieder vorgekommenen Entgleisungen desselben hinweggesehen. Der Ehemann unterhielt mit der verstorbenen Frau Elisabeth Kreer ein Liebesverhältnis, von welchem die Angeklagte zufällig dadurch Kenntnis erhielt, daß sie einen Zettel mit der Adresse der Frau Kreer in der Westentasche ihres Mannes vorfand. Sie suchte die Kreer wiederholt auf und bat sie fort und fort — einmal sogar kniefällig — von ihrem Ehemann abzulassen. Sie hatte damit aber keinen Erfolg. Frau Kreer verhöhlte sie vielmehr und soll in gemeinen Ausdrücken betont haben, daß sie verzeihen könne, mit wem sie wolle. Noch einige Tage vor ihrem Tode soll sie an die Angeklagte einen Brief gerichtet haben, der von gemeinen Ausdrücken strotzte. Die Angeklagte hatte der 66 Jahre alten Nebenbuhlerin, die ihren häuslichen Frieden störte, wiederholt gesagt, sie könne ihren Mann nicht von seinen Seitensprünge abhalten, bitte sie aber doch, ihre Nebenbuhlerin mit ihm anderswohin zu verlegen als gerade in Moabit, wo sie, die Angeklagte, so lange wohne und so vielen Beuten bekäme. Frau Kreer hatte aber für alle solche Vorstellungen nur taube Ohren. Es soll bei solchen Gelegenheiten manchmal zu stürmischen Ausbrüchen gekommen sein. Es wird behauptet, daß sie einmal gedroht habe, die Frau K. mit einem Hammer zu erschlagen oder ihr Mann ins Gesicht zu gleiten, Frau K. soll auch, wie behauptet wird, Drohbriefe von ihr erhalten haben. Am 8. Oktober zwischen 6 und 6<sup>1/2</sup> Uhr abends sah der sechsährige Schüler Kowalski eine Frau, in der er die Angeklagte Schmidt wieder zu erkennen glaubt, an die Tür der Frau Kreer, Schönholzerstraße 19, klopfen. Als die Kreer öffnete, goß ihr die Unbekannte aus einem blauen Topf eine Flüssigkeit über das Gesicht und den Körper und zündete die von der Flüssigkeit getränkten Kleider an, dann entließ sie eiligst. Auf die marktschreierischen Rufe der kälterlos brennenden Frau Kreer eilten mehrere Hausbewohner herbei, einer von ihnen erstickte die Flamme und hierbei wurde Frau K. ohnmächtig. Man trug sie in ihre Wohnung. Hier kam sie wieder zum Bewußtsein. Als man ihr die Frage

vorlegte, was denn eigentlich geschehen sei, erklärte sie, daß sie besonnen sei und die weitere Frage, ob sie die Frau, die gegossen habe, kenne, beantwortete sie dahin: Ja wohl, Frau Schmidt, Kosterstraße 52. Diese Angabe wiederholte sie noch mehreren Personen gegenüber auf dem Wege nach dem Lazarus-Krankenhaus, wohin sie gebracht wurde.  
Es bestritt die Angeklagte entschieden, die Täterin zu sein. Sie gibt zu, daß sie gegen Frau Kreer tiefen Groll hatte und sie wiederholt aufgefordert habe, von ihrem Rande abzulassen, behauptet aber, daß sie am 8. Oktober in der kritischen Zeit zu Hause gewesen sei. Die Wohnung der Frau Kreer in der Schönholzerstraße habe sie überhaupt niemals besucht. Die Charakteristik, die die Angeklagte von der verstorbenen Frau Kreer gibt, läuft darauf hinaus, daß diese eine total verdorbene Person gewesen sei. — Frau Kreer ist am 6. Oktober verstorben.

**In der**  
**Beweisaufnahme**  
wird der eingangs geschilderte Vorgang bestätigt. Ueber die verstorbene Frau Kreer wird von verschiedenen Seiten befundet, daß sie mit mehreren Männern intim verkehrt habe, unter dem Spitznamen „die Wette“ bekannt und sehr lässig gewesen sei. Festgestellt wird, daß die Verstorbene über die beiden Töchter der Angeklagten die Lüge verbreitet hatte, sie hätten sie mit Knäueln überfallen. Das gegen die Töchter eingeleitete Strafverfahren wurde eingestellt. Dem Charakter der Angeklagten wird durchweg ein treffliches Zeugnis ausgestellt.  
Die Geschworenen verneinten nach kurzer Beratung die Schuldfrage. Das Urteil lautete demzufolge auf kostenlose Freisprechung der Angeklagten.

### Vermischtes.

**Eine entsetzliche Familienscène ereignete sich in der Nacht vom**  
**Sonnabend zum Sonntag in Dresden.** Der dort wohnhafte königliche Oberförster a. D. Edmund Hermann Wilsdorf erschog seine Frau und fünf von seinen sechs Kindern. Das sechste Kind, die älteste Tochter, ist gleichfalls schwer verletzt, konnte aber noch lebend nach dem Friedrichstädter Krankenhaus gebracht werden. Am Sonntag oder in der Nacht zum Montag hat Wilsdorf dann sich selbst erschossen. Der Grund zur Tat ist in Nahrungssorgen zu suchen. Die noch lebende Tochter ist nicht vernunftfähig, da sie noch bewußtlos ist.

Die Opfer der Tat in der Familie sind zwei junge Mädchen im Alter von 14 und 17 Jahren, zwei Knaben — Zwillinge — im Alter von 12 und ein Knabe von 15 Jahren. Die schwerverletzte Tochter, die bewußtlos im Krankenhaus liegt, ist etwa 20 Jahre alt. Die ermordete Ehefrau zählt 40 Jahre. Wilsdorf war zuletzt Oberförster in Jöhstadt.

Weiter wird noch gemeldet, daß die Hausnachbarn der Familie Wilsdorf bereits seit Freitag von dieser nichts mehr gehört hatten, ohne daß dies indes aufgefallen wäre. Erst vorgestern früh wurde auf Veranlassung des Hausverwalters die Wohnungstür durch die Polizei geöffnet und auf dem Flur die älteste Tochter des Oberförsters blutüberströmt, aber noch lebend aufgefunden. Die anderen fünf Kinder, zwei Töchter und drei Söhne, fand man tot in ihrem gemeinschaftlichen Schlafzimmern, ebenso die Mutter. Der Befund der Polizei ergibt, daß zwischen Wilsdorf und der ältesten Tochter ein Ringen auf Leben und Tod stattgefunden haben muß, bei dem das junge Mädchen, das sich ins Freie zu retten versuchte, auf dem Flur von mehreren Schüssen getroffen, zuletzt ohnmächtig zusammengebrochen ist. B. selbst lag mit einem Schuß in der Schläfe, den Revolver noch in der Hand, tot in seinem Arbeitszimmer. Er war ein Mann von 51 Jahren, der mit seiner Pension nicht auskam und deshalb mehr und mehr in Schulden geraten sein soll. Seine mäßliche Vermögenslage, die, wie es heißt, auch der Grund zu einem unglücklichen Familienleben gewesen ist, hat ihn offenbar zu seiner Verzweiflungsthat getrieben.

**Eine Kollision auf See.** Gestern nachmittag stieß nach Londoner Meldung während eines heftigen Sturmes 35 Meilen südlich von Harlepool die französische Fischerbarke „Marionette“ mit dem englischen Dampfer „Evening Star“ zusammen, wobei das erstere Fahrzeug sofort sank. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

**Entgleisung.** Nach amtlicher Mitteilung aus Stuttgart entgleiste gestern früh auf der Strecke Schramberg—Schillach der Personenzug Nr. 237 infolge Ueberspülung der Bahn. Der Lokomotivführer wurde leicht verletzt. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Abgebrannt ist nach einer Meldung aus Konstantinopel infolge Gasexplosion gestern nacht das türkische Lyceum Galata-Serai. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

**Ein gefährlicher Bursche.** In Paris versuchte gestern Abend der Wagenbauarbeiter Jolibois im Hotel Montmartre eine Frau zu erwürgen, mit der er dort abgestiegen war. Als der Besitzer des Hotels und ein Kellner ihn daran verhindern wollten, zog Jolibois einen Revolver, verwundete den Hotelbesitzer und tötete den Kellner. Als er dann von dem Polizeibeamten Romnier und dem Unterleutnant der Reserve der Kolonialinfanterie Cupilat verfolgt wurde, zog Jolibois von neuem seinen Revolver, tötete Romnier und verwundete Cupilat. Jolibois wurde dann durch Polizeibeamte verhaftet und mußte vor der Menge geschickt werden, die ihn lynchen wollte.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 23. Heft des 25. Jahrganges erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Deutscher Liberalismus und russische Duma. — Ausländische und deutsche Parteienliste. Von R. Kautsky (Schluß). — Der Breitenweg. Von Leo Kautsky. — Die Opfer der russischen Freiheitsbewegung. Von A. Belom. — Die Arbeiterpolitik der letzten Jahre in Rußland. Von Paul Dange-Roskoff (Schluß). — Literarische Rundschau: Science und Revolution. Eine Würdigung von Ernst Untermyer. — Fritz Kautsky. Das neue Selbstrecht. Von E. L. — Ernst Alfred Hugel, Emilie Jola. Sein Leben und seine Werke. Michael Georg Conrad, Emilie Jola. Von Hermann Wendt.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der „Zukunftliche Postillon“ versteht seine Nummer 6. In dem nächsten Heftbild steht R. E. von den Schreibern für den lieben Michel voraus, die ihm der Reichstag bereitet. — Steinberger bringt ein Vagabundenbild „Vormärzler“. Im Schlußbild marschiert Harbord und die freiherrlichen Kämpfer in den Reichstag. Am Letzte tritt der lebende Mars in seine Rechte. Ernst K. A. ar singt die Märzhoffnung; dem Gedichte folgen in Märzblättern (scharfe lyrische Gedankensplitter. Besonders hervorzuheben ist Gustav Webers Gedicht: Der roten Ruf. Wiedererweckt ergerlich sich trotz aller Niederkeit. — Es folgen: Die russische Regierung und die Duma (Müller). — L. K. Dreistrophler: Kolonialist. National. — Bekannte Gedanken. — Finis polonias. — Gestohlene Briefe (Wed.). — Die Hintertreppe. — Neues vom Reichstage. — Vom wackeligen Stengel. — Auf dem politischen Blockberg (Wed.).

„Status.“ Heft 10. Artistiche Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzen (Herausgeber: Georg Bernhart). Abonnements einschließlich der Status-Merkblätter vierteljährlich bei der Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag: Berlin-Charlottenburg, Moabitstraße 89.

Die internationale Hilfsprache und das Esperanto von Prof. Dr. H. Ostwald. Esperanto-Verlag Müller u. Vögel, Berlin S. 42. Preis 20 Pf.

Der deutsche Kaufmann im Kampf ums Dasein. Von W. Dief. Preis 50 Pf. Verlag: H. Wientz, Berlin O. 27.

Der Kontinent. Deutsch-französische Monatschrift. Heft 5. Herausgeber Dr. G. Richter für Deutschland. Jährlich 12 Hefte. 12 M. Verlag: H. Süsserott, Berlin W. 30.

Wider das Gefundenwerden. Von Harter & Klein. 61 Seiten. Verlag: E. Rütger, Kassel.

### Witterungsübersicht vom 11. März 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerhöhe	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft	Stationen	Barometerhöhe	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft
Stettin	766	SW	3	6 halb bb.	-3	Darmstadt	760	SW	3	6 halb bb.	-14
Hamburg	761	SW	4	4 wolkenl.	-3	Wetzlar	754	SW	3	3 Schnee	-6
Berlin	767	SW	2	heiter	-3	Siegen	770	SW	5	5 wolkenl.	8
Königsberg	759	NO	5	bedeckt	-1	Aberdeen	771	SW	2	heiter	-4
München	766	SW	5	bedeckt	0	Paris	762	SW	3	bedeckt	6
Wien	752	SW	1	Schnee	1						

Wetterprognose für Dienstag, den 12. März 1907.  
Stellung heiter bei ziemlich frischen nördlichen Winden, noch etwas milderer Wind und langsam steigender Tagestemperatur; keine wesentlichen Niederschläge.  
Berliner Wetterbureau

### Theater.

**Dienstag, den 12. März.**  
Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
Kgl. Opernhaus, Lothengrün. Anfang 7 Uhr.  
Kgl. Schauspielhaus, Ariel Nicosta. Deutschs. Der Revolver. Kammerdiener Hedda Gabler. Anfang 7 Uhr.  
Neues Schauspielhaus. Das Fest des St. Matern. — Der arme Narr. — Der gelbe Schlüssel. Sonntag. Das Glöckchen des Eremiten. Anfang 8 Uhr.  
Schiller O. (Wallner-Theater.) Mathias Gollinger.  
Schiller-Theater Charlottenburg. Der Kaiserjäger.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Die Erzählung zum Don Juan. Kessig. Wiege und Karla. Jentras. Der blaue Klub. Westen. Die lustige Witwe. Berliner. Der Hund von Baskerville. Komische Oper. Carmen. Kleines. Allerseele. Neues. Rühmer Porzellan. Residenz. Haben Sie nichts zu verkaufen?  
Parktheater. Husarenjieber. Deutsch Amerikanisches. Der Bettelstudent.  
Thalia. Olympische Spiele. Kisten. Der Hund von Baskerville. Trianon. Ich Jolite — meine Frau.  
Bernhard Rose. Sherlock Holmes. Wetzlar. Der Teufel lacht dazu. Sebr. Herrfeld. Ein verändertes Hotel.  
Minergarten. Charlotte Biech. Spezialitäten.  
Wohle. Die 3 goldenen Jungfrauen. Bernhard Morbitz. Spezialitäten. Kaffee. Rüd. Carier. Spezialitäten. Waldhalla. Die goldene Gaa. Spezialitäten.  
Folies Caprice. 100 000 Gulden. Witzig. Von Inspektionszimmer. Prater-Theater. Die Ehe vom Freundlos.  
Hagel. Danke, Herr Franke. Spezialitäten.

**Figaro.** Seelenretter. Geisterauto. Paris. Vossage. Mal was Anderes. Spezialitäten.  
Karl Haberland. Spezialitäten. Intimes. Eine vom Ballet. Rosenstreich. Bunter Teil. Reichshallen. Steintiner Sänger. Urania. Taubenstraße 18/19. Frühlingstage an der Riviera. Hörspiel 6 Uhr: Dr. S. Donath: Mechanik und Wellenlehre. Hörspiel 8 Uhr: Dr. Theising: Die Darwinische Theorie. Sternwarte, Invalidenstr. 67/62.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater. 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Hörspiel 6 Uhr: Dr. B. Donath: Mechanik und Wellenlehre. 8 Uhr: Dr. Theising: Die Darwinische Theorie.

**Ferdinand Bonn**  
**Berliner Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Dienstag und folgende Tage: **Der Hund von Baskerville.** Freitag: Sherlock Holmes.

**Neues Schauspielhaus**  
Dienstag, den 12. März, 7<sup>1/2</sup> Uhr: **Gastspiel Josef Kaluz: Das Fest des Sankt Matern.** Der arme Narr. Der goldene Schlüssel. Mittwoch: Schauspiel: Faust I. Teil. Anfang 7 Uhr.

**Neues Theater.**  
Zum 25. Male: **Meißner Porzellan.** Anfang 8 Uhr. Mittwoch: Meißner Porzellan. Donnerstag: Meißner Porzellan. Freitag: Meißner Porzellan.

**Lustspielhaus.**  
Täglich abends 8 Uhr: **Husarenjieber.**

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Dienstag, abends 8 Uhr: **Mathias Gollinger.** Lustspiel in 4 Aufzügen von Oscar Blumenhal und Max Bernstein. Mittwoch, abends 8 Uhr: **Die Räuber.** Donnerstag, abends 8 Uhr: **Narrenglanz.**  
Schiller-Theater Charlottenburg. Dienstag, abends 8 Uhr: **Der Kaiserjäger.** Komödie in 3 Akten v. Hans Brenner und Hans Ostwald. Mittwoch, abends 8 Uhr: **Anna von Barnhelm.** Donnerstag abends 8 Uhr: **Im bunten Rock.**

**Schiller-Theater N.**  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Abends 8 Uhr: **Die Erzählung zum Don Juan.**  
**Kleines Theater.**  
Zum ersten Male: **Allerseele.** Spiel in 3 Akten von G. Hefemann. Anfang 8 Uhr. Mittwoch: Allerseele. Donnerstag: Die Kräfte. Freitag: Allerseele. Sonnabend: Ein idealer Gast.

**Lothring-Theater**  
Balleianstr. 7/8. Dienstag, den 12. März, 7<sup>1/2</sup> Uhr: **Das Glöckchen des Eremiten.** Abonnements gültig! Mittwoch: **Fra Diavolo.**

**Zentral-Theater.**  
(Operette.) Täglich 8 Uhr: Durchschlagender Erfolg! **Der blaue Klub.**

**BERNHARD ROSE THEATER**  
W. Anhalterstr. 132  
Heute und morgen: **Sherlock Holmes.** Biletvorverkauf schon für 8 Tage vorher ohne Vorverkaufsgebühr von 10-1 Uhr an der Theaterkasse und bei Berthelm.

**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr. **Fraulein Josette — meine Frau.** Sonntag nachmittag 3 Uhr: **Die Liebeskassette.**

**Polologlow - Zigaretten**  
sind in Geschmack und Qualität unerreicht!  
**Das Stück 3 bis 10 Pfennige**  
Überall käuflich! Fabrik „Epirus“, Dresden

**Metropol-Theater**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Teufel lacht dazu.**  
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultze.  
**Masaryk, Wolf, Bender, Glampietro, Josephl.**  
Rauchen überall gestattet. Sonntag, 17. März, nachm. 3 Uhr: **Auf in's Metropol.**

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.  
**Der Verschwend.**  
Jahresmärchen mit Gef. v. Balmund. Geist. Agur. Bettler. Dr. Rob. Dill. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ehren- und Vorzugskarten gültig. Mittwoch 8. letzten Male: **Herrn-Danz.**

**Intimes Theater**  
Dresdenerstraße 97.  
Gastspiel des **Buda pester Burlesken-Ensembles**  
**Linde-Wolf.**  
„Eine vom Ballett.“ „Sapsenstreich.“  
Bunter Teil.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee 148.  
**Gastspiel Bernh. Rose-Theater.**  
**Pech-Schulze.**  
Senf. Pöckel mit Gefang in 3 Akten. Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Biletvorverkauf: **Handwerker, Schönh. Allee 153.** Krüger & Oberbeck, Rufsimenallee 1.

**Apollo Theater**  
9<sup>1/2</sup> Uhr: **Die 3 goldenen Jungfrauen**  
10 Uhr: **Bernhard Morbitz**  
mit neuen Typen.  
Vorher 8 Uhr: **All den Mecca.** Burleske. Musik von B. Kollo. Sonntag nachm. 3<sup>1/2</sup> Uhr (H. Preise) **All den Mecca** und Spezialitäten.

**Palast-Theater.**  
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börsen. Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
**Der sensationelle März-Spielplan.**  
Unter andern:  
**Kioday Godayou,** japanische Equilibristen.  
**Selfman and Punch,** musikalische Equilibristen.  
**Danke, Herr Franke** Schwanke.

**Prater-Theater**  
Kastanien - Allee 7-9. Abends 8 Uhr:  
**Die Elfe vom Erlenhof.** Volksstück in 5 Akten von G. Staal. Morgen: **Flotte Weiber.**



**Zirkus Busch.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Um 8 1/2 Uhr: Fortsetzung der Internationalen Ringkampf-Souper-Konkurrenz um die Prämien v. 10 000 R. und den großen Gold-Bokal der Zeitung „Das Deutsche Blatt“. Außerdem ein Kampf aus dem Finale: Ringlo (Martinique) gegen Paderborn.  
Herrn P. Martinique, Schulmeister, Herrn E. Schumanns Redaktionen und das große Galaprogramm.  
Um 9 1/2 Uhr: **ROM.**

**Zirkus Schumann**  
Heute, Dienstag, den 12. März.  
Fortsetzung der großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz um den Goldenen Kranz von Berlin u. 10 000 Mark in bar.  
Heute ringen:  
Sihmann, Weissen, gegen Paul Waldt, Berlin.  
Ugel Krost, Schweden, gegen Adolf Dietrich, Oesterreich.  
Urus Janowski, Polen, gegen Bonchioni, Italien.  
Saarman, Türkei, gegen Romanoff, Russland.  
Vorher: Gala-Programm und um 9 1/2 Uhr:  
**St. Hubertus**  
Orchester und lebendmerisches Orchester-Mangenschaustück.

**Ueberraschend**  
wird bei Husten, Heiserkeit, Hals-, Brust- und Lungenleiden, Verschleimung, Erkältung usw. der sich  
**Russische Knötchen**  
Rur in Paketen mit 3 bis 10 Knötchen a 10 R., 2 Pakete 2,75. Bei Paketen franco überall hin. Die Wirkung wird noch erhöht durch Reichels  
**Bonbons Pectoral**  
aus nur heilkräftigen Arzneistoffen bestehend und seit langen Jahren mit glänzendem Erfolge bewährt.  
1 Pfund 1,20 R., 1/2 Pfund 60 Pf.  
Versand hier frei Haus!  
Berlin SO. 43  
Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.

**Sozialistische Vereinigung der Weinbauern**  
— Avenue de la Gare —  
in Bessau (Hérault) Frankreich.  
Zugehörig zu der Bourse der sozialistischen Vereinigung und dem Großmagazin angeschlossen, nur kleine Winzer und Anhänger der sozialistischen Partei umfassend.  
Empfehl:  
**Rotweine**  
9, 10, 11 Francs.  
**Weißweine Pig-Poul**  
10,5 Francs.  
Spezialität:  
**Rosenrote Weine.**  
Absolute Garantie für Naturreinheit und beste Qualität. — Franke-Zusendung einer Probe auf Wunsch.



Sie fahren gut

Dr. Crato's Backpulver

mit Prämienbons. Für 50 davon eine Dose ff. Bielefelder Knusperchen gratis und franko von Stratmann & Meyer, Bielefeld.  
Generalvertreter für Berlin:  
Alfred Hirsch, W. 30, Augsburgstr. 1.  
Telephon Amt VI, No. 5737.

**WINTERGARTEN**

**Charlotte Wiehe**  
und das neue glänzende März-Programm.

**Kasino-Theater**  
Zöllnerstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Nick Carter.**  
Kriminalroman in 3 Akten v. Edmond Nick Carter, Detektiv: Hans Berg.  
neue März-Programm.  
Sonntag 4 Uhr: Lebige Leute.

**Passage-Theater.**  
2. Monat.  
Täglich ausverkauft!  
Der größte Lacherfolg der Saison:  
„Mal was Anderes.“  
Die Theims-Troupe und die 10 glänzenden März-Spezialitäten.

**Sanssouci.**  
Kottbuserstr. 4a.  
Direktion Wilhelm Reimer.  
Heute Dienstag:  
Benefiz für Hedwig Kramer:  
**Verlorene Jugend.**  
Lebensbild nach dem Roman des „Berl. Lokal-Anzeiger“.  
Neben Sonntag, Montag u. Donnerstag: Nord. Sänger.  
Sonnt. Beg. 5, Bochert. 8 Uhr.

**Hygienische**  
Bedarfsartikel, Neuest. Katalog m. Empfehl. viel Acate u. Prof. grat. ufr. H. Sager, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

**Spezial-Möbel-Halle**  
**Harry Goldschmidt**  
59 Moritzplatz 59  
Ecke Stallschreiberstraße.  
Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften, welche Garderobe usw. führen.  
Extra-Abteilung vertriehen gewesener Möbel.  
Wöchentliche oder monatliche Teilzahlung gestattet!

**MUSIK-WERKE**  
aller Art.  
gegen Monatsraten v. 2 Mk. an.  
Jahreskatalog No. 668 gratis u. frei.  
Bial & Freund, Breslau

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige (4102L)  
**Herren-Garderoben**  
— Ersatz für Maß. —  
Anfertigung nach Maß.  
Tadellose Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
Schneidemeister,  
Große Frankfurterstraße 37, II.  
Eingang Straußberger Platz.

**Gebr. Herrnfeld-Theater**  
Anf. 8 Uhr. 11-2 Uhr  
57 Kommandantenstr. 57.  
Die fürmisch bejubelte Novität  
**Ein verrücktes Hotel**  
Komödie in 3 Akten mit den Autoren H. und D. Herrnfeld in den Hauptrollen.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr bei halben Kaffeepreisen:  
**Hausierer Jockele**  
und **Die letzte Ehre**  
mit H. und D. Herrnfeld.

**Buggenhagen (Moritzplatz).**  
In den unteren Sälen:  
**Bockrummel.**  
Humor-Gottschalk-Konzert  
Zirkus-Barnum mit seinen Zwergpfordern.  
Entree: Wochentags 20 Pf. Sonnabend und Sonntags 30 Pf.

**Bruch-Pollmann**  
empfehlen sein Vager in Bruchhandagen, Leibbinden, Gerüsthalter, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.  
Vier. J. Dr. u. Hülf. Krantenfallen  
Berlin O., 34032  
30. Finien-Straße 30.  
Alle Bruchbänder mit elastischen Belegungen, angenehm u. weich am Körper

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige  
**Herren-Moden**  
Erzitz für Mess.  
Mass-Anfertigung.  
Schnelle Verarbeitung.  
Garantie tadellos.  
**J. Kurzberg**  
An der Jannowitzbrücke 1, I.  
Direkt am Hauptort.

**Walhalla-Varieté-Theater**  
Weinbergsweg 19/20, Kolonnen-Str.  
Gute abend 8 Uhr:  
15 hervorrag. Spezialitäten  
**Die goldene Eva.**  
5 Geschwister Pérez  
Gymnastiker auf 3 freisteh. Leitern.  
Frosso, der Geheimnisvolle.  
3 Souhaiten. — 2 Komiker usw.

**A. B. Koch**  
**Kohlen-Groß-Handlung**  
Berlin O. 34, Brombergstr. 15.  
Beile für nur 12 Marken ab Stück von 10 Stk. an: (41872)  
Primo la Galdheine (bestimmte Marken) . . . pr. Stk. 82 Pf.  
la Diamant (110 bis 120 Stk.) . . . 97 Pf.  
la Wile u. Kld. . . 1,00 R.  
la Anthrazit Gald. 2,20 R.  
Kohle, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Stk. 10-15 Pf. mehr. — Bei Original-Paggonn und größeren Abhängen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.  
**Lichtensrad 20 Pf. Tour!**  
Quadratmeter 20 R. verkauft Eigentümer Paris, Berlin, Braunschweig, Ede Kleinstraße. Auch bei monatl. Raten von 40-50 R. 17865

**Inventur-Extrapreis!**  
180 cm breite bunte  
**Mocket-Plüsch**  
vornehmer haltbarster Möbelstoff  
**Buntpersische Blumenmuster**  
Inventur- 5,85 pr. Meter  
Extrapreis 5,70 Wert 7-8,50  
Bei Abnahme 575 ganzer Stücke 5 M. p. Mtr.  
Proben franko.

**Teppich-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin Süd. Seit 1882  
nur Oranienstr. 158.  
Unterhalte nirgends Filialen!



**Möbel-Fabrik**  
von **A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5**  
empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 240-10 000 R. in nur anerkannt geübener Ausführung in jeder Holz- und Stilart sowie auch Volkswaren eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. Kulante Zahlungen. Tel. Amt IV 6877. (13862)

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
Heute! „Glockenschläger Klapperwag“.  
Anfang  
Wochentags  
8, Sonntags  
7 Uhr.

Der Stoff hat, fert. Herren-Anzug 20 M., ohne Konfekt. 2 Uhr., beste Qualität für guten Sitz gold. Webstoffe.  
Ludw. Engel, Franzauer Str. 22, II. Alexanderplatz.  
Geogr. 1892.

**Wirtshaus Schloß Woltersdorf**  
(nicht Schloß) direkt an Chaussee u. Flakensee, für die bevorstehende Saison den geehrten Vereinen, Gesellschaften, Fabrikeu zu Dampfpartien u. Ausflügen der Bahn, Fuhrtouren usw. angelegentlich empfohlen. Stelle mein Lokal auch Sonntags u. an den Feiertagen zu Vereinstafelungen zu Verfügung.  
**Friedr. Saewert, Fernsprecher: Amt Erkner Nr. 49.**

**Gustav Behrens Theater**  
Schönberg, Goltzstraße 9.  
Kolossal. Erfolg der Ausst.-Posse:  
**Husarenfieber in Potsdam.**  
„Mora“?? Größte Sensation, sowie 10 erstklass. Spezialitäten.  
Anfang 8 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

**Zahn-Klinik G. Anders**  
Frankfurter Allee 153  
Sprach. 2-8, Sonnt. 9-1. Plomben, künstl. Zähne, schmerzlos. Zahnziehen.  
**Charlottenburg.**  
Verkaufe meine über 10 Jahre von mir betriebene 41925  
**Restauration und Destillation**  
wegen Uebernahme einer Oekonomie zu fulantem Beding., billige Preise, mehrere Vereine, Festscheuen, gute Bausaufsicht, gute Ergeltnis. Zu erfrag. b. Schwarzberg, Seifenmeisterstr. 1, dort 1 Trebbe.

**Jedes Jenensia-Rad**  
ein Meisterwerk deutscher Technik.  
— Teilzahlung! — Zwei Jahre Garantie! —  
Sozial-Räder 60.-, Sozial-Luxus-Räder 95.-, Gebrauchte Räder billig! — Fahrradzubehör billig!  
Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten!  
**23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.**

Der **Dänische Kapitän-Kautabak**  
ist vom Parlament gesetzlich geschützt, es ist daher strafbar, andere Tabake unter dem Namen „Kapitän-Kautabak“ zu verabsolgen.  
Was achte genau auf den in jedem Stück befindlichen Zettel mit der Aufschrift:  
**Dänischer Kapitän-Kautabak** (gef. gef. 75655).  
Gen. Vert.: C. Röcker, Berlin O., Gräner Weg 112 Amt 7, 3861.  
Zu haben in den meisten Zigarrengegeschäften.

**Otto Pritzkow, Münzstr. 16.**  
**Weit-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)**  
Theater lebender Photographien.  
Der Untergang des Dampfers „Berlin“.  
168 Tote, 12 Gerettete.  
Den ganzen Tag Vorstellung.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
**Prinzenstr. 41, Moritzplatz.**  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.  
**Kranzbinderei W. Thiedtke,**  
Rixdorf, Hermannstr. 65.  
**Hervorragender Violinvirtuos**  
(Solo-Geiger)  
nimmt vom 1. April d. J. noch Schüler auf gegen ein Honorar von drei Mark pro Lektion. Vor- und Ausbildung zur Künstlerische, Gefällige Offerten erbeten unter Z. 2 an die Expedition des „Vorwärts“.

**Wacholder-Extrakt** Marke „Medico“  
ein rein natürliches u. heilkräftiges, seit Jahrhunderten glänzend bewährtes Hausmittel mit wunderbarstem Erfolge werten, welches gegen Rheumatisches, Gicht, Hämorrhoiden, Augenentzündung, Geschwulst der Weichteile, Gicht, Gelenksentzündung, Malaria, Nervenleiden auf Haut u. Lunge und reinigt das Blut in der vollkommensten Weise. Versuche selbst abzuwarten, die Hausmittelkennung fördern, darunter sind u. Kurzeitigkeiten aufweisenden Eigenschaften leistet er bei Gelenk- u. Nervenleiden bestimmt unerschöpfbare Dienste und wirkt die Natur unterstützen, auf alle Teile des Organismus in wohltätiger Weise ein. Kirschwasser, garantiert rein u. unverfälscht nur in Flaschen mit Marke „Medico“ a 75 Pf. u. 1,50 u. 2,50 zu beziehen durch  
**Otto Reichel,** Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4, IV. 4751, 4753, 4753.  
Wo in den Drogorien u. Apotheken nicht erhältlich, Judob. hier frei Haus.  
Man verlange aus- drücklich Marke „Medico“ und achte feines, falls andere Nützungen.

**Dr. Schünemann**  
Spezial-Arzt für 35112  
**Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.**  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.  
**Leihhaus**  
Berlin, Tankamstr. 3  
Charlottenburg, Friedrich-Karl-Platz 12.  
Hohe Belebung von Geld-, Silber-, Laken u. Kleidungsstücken etc.  
Die Firma H. Jandorf & Co. hat in allen ihren Geschäften in dieser Woche Spezialtage eingerichtet, an denen zu billigen Preisen alle für den Umgang nötigen Gegenstände verkauft werden. Der Verkauf umfasst hauptsächlich die Lager von Gardinen und Vorhängen, Federn und Kissen, Stoffen, Laken, Bettdecken und Gobelins, Tisch- und Wanddecken und Holz-galanteriemöbeln. Besonders reichhaltig ist das Teppichlager ausgestattet. Alle Arten von Zimmer-teppichen, Vorlegern, Kissenstoffen, Ziroleum, Gardinenhängen usw. stehen an den Sondertagen zum Verkauf.







